

Silvio Borner, Eva Illouz, Allan Guggenbühl, Hans Hess

Nummer 35 – 27. August 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Weltwoche-Rangliste
Die schönsten
Gemeinden der Schweiz

DIE WELTWOCHEN

Die Mär vom bösen Bischof

Worum es beim Streit um Vitus Huonder wirklich geht. *Von Urs Gehrig*

Schweiz am Pranger

Inszenierter Angriff auf den erfolgreichen Kunsthandel. *Von Rico Bandle*

Hausbesuch bei Scheinflüchtlern

Wie eine syrische Familie trickreich in die Schweiz gelangte.
Von Kurt Pelda



Johann Baptist Döllinger von Dalling, Detail aus
«Der Hof des Reliktallgebäudes in Eisgrub», 1819
© LICHTENSTEIN, The Princely Collections, Vaduz-Vienna



Zeit, Vertrauen in Leistung umzusetzen.

Wenn Sie Ihre Anlageziele mit einem verlässlichen Partner an Ihrer Seite erreichen möchten.
Nehmen Sie sich Zeit für eine umfassende Beratung.

LGT. Ihr Partner für Generationen.

In Basel, Bern, Genf, Lugano, Zürich, Vaduz und an mehr
als 15 weiteren Standorten weltweit. www.lgt.com



Private
Banking

Intern

Es ist selten, dass man zur Geschichte eines Flüchtlings in der Schweiz und im Herkunftsländchen Recherchen anstellen kann. Ein Jugendlicher, den unser Reporter Kurt Pelda vor einiger Zeit in Syrien kennenlernte, hat sich inzwischen für viel Geld von Schleppern in die Schweiz schleusen lassen. Was der



Recherche in Syrien: Reporter Pelda (r.).

junge Mann hier zu Protokoll gibt, stimmt überhaupt nicht mit der Geschichte überein, die Pelda von der zurückgebliebenen Familie in Syrien erzählt bekam. Schleuser, Asylanwälte und Familienangehörige bläuen dem Flüchtling ein, was er sagen muss, um seine Chancen auf Asyl zu optimieren. Es wird geschwindelt, getäuscht und verheimlicht – alles für ein besseres Leben. Seite 50

Wieder einmal steht die Schweiz am Pranger. Diesmal wegen ihres höchst erfolgreichen Kunsthandelsplatzes. Ein neues Buch wirft dem Zürcher Kunsthaus vor, mit der Sammlung Bührle Raub- und Fluchtkunst aus Nazideutschland auszustellen. Kulturredaktor Rico Bandle ist der Sache nachgegangen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich: Die Beweislage ist äusserst dürftig, die Vorwürfe im Buch stützen sich vorwiegend auf Mutmassungen und Suggestionen. Zum Teil sind die Fakten auch schlicht falsch. Das von der öffentlichen Hand grosszügig finanzierte Buch ist Teil eines grösseren Angriffs auf die hiesige Kunstbranche. So falsch und verlogen viele der Anschuldigungen auch sind, erste Museen sind unter dem Druck bereits eingeknickt – zur Freude von geschäftstüchtigen US-Anwäl-

ten, die auf Provisionsbasis Jagd auf hiesige Kunstschätze machen. Seite 44

Was muss man sich vor Volksabstimmungen alles überlegen? Sicher einmal alle Pro- und Kontra-Argumente mit Blick auf die Frage auf dem Abstimmungszettel. Sinnvoll ist es auch, sich die Gewinner und Verlierer einer Vorlage zu vergegenwärtigen. Aber wer versucht schon, drei Schachzüge weiter zu denken? Bei der Abstimmung über die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG) Mitte Juni hätte es sich gelohnt. SRG-Chef Roger de Weck kämpfte verbissen für die Neuregelung der Gebührenerhebung, aber im Hintergrund war er schon zwei Schritte weiter: SRG und Swisscom bereiteten eine Allianz in der Werbeermarktung vor, um diesen Markt zu dominieren. Auf Anregung von Bundesrätin Doris Leuthard nahmen sie dann noch Ringier hinzu, um privatwirtschaftlicher zu wirken. Wäre das beim Abstimmen bekannt gewesen, wäre das Resultat wohl anders herausgekommen. Seite 48

Am Dienstagabend lief die Nachricht über die News-Portale: Silvio Borner erhält den «Preis für die Freiheit» der Bonny-Stiftung. Der Ökonomieprofessor der Universität Basel und Wirtschaftspublizist hat in seiner Karriere, abgesehen von seiner Lehrtätigkeit, 24 Bücher veröffentlicht und über hundert Aufsätze und zahllose Kolumnen in der *Weltwoche* geschrieben. Der Stiftungsrat würdigte Borner als «liberalen Feuilletonisten der Politischen Ökonomie», als «bekennenden Marktliberalen ohne Präfix», der sich auch durch seine politische Unkorrektheit auszeichne. Für *Weltwoche*-Leser ist Borner eine vertraute Persönlichkeit, aber das Interview auf Seite 60 bietet auch ihnen noch neue Facetten.

Ihre Weltwoche

Andy Jllien.ch
WHAT'S GOING ON
NEW SHOP
NEW SHOES
TORGASSE 6, BEIM BELLEVUE, 8001 ZÜRICH

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Moser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgele, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Martin Kappler, Fabian Gimmi (Assistent)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),

Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigendienst@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





Einsteigen und gewinnen: Mit dem Oldtimer-Bus auf die Grand Tour.

Jetzt beim Sommerwettbewerb mitmachen und mit etwas Glück eine einwöchige Tour für 12 Personen im Wert von über 30 000 Franken gewinnen. Hotelübernachtungen und Verpflegung inklusive. Teilnahme sets und die kostenlose Broschüre zur neuen Grand Tour of Switzerland gibt es in allen UBS-Geschäftsstellen.

Online teilnehmen:
www.ubs.ch/entdecken



UBS – Partner von
Schweiz Tourismus



Unsitten

Nicht der Franken, nicht die EU: Die antiliberaler Verandelung von Staat und Wirtschaft ist das Problem. Von Roger Köppel

Es ist schon unglaublich, wie sich die Schweiz von einem Armenhaus im Zentrum Europas zu einem der reichsten und wettbewerbsfähigsten Länder der Welt emporgearbeitet hat. Als Friedrich Engels, der Financier des Kommunisten Karl Marx, 1847 von einem Besuch im Kanton Uri zurückkehrte, war er, nachhaltig erschüttert von seinen Eindrücken am Gotthard, der festen Überzeugung, dass dieser Schweiz «brutaler und bigotter Bergstämme» nicht zu helfen sei: «Es ist ein wahres Glück, dass die europäische Demokratie endlich diesen urschweizerischen, sittenreinen und reaktionären Ballast los wird.»

Am meisten irritierte den weitgereisten Fabrikantensohn, der Marxens Weltrevolution sponserte, dass die Bergler sich partout dem Anschluss an die hohe europäische Zivilisation verweigerten: «Die Urschweiz hat [...] mit einer wirklich tierischen Hartnäckigkeit auf ihrer Absonderung von der ganzen übrigen Welt, auf ihren lokalen Sitten, Trachten, Vorurteilen, auf ihrer ganzen Lokalborniertheit und Abgeschlossenheit bestanden.» Gegen Engels' böseartige Tiraden klingen die Kavalleriemetaphern des deutschen Ex-Finanzministers Steinbrück wie schwärmerische Liebeserklärungen.

Das wirtschaftspolitische Erfolgsmodell Schweiz steht derzeit wieder in der Diskussion. Die Unsicherheiten sind gross, die Aussichten nebelhaft. Die Euro-Zone krebst von einer Sandbank zur nächsten Notlösung. Die Probleme werden nicht beseitigt, nur zugeschüttet mit Ozeanen an geschöpftem Geld. Gewaltige Staatsschuldenberge erheben sich, ohne dass jemand auch nur die geringste Idee hätte, wie man davon wieder herunterkommt. Jetzt stottert auch noch der bisher verlässliche Wachstumsmotor China. Bereits gehen erste Sturmwarnungen ein. Andere beruhigen sich mit einem Blick auf die Geschichte, laut welcher jeder Baisse irgendwann ein Aufschwung folgte.

In der Schweiz steht die Wirtschaft unter dem Druck des starken Frankens. Gleichzeitig bilden sich Politiker und Wirtschaftsverbände ein, das Land befindet sich aufgrund eines umstrittenen Volksentscheids über die Zuwanderung in einer Art Stellungskrieg mit der Europäischen Union.

Politisch hat sich das Land in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite steht die SVP, auf der anderen Seite stehen alle anderen. Angesichts der beschwerlichen Umstände ist das



«Tierische Hartnäckigkeit.»

Risiko gross, dass jetzt die falschen wirtschaftspolitischen Akzente gesetzt werden. Die Verbände führen einen gespenstisch ruhigen Wahlkampf in gefährlicher Nähe zu den staatlichen Behörden, in denen sie, mindestens zum Teil, vor allem einen natürlichen Feind erblicken müssten.

Während die Unternehmen sparen und innovativ sein müssen, breitet sich der Zentralstaat ungehindert aus. Seit 2007 stiegen die Personalkosten um eine Milliarde auf 5,5 Milliarden Franken. 1200 Stellen wurden geschaffen. 33 000 Personen arbeiten heute beim Bund. Das Budget verdoppelte sich seit 1990



auf bedrohliche 64 Milliarden Franken. Sparen sei unmöglich, tobt die Finanzministerin.

Die organisierte Wirtschaft führt einen Religionskrieg für die «bilateralen Verträge» mit der EU. Die Abkommen, die seinerzeit in gegenseitigem Interesse geschlossen wurden, haben den Status heiliger Schriften erlangt, die zu kritisieren an Gotteslästerung oder Schlimmeres grenzt. Vor lauter Europa sehen die Verbände den Rest der Welt nicht mehr.

Nur leise Kritik kommt den Funktionären zu Staatswachstum, behördlicher Ausgabenexplosion und Regulierungswahn über die Lippen. Stattdessen wittern sie die Chance, die Schweiz doch noch irgendwie ins Rechtssystem der EU einzuschweissen, obschon mittlerweile jeder Lehrling weiss, dass es der Schweiz nur deshalb bessergeht, weil sie nicht in der EU ist, sondern auf grösstmöglicher, freundlicher Distanz zu ihr.

Die Wirtschaft wäre die grosse Chance der Bürgerlichen, endlich Front zu machen gegen den auswuchernden Staat. Auf dem Forderungskatalog der Maschinenindustriellen allerdings steht bereits an zweiter Stelle der Ruf nach neuen Subventionen für die Forschung.

Nächsten Freitag tagt der Bundesrat. Wie man hört, will er weiter Stimmung machen gegen die von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative. Der Volksentscheid fördere die Bürokratisierung und beschädige die Wirtschaft.

Das Gegenteil ist richtig. Die Beendigung der Personenfreizügigkeit entzieht jener gewerkschaftlichen Bürokratisierung den Boden, die unter dem Begriff «flankierende Massnahmen» unseren Märkten flankierend die Luft abschnürt. Traurige Ironie: Der freisinnige Wirtschaftsminister gehört zu den Vorantreibern der schädlichen Eingriffe.

Nicht der Franken, nicht die EU, die antiliberaler Verandelung von Wirtschaft, Verbänden und einem sich frech ausdehnenden Staat ist das Problem. Sie führt dazu, dass dem wuchernenden Bund zu wenig Widerstand geleistet wird. Hans-Ulrich Biglers bissiger Gewerbeverband bildet die löbliche Ausnahme, welche die Regel bestätigt.

Sinnbild der Unsitten ist die Verschmelzung der staatlichen SRG mit der halbstaatlichen Swisscom und dem neuerdings parastaatlichen Unternehmen Ringier. Zu früheren Zeiten wären solche Mesalliancen aus ordnungspolitischen Gründen glatt verboten worden, nicht aber heute, wo alle mit allen ins Bett steigen. Wären die neuen SRG-Gebühren an der Urne eigentlich durchgekommen, wenn der ahnungslose Stimmbürger rechtzeitig von den Fusionsplänen erfahren hätte?

Hochmut regiert. Der Bundesrat unterdrückt eine offene Debatte über Europa. Heimtückische Zeiten sind gute Zeiten für Leute, denen die Schweiz am Herzen liegt.



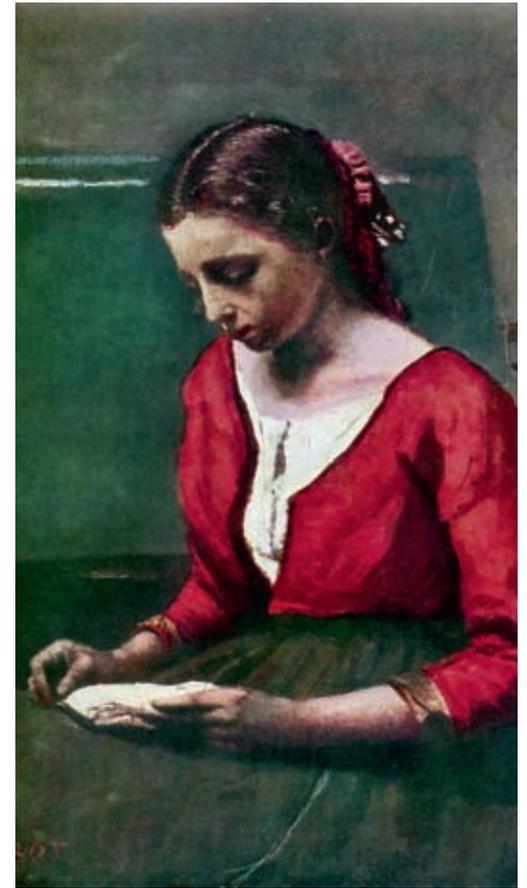
Alles für ein besseres Leben: Seite 50



Vollendete Tatsachen: Ursula Wyss. Seite 42



Sieergemeinde: Uetikon am See. Seite 26



Angriff auf den Schweizer Kunsthandel: Seite 44

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 11 Kommentar China scheut die Schmerzen
- 11 Im Auge Karl Egloff, Gipfelstürmer
- 12 Politik Berner B-Movie
- 13 Umwelt Gletschersterben
- 13 Finanzplatz Null Wachstum
- 13 Deutsch Widerlich
- 14 Personenkontrolle Hotz, Weichelt-Picard, Huber-Hotz etc.
- 15 Nachrufe Egon Bahr, Jörg Schneider
- 16 Die Mär vom bösen Bischof
Der Churer Bischof Vitus Huonder spaltet die Kirche
- 20 Die Deutschen Undeutsch
- 20 Wirtschaft Blackout im Kopf
- 21 Ausland Sozialistische Versuchungen
- 22 Mörgeli Profiteure des Amtsgeheimnisses
- 22 Bodenmann Die Schmidtchen-Schneider-Strategie
- 23 Medien Die neue Nummer zwei
- 23 Gesellschaft Wasser lassen
- 24 Darf man das? / Leserbriefe

Hintergrund

26 Uetikon am See verdrängt Zug

Das grosse Gemeinderating der *Weltwoche*

27 Immobilien «Der Markt hat sich abgekühlt»

34 Hans Hess neigt zum Staat

Schwache Signale vom Branchenverband Swissmem

36 Wahlen 2015 Die SP im Wahlcheck

38 Wahlkampf Typisch Sozialdemokrat

39 Finanzplatz Die stumpfen Waffen der OECD

40 Versteckspiele am Zürichsee

Falsche Aussagen im Fall des Zürcher See-Spitals

42 Eine gute Partie

Die Verfilzung der Berner Politikerin Ursula Wyss

44 Schweiz am Pranger

Falsche Anschuldigungen gegen die Sammlung Bührle

47 Justiz Schleichender Staatsstreich

48 Leuthards Werk und Ringiers Beitrag

Die Mission von SRG, Swisscom und Ringier

50 Hausbesuch bei Scheinflüchtlings

Nicht alle syrischen Flüchtlinge fliehen vor Verfolgung

53 Migration Mächtiger Magnet Deutschland

54 «Ich kann nicht in ihren Kopf schauen»

Der Familienputsch gegen Parteigründer Jean-Marie Le Pen

56 Mut zur Leidenschaft

Soziologin Eva Illouz über offensives Begehren

58 Männer, die nicht Väter werden wollen

Immer mehr kinderlose Frauen in der Schweiz

63 Börsenanalysen Kräht der Hahn auf dem Mist

LEICHTIGKEIT IN IHRER INNOVATIVSTEN FORM.

ALUMINIUM-INTEGRAL-HINTERACHSE

Die fortschrittlichste Hinterachse mit Multilink-Einzelradaufhängung in ihrer Klasse sorgt dank der Aluminium-Integral-Hinterachse für eine hohe Quer- und Längssteifigkeit und trägt so zum präzisen Handling und Fahrkomfort bei. Eine Hinter- und Vorderachskonstruktion, wie sie sonst nur in weitaus teureren Fahrzeugen anzutreffen ist.

FORTSCHRITTLICHSTE MONOCOQUE-ALUMINIUMARCHITEKTUR

Die Leichtbau-Karosseriestruktur besteht zu 75% aus Aluminium - so viel wie bei keinem anderen Modell des Segments. Diese leichte, aber stabile Aluminiumarchitektur mit einer hohen Torsionssteifigkeit garantiert eine minimale Verwindung der Karosserie, präzises Handling und maximale Crashesicherheit.

ELEKTRISCHE SERVOLENKUNG

Die hochpräzise elektrische Servolenkung bietet ein noch angenehmeres Lenkgefühl und ein optimales Ansprechverhalten, eine variable Lenkungsämpfung, ein leichteres Manövrieren bei niedrigen Geschwindigkeiten und eine Reihe von Fahrerassistenz- und aktiven Sicherheits-Features. Sie benötigt zudem weniger Energie als ein hydraulisches System.

WELTNEUHEIT: RECYCELTES ALU

Zum ersten Mal kommt eine hochfeste Legierung aus Aluminiumrezyklaten zum Einsatz. Der hohe Anteil an recyceltem Aluminium reduziert die Abhängigkeit von Primäraluminium, senkt den Energieeinsatz in der Produktion und verringert die CO₂-Emissionen über den ganzen Lebenszyklus.

TECHNIK AUS LUFT- UND RAUMFAHRT

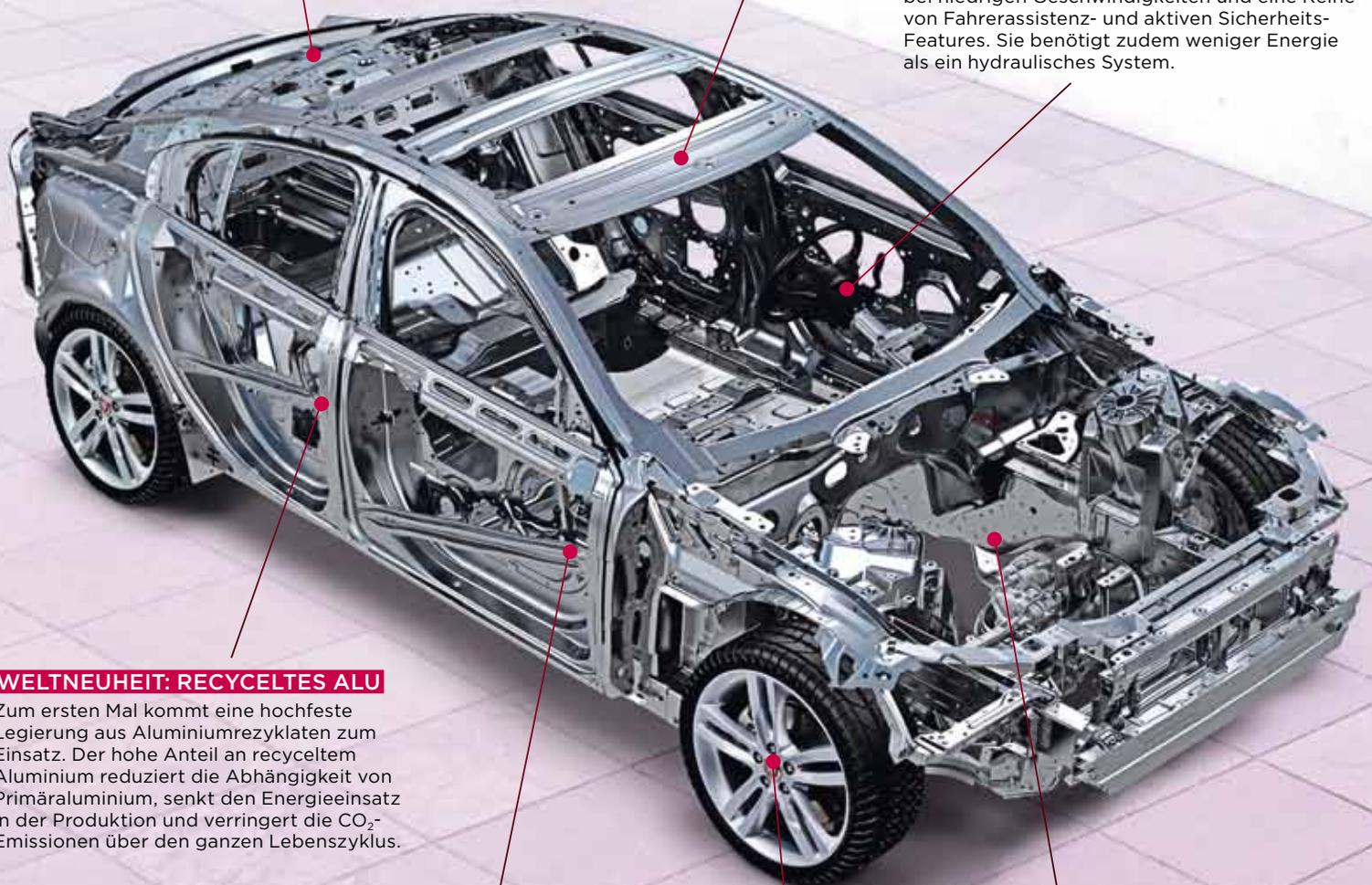
Strukturklebstoffe und Stanznieten bei der Karosserieherstellung sind eine saubere und energieeffiziente Verbindungstechnik aus der Luft- und Raumfahrt, die gegenüber der konventionellen Schweisstechnik eine erhöhte Steifigkeit und eine gesteigerte Langlebigkeit gewährleisten.

ALL SURFACE PROGRESS CONTROL

Die einzigartige und innovative vollelektronische Traktionshilfe ist eine revolutionäre Weltneuheit. Sie sorgt für höchste Fahrsicherheit auf allen Straßenbelägen und bei allen Wetterbedingungen.

ADAPTIVES SPORTFAHRWERK

Das adaptive Sportfahrwerk passt sich proaktiv an die Straßenbedingungen und den Fahrstil an. Das System analysiert Beschleunigung und Bremsvorgänge, Kurvenfahrten sowie Betätigungen des Gas- und Bremspedals. Sportliche Performance aus der Sportwagen-Entwicklung.





«Analysen sind wichtiger als Personen»: Ökonom Borner. Seite 60

Interview

60 «Ein sozialistisches Land»

Silvio Borner hat den «Preis für die Freiheit» der Bonny-Stiftung erhalten. Was versteht er unter freiheitlichen Spielregeln in Wirtschaft und Gesellschaft?

Stil & Kultur

64 Stil & Kultur Lady Vulcano

66 Lauter kleine Roger Federers

Kann, ja muss man seine Kinder zum Erfolg zwingen?

68 Top 10

68 Kino «Straight Outta Compton»

69 Jazz The Art Tatum Buddy DeFranco Quartet

70 Namen Intellektuelle und Sportskanonen

71 Hochzeit Margot und Michael Schmitz (Teil 1)

71 Thiel Grenzenlos

72 Wein Horizonte Blanco de Exopto Rioja DOC 2013

72 Zu Tisch Christian Jürgens, Spitzenkoch

73 Auto BMW X6 M

74 MvH trifft Hansjörg Schertenleib, Schriftsteller

Autoren in dieser Ausgabe

Allan Guggenbühl



Der renommierte Schweizer Jugendpsychologe und -therapeut ist selbst Vater von drei erwachsenen Kindern. In dieser

Ausgabe beantwortet er eine Frage, die sich viele Eltern stellen: Soll man seinen Nachwuchs zum Erfolg zwingen? Seite 66

Eva Michels

Die Autorin lebt seit zehn Jahren in Frankreich und studierte Politik, Sinologie und Geschichte in Trier und Taipeh, Taiwan. Für die *Weltwoche* sprach sie mit Bruno Gollnisch, dem Weggefährten von Jean-Marie Le Pen, nach dessen Rauswurf aus dem von ihm gegründeten Front national durch seine eigene Tochter. Seite 54

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store | ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCHTE

UNDERSTATEMENT IN SEINER SCHÖNSTEN FORM. DER NEUE JAGUAR XE AB CHF 40'800.-

Die Sportlimousine JAGUAR XE setzt neue Massstäbe und definiert die Premium-Mittelklasse neu.

SPORTLICHES UND AERODYNAMISCHES DESIGN

Die perfekte Symbiose aus Form und Funktion steht für den niedrigsten Luftwiderstand und den aerodynamischsten JAGUAR aller Zeiten mit einem c_w -Wert von 0.26.

LASERBASIERTE HEAD-UP-DISPLAY-TECHNOLOGIE

Die neueste und laserbasierte Head-Up-Display-Technologie projiziert scharfe und hoch kontrastreiche Farbbilder wichtiger Fahrzeugdaten und Navigationshinweise ins Blickfeld des Fahrers.

HOCHMODERNE NEUENTWICKELTE INGENIUM-MOTOREN

Von Grund auf eigenentwickelte neue Leichtbau-Motorentechologie, die für kompakte und gewichtsoptimierte Premium-Hochleistungsaggregate steht. Diese sorgen für aussergewöhnlichen Durchzug aus niedrigen Drehzahlen, mühelose Beschleunigung sowie beste Emissions- und Verbrauchswerte ab 3.8 l/100 km und 99 g CO₂ pro km.



REAL VALUE FOR MONEY

Echte JAGUAR-Eleganz, Sportlichkeit und Hightech-Features zum besten Preis.

HIGHTECH-AUSSTATTUNGEN

Innovative Technologien wie aktive Motorhaube für Fussgängerschutz, Verkehrszeichenerkennung, Torque Vectoring, Spurhalteassistent, 2-Zonen-Klima-Automatik, adaptive Geschwindigkeitsregelung¹, Parkassistent (parallel und quer ein- und ausparken)¹ und Surround-Kamerasystem¹ erhöhen die aktive und passive Sicherheit.

¹Option.

GARANTIE- UND SERVICEPAKET

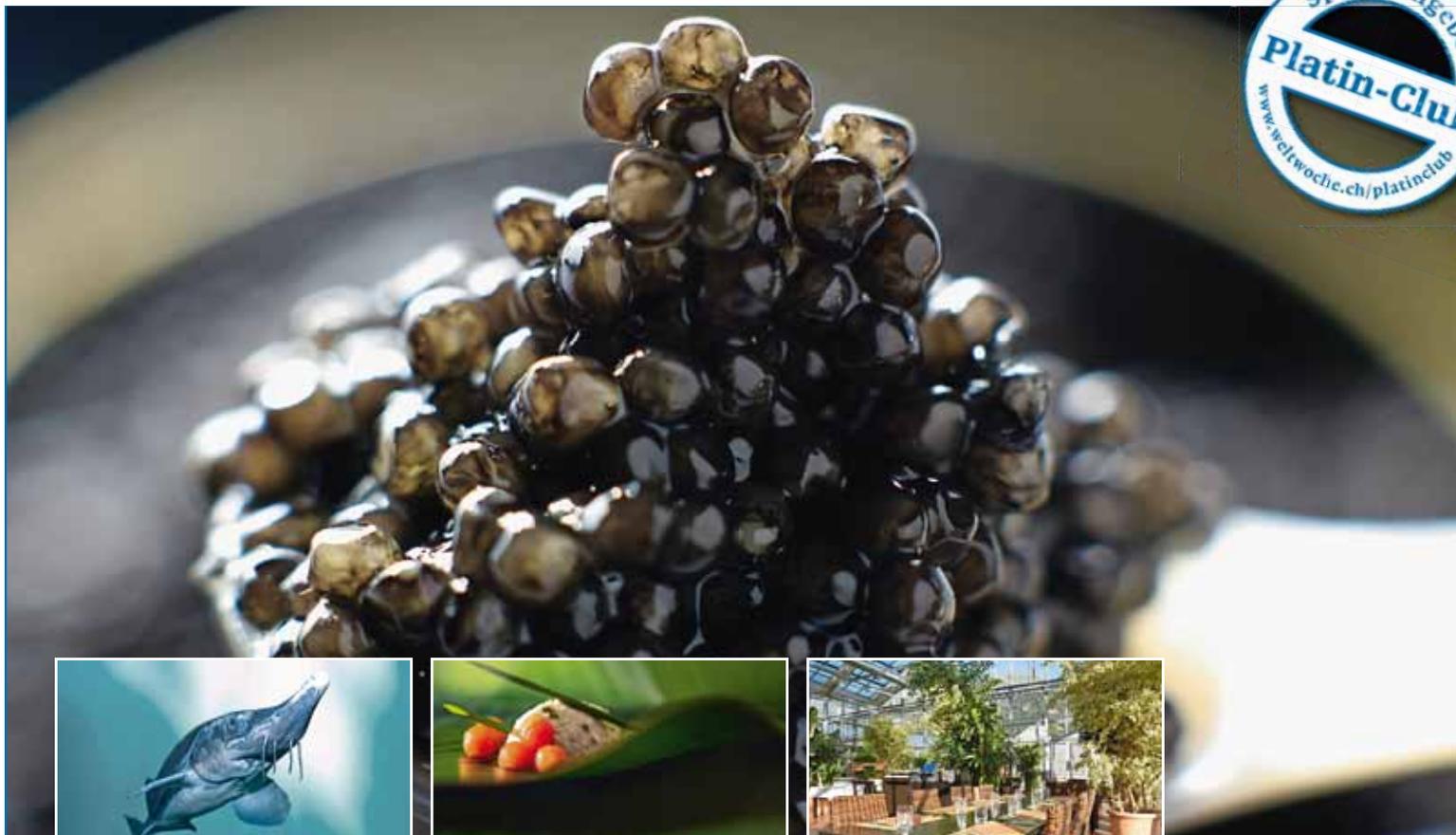
Tiefe Unterhaltskosten dank 3 Jahren Werksgarantie ohne Kilometerbegrenzung, 3 Jahren Assistance für sorgenfreies Fahren und 3 Jahren Free Service ohne Kilometerbegrenzung inklusive aller Verschleissteile und Flüssigkeiten.

Besuchen Sie jetzt Ihren JAGUAR-Fachmann und vereinbaren Sie Ihre Testfahrt.

JAGUAR.CH



JAGUAR XE E-Performance, 4-Türer, man., 2WD, 163 PS/120 kW. Swiss Deal Preis CHF 40'800.-, Gesamtverbrauch 3.8 l/100 km (Benzinäquivalent 4.3 l/100 km), Ø CO₂-Emissionen 99 g/km. Energieeffizienz-Kategorie A. Abgebildetes Modell: JAGUAR XE S 3.0 V6, 4-Türer, autom., 340 PS/250 kW. Swiss Deal Preis CHF 66'200.-, Gesamtverbrauch 8.1 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 194 g/km. Energieeffizienz-Kategorie G, Ø CO₂-Emissionen aller in der Schweiz angebotenen Fahrzeuge 144 g/km.



Tropenhaus Frutigen

Stör, Kaviar und Co.

Möchten Sie aus dem Alltag ausbrechen, ohne dafür gleich Tausende Kilometer weit auf eine ferne Südseeinsel zu fliegen? Dieses Abenteuer macht das Tropenhaus Frutigen möglich. Geniessen Sie einen unvergesslichen Aufenthalt im Berner Oberland mit kulinarischen Exklusivitäten.

Gewächshaus, Fischzucht und Gourmetpalast – all das ist das Tropenhaus Frutigen. Hier, am Tor zu den Alpen, befindet sich die erste Störzucht im alpinen Raum sowie der einzige Betrieb zur Produktion von Kaviar in der Schweiz.

Möglich wird dies durch ein einmaliges Konzept: Für Fische, Pflanzen und Früchte wird die Energie aus dem 18 Grad warmen Bergwasser gewonnen, das mit 70 Litern pro Sekunde aus dem Lötschberg-Basistunnel strömt. Resultat: ein alpiner Garten Eden!



Auf einer Führung erfahren Sie alles über den Stör und seine Produkte. Als Highlight des Abends kommen Sie in den Genuss unseres bekannten Oona Kaviars und ausgewählten Störvariationen, die wir mit Champagner servieren. Zu guter Letzt erwartet Sie ein feines 4-Gang-Störmenü mit begleitenden Weinen, Mineralwasser und Kaffee. Wenn Sie den Aufenthalt verlängern möchten, steht Ihnen das Hotel «Eden» in Spiez am Thunersee zur Verfügung.

Detailprogramm unter: www.weltwoche.ch/platinclub

Platin-Club-Spezialangebot

Stör und Kaviargenuss im Tropenhaus Frutigen
13. Oktober 2015, 18.30 Uhr

Leistungen:

- Führung durch das Tropenhaus (1 Stunde)
- Stör und Kaviardegustation (Oona Kaviar)
- 4-Gang-Störmenü inkl. Weine, Kaffee und Mineralwasser

Preis:

Fr. 182.– pro Person

Übernachtung inklusive Frühstück:

Doppelzimmer: Fr. 290.–

Einzelzimmer: Fr. 198.–

Buchung:

Reservieren Sie Ihr Arrangement über Telefon 033 672 11 46 oder events@tropenhaus-frutigen.ch. Bitte Stichwort «Weltwoche Platin-Club» angeben.

Veranstalter:

Tropenhaus Frutigen
www.tropenhaus-frutigen.ch, www.oona-caviar.ch

Partner:

Hotel «Eden», Spiez, www.eden-spiez.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



China scheut die Schmerzen

Von Beat Gygi — Folgt auf den Börseneinbruch in Schanghai der Absturz der Wirtschaft? Kaum. Denn der Staat wird sicher helfend eingreifen.



Riesige Bestände an leeren Wohnungen: Bauboom in China.

China macht die Märkte unruhig, die Unternehmer und Anleger nervös. An den Börsen haben chinesische Firmen schon seit längerem an Wert verloren, obwohl der Staat mit Stützungskäufen die Kurse zu pflegen versucht hatte. Anfang dieser Woche gab man es auf, und prompt sackten an der Börse von Schanghai die Kurse kurzfristig so stark ab wie seit der vergangenen Finanzkrise nicht mehr. Eine Welle von Kursrückschlägen lief über die Börsen der ganzen Welt, schreckte Amerikaner und Europäer auf und machte «China» zum Reizwort. Als die Kurse weiter rutschten, griff die Notenbank zu einem anderen Instrument und senkte den Leitzins, worauf die Aktienkurse sich sogleich wieder etwas erholten. Es war die fünfte Zinssenkung in kurzer Zeit, zudem hat die Zentralbank die chinesische Währung in zwei Schritten um 3,5 Prozent abgewertet.

Der Anfang vom Ende?

Derart viele Eingriffe werfen die Frage auf, ob neuartige Probleme bevorstehen. Ist die Kurseinbusse eine normale, wenn auch störende Schwankung auf dem langfristigen Wachstumspfad der chinesischen Wirtschaft, der zwar flacher wird, aber doch weiterhin nach oben führt? Oder ist es der Anfang vom Ende der chinesischen Wachstumsphase? Alle hoffen, dass die erste Deutung die richtige sei, aber viele

Experten sind sich nicht sicher. «China ist gebaut», ist seit geraumer Zeit öfter zu hören, riesig seien die Bestände an leeren Wohnungen und Hallen, deshalb werde man nicht darum herumkommen, allmählich das Werkzeug einzupacken und neue Arbeit zu suchen.

Moment, zuerst muss man sich fragen, ob man Zahlen zur chinesischen Wirtschaft überhaupt so deuten kann, wie man es von der westlichen Börsen- und Industriewelt her gewohnt ist. Oft genug gibt es sarkastische Kommentare und bestehen Zweifel an chinesischen Statistiken zu Bruttosozialprodukt, Beschäftigung oder Preisen; man weiss nie genau, wieweit Wachstumszahlen politisch geplanten oder erwünschten Werten entsprechen und wieweit die tatsächlichen Entwicklungen dahinterstecken. Früher, bei Wachstumsraten in der Nähe von zehn Prozent machte man sich weniger Gedanken über solche Unschärfen als heute, da die Wachstumsraten für die jüngsten zwei Quartale mit sieben Prozent angegeben werden und Exporte und Industrieproduktion schwach aussehen. Experten fragen sich besorgt, ob die Wirklichkeit nicht noch schlechter aussehe als die Zahlen; einige vermuten die Rate eher bei vier Prozent, was für Schwellenländer schon fast eine Vollbremsung wäre. Ins Bild passen Berichte über Entlassungen und Umsatzeinbrüche.

»» Fortsetzung auf Seite 12

Vulkanische Energie



Karl Egloff, Gipfelstürmer.

Das Herz schlägt lateinamerikanisch, der Kopf denkt schweizerisch. Oder vielleicht umgekehrt. Karl Egloff, seltsamer Name für einen Ecuadorianer mit blonder Kurzhaarfrisur, hat dem feuerspeienden Cotopaxi (5897 m ü. M.) ins Auge gesehen, vor drei Jahren, er war einfach zu neugierig, wie es in dem verwunschenen Krater aussieht, aus dem seit Wochen riesige Rauch- und Glutwolken aufsteigen und 300 000 Menschen in der Umgebung und die nur fünfzig Kilometer entfernt gelegene Hauptstadt Quito bedrohen wie zuletzt 1877. Egloff, 34, kennt den Vulkan wie kein anderer, er braucht von zu Hause aus nur eine Autostunde bis zu dessen Fuss, und er hat ihn über siebzig Mal bestiegen, meistens als Trekking-Unternehmer. Er bezwang den Cotopaxi auch im Laufschrift in der unglaublichen Rekordzeit von 1 Stunde 37 Minuten, rauf und runter. Dann wagte er sich an den Kilimandscharo in Tansania, wieder als schnellster Eroberer, und im vergangenen Februar an den Aconcagua, den mit 6962 Meter höchsten Berg Lateinamerikas, und war eine Stunde schneller oben und wieder unten als sein Vorgänger. Egloff spricht, neben seiner spanischen Muttersprache, Schweizerdeutsch. Sein Vater, ein Bergführer, war nach Ecuador ausgewandert, das Land der Mutter, und Karl kam als 17-Jähriger in die Schweiz, an die Kantonsschule in Zürich. Er wollte eigentlich Fussballprofi werden und trainierte bei den Grasshoppers und beim FC Zürich und machte dann eine kaufmännische Lehre und die Rekrutenschule. Zum Fussballspielen war er zu wenig robust, der Sportarzt riet ihm zum Velofahren, und nach einem Jahr war der Ruhelose bereits Profi-Mountainbiker. Kaum jemand kennt hierzulande Karl Egloff. «Weltberühmt», sagt er, wird man, wenn man die «Seven Summits» meistert, die sieben höchsten Berge aller Kontinente. Als nächsten hat der Leichtfüssige den Montblanc auf dem Programm seiner Rekordsturmäufe. Er war auch schon in Zermatt, als dort seine Schwester heiratete, aber noch nie auf dem Berg der Berge, dem Matterhorn. Schöne Aussicht, dass er und seine Partnerin Adriana dort oben heiraten könnten.

Peter Hartmann

Man kann sich kaum ausmalen, was ein Stottern des Motors China für die Weltwirtschaft bedeuten würde. Möglich wäre eine grossräumige Rezession und Trostlosigkeit, die unter Umständen auch zu gesellschaftlichen Konflikten führen könnte. Aus Vorsichtsgründen ist es wohl besser, Chinas Zahlen nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Dass eine Zinssenkung der Notenbank ganz ähnlich wie in Europa sogleich die Lust aufs Aktienkaufen anregt, spricht ebenfalls dafür, chinesische Zahlen nach «normalen» ökonomischen Mustern zu analysieren.

Das heisst, dass es in überschäumenden Zeiten immer Investitionen gibt, die weit über das Mass hinausschiessen, das langfristig rentabel ist. Im jahrzehntelangen Bauboom in China ist es wie anderswo zu Übertreibungen gekommen. Chinas gegenwärtige Immobilien-Hausse wird von Ökonomen schon fast ähnlich gesehen wie die Aufblähungen in Japan in den achtziger Jahren oder in den USA nach 2000. Gleichzeitig wird jedoch betont, dass die chinesischen Einkommen ähnlich rasant gestiegen seien wie die Häuserpreise und dass Immobilien in China vorsichtiger belehnt worden seien als anderswo, so dass die Eigentümer auch stärkere Preis einbrüche einigermassen verdauen könnten.

Dennoch – «Überinvestitionen» müssen früher oder später abgeschrieben werden, das ist schmerzhaft, auch für die Handelspartner in Europa und den USA, die dann weniger nach China verkaufen können. Für die Schweiz ist China nach EU und USA zum dritt wichtigsten Handelspartner geworden, die Exporte nach China und Hongkong machten 2014 mit gut 39 Milliarden Franken knapp 14 Prozent der Schweizer Ausfuhren aus. Hinzu kommen alle die Lieferungen, die über Abnehmer in anderen Ländern letztlich nach China gelangen. Zudem investierten Schweizer Unternehmen in diesem Land 2013 fast 2 Milliarden Franken, einiges mehr als ein Jahr zuvor. Der Austausch mit China hat in jüngerer Zeit viel zügiger zugenommen als jener mit Europa.

Dass Chinas Wirtschaft einigermassen nach westlichem Muster funktioniert, heisst auch, dass es eine grosse Koalition aus Regierung, Bürokratie, Interessengruppen gibt, die Anpassungsschmerzen vermeiden möchte. So ist zu erwarten, dass der Staat die Wirtschaft so weit stimulieren wird, dass diese ein Wachstumstempo nicht allzu weit unter dem Zielwert erreicht, die Wachstumsphase wird fortgesetzt. Das heisst aber auch, dass die Bereinigung von «falschen» Investitionen weiter und weiter hinausgeschoben wird, weil ein Teil des stimulierten Wachstums – wie dies der Ökonom Tyler Cowen betont – gerade auf den angestammten «falschen» Pfaden weiterlaufen dürfte. Für Schweizer Exporteure ist dies kurzfristig beruhigend, auch wenn die Risiken langfristig bleiben.

Politik

Berner B-Movie

Von Hubert Mooser — Bundesräte finden Mittel und Wege, sich in den Wahlkampf einzuschalten, bringen es aber nicht fertig, eine offene Auseinandersetzung zum Thema EU zu führen.



Die beiden Aushängeschilder der Organisation «Vorteil Schweiz», die Berner Unternehmer Hansjörg Wyss und Jobst Wagner, sind von zwei Bundesräten angehalten worden, mit ihrer Kampagne für den bilateralen

Weg (offiziell) und gegen die Masseneinwanderungsinitiative (inoffiziell) erst nach den eidgenössischen Wahlen zu starten. Das geht aus einer E-Mail der Organisation an ihre Mitglieder hervor, welche die letzte *Sonntagszeitung* veröffentlichte. Der Bundesrat fürchtet offensichtlich eine Konfrontation mit der SVP vor den Wahlen zum Thema EU. Erst danach sollen die Stimmbürger mit einer intensiven PR-Kampagne auf EU-Kurs getrimmt werden.

Erstmals wird nun bestätigt, dass einzelne Bundesräte das Drehbuch zu diesem B-Movie mitgeschrieben haben. Das verstehen nicht einmal jene Kreise, für die dieses Szenario entworfen und aufgezogen wurde, also die Vertreter von Wirtschaft und Industrie. Wie war das noch im Wahlkampf 2007, als der damalige Justizminister Christoph Blocher von allen Seiten kritisiert wurde, weil er sich nicht an die vom Bundesrat aufgestellte Spielregel halten wollte, dass sich ein Bundesrat nicht in den Wahlkampf einzumischen habe? Blocher müsse sich dann nicht wundern, wenn er abgewählt werde, meinte ein Kommentarschreiber des *Tages-Anzeigers*. Verlangt der *Tagi* jetzt die Abwahl von Schneider-Ammann, nachdem er sich so prominent in den Wahlkampf eingebracht hat?

Was inzwischen einige Bundesräte anrichten, ist von grösserer Tragweite als Blochers Wahlkampf vor acht Jahren. «Glücklich aber, wer in seinem Land ein Spiegel seines Volkes sein kann, der nichts widerspiegelt als das Volk», philosophierte Gottfried Kellers Grüner Heinrich über die Demokratie. Genau das erwartet man auch vom Bundesrat. Aber seit der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative macht die Regierung genau das Gegenteil: Sie sucht nach Wegen, die vom Volk beschlossene Einschränkung bei der Zuwanderung zu umgehen und die Schweiz näher an die EU heranzuführen, egal, wie das Volk entschieden hat. Das Ja der Stimmbürger zur Masseneinwanderungsinitiative bedeutete eine Absage der Stimmbürger an die bisherige EU-Politik. In jedem anderen Land hätte die Regierung nach einem solchen Entscheid zurücktreten müssen.

Jetzt sollen gerade die erbittertsten Gegner der Initiative diese umsetzen. «Die Verfassung



Furcht vor Konfrontation: Schneider-Ammann.

gilt, die Initiative wird umgesetzt», sagte Simonetta Sommaruga nach der Abstimmung. Was ist bisher geschehen? Sommaruga und Burkhalter spielen mit der Initiative Pingpong. Einmal hat Sommaruga das Sagen, später ist wieder Burkhalter am Drücker. Nach achtzehn Monaten ernannt man einen Chefunterhändler, der die Verhandlungen mit der EU koordinieren soll. Und nun sickert auch noch durch, dass Bundesräte im Hintergrund die Fäden zu einer PR-Kampagne ziehen, die den Stimmbürgern die bilateralen Verträge inklusive Personenfreizügigkeit als Segen verkaufen soll.

Die Kanonen sind in Stellung, auch wenn der Krieg noch nicht erklärt ist. CVP-Präsident Christophe Darbellay und BDP-Präsident Martin Landolt wollen den bilateralen Weg mit der EU in der Bundesverfassung verankern. Auf diese Weise soll der Verfassungsartikel über die Zuwanderung mit einem Verfassungsartikel zu den Bilateralen neutralisiert werden. FDP-Präsident Philipp Müller will eine Variantenabstimmung, bei der die Stimmbürger die Wahl haben zwischen dem Bruch mit Europa und einer pragmatischen Umsetzung der SVP-Initiative. Das Komitee «Raus aus der Sackgasse» will eine neue Abstimmung über die Zuwanderung. Aber der Mut zu einer offenen Konfrontation vor den Wahlen fehlt. Was für eine jämmerliche Aufführung im Berner Polittheater.

Gletschersterben

Von Alex Reichmuth —
Schmilzt das Eis, warten
blühende Landschaften.

Steigen die Temperaturen in diesen Tagen über dreissig Grad, wird auch das Lamento über den Rückzug des «ewigen Eises» wieder einsetzen. Unzählige Medienbeiträge beklagen das «Gletschersterben» – gerade so, als wären die Eiszungen Persönlichkeiten. «Die Gletscher in Grindelwald leiden derzeit täglich», titelte SRF. Stets folgen düstere Mahnungen von «Fachleuten», endlich dem Klimawandel Einhalt zu gebieten.

Welch ein Unsinn! Seit Jahrtausenden stösst die Gletscherbedeckung vor oder zieht sich zurück. Noch bis ins 19. Jahrhundert beteten Bergbewohner zu Gott, er möge die Gletscher stoppen. Ihre Sorgen waren berechtigt, überführen doch wachsende Eiszungen regelmässig wertvolles Weideland oder machten ganze Siedlungen platt. Schmelzende Gletscher aber bedrohen nichts und niemanden. Selbstverständlich verändern sich, übers Jahr gesehen, die Pegelstände von Bächen und Flüssen, wenn in höheren Regionen Eismassen verschwinden. Das kann heissen, dass die Wasserversorgung in landwirtschaftlichen Gebieten angepasst werden muss oder dass die Bedingungen für die Gewinnung von Energie wechseln. Doch es bleiben Jahrzehnte für entsprechende Veränderungen. Wären fehlende Gletscher eine Bedrohung, wie es ständig suggeriert wird, müssten in Regionen ohne Eis Notstände herrschen – schon seit Jahrhunderten. Aber die Teile der Alpen, in denen schon heute Gletscher fehlen, sind weder verödet, noch leiden deren Bewohner Durst.

Eindrückliches Naturspektakel

Natürlich kann man es bedauern, wenn die majestätischen Gletscher allmählich verschwinden. Doch nach und nach werden sich Bergwälder ausbreiten, wo heute Schutt und Geröll dominieren. Wer die atemberaubende Herrlichkeit alpiner Arven- und Föhrenwälder unter der Baumgrenze kennt, weiss, dass allenfalls Schönheit durch Schönheit abgelöst wird. Es warten «blühende Landschaften», um einen von Altkanzler Helmut Kohl in ganz anderem Zusammenhang geprägten Begriff zu bemühen. Kommt dazu, dass der Gletscherschwund so oder so weitergehen wird. Auch wenn der Klimawandel stoppt und die Temperaturen wie in den letzten achtzehn Jahren stagnieren, wird das Schmelzen noch Jahrzehnte anhalten. Der Rückzug der Gletscher ist keine Katastrophe, sondern vielmehr ein eindrückliches Naturspektakel.

Null Wachstum

Von Florian Schwab — Schweizer
Privatbanken verzeichnen seit
2008 keinen Neugeldzufluss.

Jeden Herbst publiziert die Schweizerische Bankiervereinigung ihr Bankenbarometer. Bei dieser Gelegenheit wird jeweils auch gern vermeldet, dass der Wert der verwalteten Vermögen (englisch: *assets under management*, AUM) gestiegen sei. In der letzten Ausgabe dieser Publikation freute sich der Branchenverband über eine Zunahme der AUM um 340 Milliarden Franken. Auch in ihrer letzten umfassenden Bestandesaufnahme zur weltweiten Vermögensverwaltung schrieb die Lobby-Organisation, die Schweiz bleibe «Weltmarktführer» im grenzüberschreitenden Geschäft. Für das Wohlergehen des Schweizer Bankplatzes sind die AUM allerdings ein schlechter Gradmesser, da sich der Wert der Kundenportfolios mit den Märkten bewegt. Steigen die Kurse, so steigen die AUM. Viel relevanter ist die Frage: Wie viele neue Kundengelder (*net new money*, NNM) konnten akquiriert werden? Ist es tatsächlich so, dass das sich abzeichnende Ende des Bankgeheimnisses keine Spuren hinterlässt und eine internationale Kundschaft ihr Vermögen so unbekümmert wie zuvor in die Schweiz trägt?

Wettbewerbsvorteile verspielt

Wohl kaum. Seit mehreren Jahren wertet das Beratungsunternehmen KPMG in Zusammenarbeit mit dem Institut für Betriebswirtschaft der Universität St. Gallen die Bilanz jener Banken aus, die vor allem in der Vermögensverwaltung von wohlhabenden Privatpersonen aktiv sind (Privatbanken). Die Studie erfasst hundert Finanzinstitute und ist damit hochrepräsentativ, gibt es doch derzeit noch rund 130 dieser Institute. Nicht erfasst sind die Grossbanken, da diese eine eigene Kategorie darstellen.

Die am Dienstag veröffentlichte Analyse für das Jahr 2014 zeigt, dass im letzten Jahr die verwalteten Vermögen der berücksichtigten Banken zwar um hundert Milliarden Franken zugenommen haben, dass dies aber ausschliesslich der erfreulichen Entwicklung an den Börsen geschuldet ist. Seit dem Jahr 2008 verzeichnen die Schweizer Privatbanken «keinen nennenswerten Neugeldzufluss». Im gleichen Zeitraum sind allerdings die Vermögen der potenziellen Kundschaft um mehr als zehn Prozent gestiegen. Der Marktanteil der Schweizer Privatbanken geht also zurück. Die traditionelle Schweizer Privatbank überschaubarer Grösse bezahlt den Preis für die in den letzten Jahren verspielten Wettbewerbsvorteile und für den automatischen Informationsaustausch.

Widerlich

Von Max Wey — Wieder und
wieder hallt es wider,
bis es einigen zu blöd wird.

F rühling lässt sein blaues Band wider flattern durch die Lüfte» – ist das nicht von Eduard Mörike? «Alle Jahre wider» – ist das nicht ein bekanntes Weihnachtslied? «Immer wider geht die Sonne auf» – ist das nicht von Udo Jürgens? Fast. Man ersetze «wider» durch «wieder», und schon stimmt's. Flüchtigkeitsfehler sind's weitgehend, die zur Verwechslung führen. Es eilt. Kaum ist etwas passiert, wird online informiert. So kommt es zu Fehlern wie «IS leistet erbitterten Widerstand» (srf.ch). «Aktuelle Zahlen widerlegen diese Einschätzung» (tagesanzeiger.ch). «Plötzlich wurde es ernst – und ernst genommen zu werden, ist bekanntlich das Schlimmste, was einem Komiker wiederfahren kann» (*Weltwoche*).

Dass die beiden Wörtchen gleich ausgesprochen werden, ist nicht unbedingt hilfreich. Dabei ist die Sache einfach. Das Adverb «wider» heisst «erneut, zurück», und die Präposition «wider» bedeutet «gegen, entgegen». Nun höre ich eine rufen: Diese Unterscheidung gibt es aber erst seit dem 18. Jahrhundert. Und ich höre einen murmeln: Sowohl die Brüder Grimm wie auch Konrad Duden hielten diese Unterscheidung nicht für sinnvoll. – Ja, das stimmt alles, aber heute widerstrebt es mir total, nostalgisch zu sein.

Nein, man soll «wieder» und «wider» nicht verwechseln. Am besten, ich schnappe mir ein Megafon, steige auf den Üetliberg und posaune es in die Welt hinaus. Vielleicht gibt es einen Widerhall, das heisst, es hallt wider und nicht «wider», wie es gerne geschrieben wird, wenn es als Verbusatz abgetrennt ist. Wieder und wieder hallt es wider, bis es einigen zu blöd wird. Widerspruch regt sich. Ein Widerwort gibt das andere. Die Mienen (nicht: Minen) verheissen nichts Gutes. Einer ruft zu mir hinauf: «Hören Sie, es reicht. Ihre Schreierei ist uns zuwider. Sie handeln wider alle Vernunft.» Ich erwidere nichts, sondern setze mich und mache eine Pause.

Bald aber sticht mich der Hafer. Soll ich noch ein bisschen wider den Stachel löcken? Soll ich mein Lied (nicht: Lid) wieder singen, meine Arbeit wiederaufnehmen? Es hat wenig Sinn, die neu angekommenen Wanderer zu fragen. Die einen würden ja sagen, die andern nein, wieder andere würden sich gelangweilt abwenden. Ich tu's noch mal, ohne mich ins Fieber (nicht: Fiber) zu reden. Diesmal mit Stil (nicht: Stiel). «Verwechselt <wieder> und <wider> nicht», spreche ich ins Megafon, «denn dies ist einfach: widerlich.»

Max Wey war Chefkorrektor der *Weltwoche*.

Personenkontrolle

**Hotz, Weichelt-Picard,
Huber-Hotz, Pfister,
Nussbaumer, Schilliger,
Thür, Casanova, Schwaab,
Fischer, Kessler,
Markwalder, Rime,
Heuberger**

Aufruhr in Baar ZG! An bester Lage im Ortszentrum wollen private Grundbesitzer eine Asylunterkunft errichten. Gemeindepräsident **Andreas Hotz** (FDP) bestätigt, er habe eine «Vorfrage zu einem allfälligen Baugesuch» erhalten. Details zu Lokalität oder Antragstellern will er aber nicht preisgeben. Von den Plänen weiss auch Regierungsrätin **Manuela Weichelt-Picard** (Alternative – die Grünen), die im Kanton Zug für die Unterbringung von Asylanten zuständig ist. Nach Informationen der *Weltwoche* handelt es sich bei dem fraglichen Grundstück um ein fast 49 000 m² grosses Areal an der Langgasse, nur 900 Meter vom Bahnhof entfernt. Laut Grundbucheintrag gehört das Anwesen der Hotz Obermühle AG. Weitere Nachforschungen zeigen, dass diese Aktiengesellschaft im Besitz der Familie von alt Bundeskanzlerin **Annemarie Huber-Hotz** (FDP) ist. Die ehemalige Magistratin gehörte selbst bis ins Jahr 2012 dem Verwaltungsrat an, bevor ihre Tochter in das Gremium aufrückte. Für den Bau der Asylanlage wäre die Firma NRS Team GmbH des Architekten **Peter Pfister** zuständig, die in Baar ebenfalls mit der Familie Hotz verbandelt ist und die unter anderem in Zürich die berühmten Sexboxen entworfen hat. Pikant: Huber-Hotz persönlich tritt als Präsidentin des Schweizerischen Roten Kreuzes für die Aufnahme möglichst vieler Asylanten ein. «Wir haben Platz für weitere 80 000 Flüchtlinge», sagte sie im April der *Schweizer Illustrierten*. Offenbar wusste sie auch bereits, wo. (fsc)

«Die Schweizer Wirtschaft fordert: Dranbleiben an der Energiestrategie 2050!» heisst es am Freitag an einer Medienkonferenz. «Namhafte Wirtschaftsverbände und Unternehmen» kämpfen für die Energie-Planwirtschaft von Bundesrat und Nationalrat, die der Ständerat in der Herbstsession kritisch überprüft, «gegen die zu kurz gegriffenen Attacken aus anderen Teilen der Wirtschaft». Konkret stehen für «die Schweizer Wirtschaft» gemäss Rednerliste: der Verband Holzbau Schweiz, die Energieeffizienz-Beratungsfirma Cofely, die Dämmmaterial-Produzentin Flumroc sowie Swisspower, der Verbund von Schweizer Stadtwerken, die mit dem Geld der Steuerzahler eigenmächtig erneuerbare Energien



Asyl-Areal-Besitzerin: Huber-Hotz.

fördern; dazu kommt der Schweizerisch-Liechtensteinische Gebäudetechnikverband Suissetec. Hinter der Aktion steckt AEE Suisse, die «Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz». Ihr Präsident ist der Baselbieter SP-Nationalrat **Eric Nussbaumer**, der eben als Sprecher von Swisspower angeheuert hat, im Vorstand sitzt für Suissetec der Luzerner FDP-Nationalrat **Peter Schilliger** – dessen Fraktion die Energiestrategie bekämpft. (sär)

Hanspeter Thür (Grüne), der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB), geht nächstes Jahr in Pension. Ähnlich wie der Bundesanwalt ist auch der EDÖB der verwaltungsinternen Kommandostruktur weitgehend entzogen und kann frei walten. Er wird vom Bundesrat vorgeschlagen und vom Parlament gewählt. Da sollte es doch ein transparentes Verfahren für die Nachfolge geben, sollte man meinen. Doch weit gefehlt: Bundeskanzlerin **Corina Casanova** (CVP) hat die Suche nach geeigneten Personen an ein ominöses «Institut für emotionale Kompetenz» (IEK) in Bern ausgelagert. Dieses Unternehmen hat auch schon in Sommarugas Staatssekretariat für Migration politisch genehme Spitzenfunktionäre rekrutiert und arbeitet gelegentlich für den Staatsbetrieb SBB. Wie dem auch sei: Die Spitzenverbände der Schweizer Wirtschaft hatten einen gemeinsamen Kandidaten ins EDÖB-Rennen geschickt. Der hochdekorierter Jurist und ehemalige Spitzenbeamte im Justizdepartement blickt auf eine zehnjährige Karriere beim Bund zurück. Gleichwohl hat das Findungsbüro seine Bewerbung in der ersten Runde aussortiert. Geschieht nicht noch ein Wunder, so läuft es stattdessen offenbar auf den welschen SP-Nationalrat **Jean Christophe Schwaab** hinaus. Der EDÖB, der unter anderem entscheidet, welche Dokumente die Bundesverwaltung herausrücken muss, bleibt gemäss Regieanweisung von oben fest in links-grüner Hand. (fsc)



Effiziente Strategie: Nussbaumer.



Schalten und walten: EDÖB Thür.

Ein geflügeltes Wort besagt: «Traue keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast.» Das mag auch so manchen Lesern der *Bilanz* durch den Kopf gegangen sein, als sie letzte Woche das Parlamentarier-Rating der Zeitschrift aufschlugen: «Diese Nationalräte kämpfen für die Wirtschaft», titelte das Wirtschaftsmagazin. Auf den ersten Plätzen figurierten der Grünliberale **Roland Fischer** und die Patientenschützerin **Margrit Kessler** (ebenfalls GLP). Auf Platz drei folgte **Christa Markwalder** (FDP). Vor kurzem noch hatte der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) in einem eigenen KMU-Rating die grösste Übereinstimmung mit SVP- und FDP-Nationalräten ausgewiesen. SGV-Präsident **Jean-François Rime** landete im *Bilanz*-Rating abgeschlagen auf Platz 135. Woher kommt die Diskrepanz? Ein genauer Blick auf die Berechnungen der *Bilanz* zeigt, dass diese die Auslegung des Begriffs «wirtschaftsfreundlich» überaus strapaziert. Nicht wirtschaftsfreundlich ist etwa, wer gegen den automatischen Informationsaustausch ist oder wer im Rahmen der Kohäsionsmilliarde kein Geld nach Kroatien schicken möchte. Auch ein Ja bei der Motion «Befreiung der elektronischen Ziga-



Auf der Suche nach Kandidaten: Casanova.



Nicht wirtschaftsfreundlich? Jean-François Rime.



Gemeinnützige Spenden: Heuberger.

retten von der Tabaksteuer» schlägt im Rating negativ aus. (fsc)

Dass der Winterthurer Immobilienunternehmer **Robert K. Heuberger** neulich ausgerechnet im Oltner Schürmatt-Quartier spazieren ging, hatte einen sentimental Grund. Als Waisenkind hatte er hier die Kinderkrippe besucht, weil seine früh verwitwete Mutter arbeiten musste: tagsüber in der Kantine der Usego, am Abend als Garderobière im Stadttheater. «Es war trotzdem eine glückliche Kindheit», sagt Heuberger, der nach einer Banklehre in den fünfziger Jahren als einer der Ersten das Geschäft mit den zweiten Hypotheken entdeckte und als Immobilienkaufmann in Winterthur zu einem der dreihundert reichsten Schweizer wurde. Spontan hat er jetzt dem privaten Kinderkrippenverein zum Jubiläum 100 000 Franken geschickt. Seine Stiftung schüttet jährlich bis sechs Millionen Franken an gemeinnützige Zwecke aus. Heuberger hat auch den Club of Rome nach Winterthur geholt und den bestdotierten Jungunternehmerpreis der Schweiz gestiftet. Noch immer kümmert er sich täglich ums Geschäft. Schliesslich ist er ja erst 93. (kl)

Nachruf



«Wandel durch Annäherung»: Egon Bahr.

Egon Bahr (1922–2015) — Von Berufs wegen war er Journalist, aber dieser Journalist schrieb irgendwann keine Geschichten mehr, sondern Geschichte. Deutschlands erster SPD-Kanzler Willy Brandt galt zwar als Architekt der Ostpolitik – der Aussöhnung mit der Sowjetunion und mit Polen sowie der Annäherung an die DDR. Aber es war Bahr, der die Blaupausen für diese Politik gezeichnet hatte.

Am Anfang stand ein unscheinbarer, ja fast banaler Begriff: «Wandel durch Annäherung». Doch er war der radikale Gegenentwurf zur Konfrontation, mit der die Bundesrepublik dem kommunistischen deutschen Bruder begegnete. Entsprechend tief reichte der Hass, der Bahr aus dem bürgerlichen Lager entgegenschlug: Landesverräter und Kommunist waren noch harmlosere Schmähungen. Am Ende gab ihm die Geschichte recht: Indem sie mit dem Westen verwoben wurden, veränderten sich die Sowjetunion und die DDR. Von Bahrs Maxime führt eine direkte Linie zu Michail Gorbatschows Mahnung an Erich Honecker: «Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.»

Am Ende versöhnten sich auch die Gegner mit Bahr. Seine letzte Auslandsreise führte ihn nach Moskau. Gemeinsam mit Gorbatschow stellte er das Buch eines Mannes vor, der die Ostpolitik einst erbittert bekämpft hatte: Wilfried Scharnagl, engster Vertrauter von CSU-Chef Franz Josef Strauss. In Moskau waren sich die drei alten Männer einig, dass man Russland wegen der Ukraine-Krise nicht ausgrenzen dürfe. Auch Putins Reich würde sich nur durch Annäherung wandeln. *Wolfgang Koydl*



Die schwere Kunst des Leichten: Jörg Schneider.

Jörg Schneider (1935–2015) — Er wurde unterschätzt, sein Leben lang. Er hatte sich früh der Unterhaltung verschrieben, nicht, weil er das ernste Fach nicht beherrscht hätte, sondern weil es ihm einfach mehr Spass machte, die Leute zum Lachen zu bringen. Dass er auch anders konnte, bewies er nur ab und zu, zum Beispiel als er als Wladimir in Becketts «Warten auf Godot» mit Ruedi Walter auf der Bühne stand. Als Theaterhandwerker war er ein Präzisionsfanatiker. Die schwere Kunst des Leichten beherrschte er wie kaum ein anderer, spielte virtuos mit exakt gesetzten Pausen und perfekt verzögerten Reaktionen. Und weil das bei ihm alles so schwerelos daherkam, merkte man nicht, wie viel Arbeit dahintersteckte. Auf dem Radar der gewichtigen Kritiker tauchte er nicht auf, denn er machte nun einmal die Sorte Theater, die niemandem gefiel ausser den Zuschauern. Auch vom Schweizer Film wurde er sträflich vernachlässigt. Nur in Nebenrollen – als komische Einlage – war er dort willkommen. Erst kurz vor seinem Tod bekam er von Paul Riniker die Chance in «Usfahrt Oerlike» als Partner von Mathias Gnädinger zu zeigen, dass er auch auf der grossen Leinwand seinen Platz verdient hatte. Und dann war da natürlich *Chaschperli*. Über vierzig Geschichten hat er erfunden. Sie werden in den hiesigen Kinderzimmern auch noch lange zu hören sein. Kinder sind die unbestechlichsten Theaterkonsumenten, und Jörg Schneider hat sich sein Leben lang darüber gefreut, dass er bei ihnen so gut ankam. Auch wenn ihm die Unverwechselbarkeit seiner *Chaschperli*-Stimme so manche andere Rolle gekostet hat, *potz Holzöpfel und Zipfelchappel!* *Charles Lewinsky*

Die Mär vom bösen Bischof

Von Urs Gehrig — Vitus Huonder ist im Sommerloch zur Hassfigur geworden. Am Bischof von Chur, gebrandmarkt als Schwulenhetzer und Extremist, entzündet sich ein Konflikt, der weit über seine Person hinausgeht. Es geht um Geld, Macht und die Zukunft der Kirche.

Es war ein sattsam gehäufter Scheiterhaufen, auf dem Bischof Vitus Huonder medial verbrannt wurde, und alle trugen ihr Reisig und ihren Trämel bei oder spritzten Brandbeschleuniger, damit das Feuer fröhlich über die nachrichtenarme Sommerzeit weiterloderte.

Zwei Zitate aus der Bibel genügten, um den Bischof von Chur auf Flammen zu setzen. Drastische Zitate notabene, wie sie im Alten Testament anzutreffen sind. «Du darfst nicht mit einem Mann schlafen, wie man mit einer Frau schläft; das wäre ein Gräueltat», lautet der eine Vers. Der andere: «Schläft einer mit einem Mann, wie man mit einer Frau schläft, dann haben sie eine Gräueltat begangen; beide werden mit dem Tod bestraft; ihr Blut soll auf sie kommen.»

Die Geschichte war zu gut

Die Zitate, Fragmente aus einer fünfzigminütigen Rede, gehalten am Kongress des Forums Deutscher Katholiken in Fulda am 31. Juli, wurden umgehend als Kriegserklärung gegen Homosexuelle ausgelegt. «Das ist skandalöse Hetze, die an den IS erinnert» (*Blick*). «Ein provinzieller alter Mann voller Ressentiments» habe da gesprochen (*Tages-Anzeiger*). Schwulen- und Lesbenorganisationen reichten Strafanzeige ein. Es bebte in den Leserbriefspalten.

Dabei gab es weder einen stichhaltigen noch einen vernünftigen Grund, zu behaupten, der Bischof habe allen Ernstes die Todesstrafe gefordert, weder explizit noch zwischen den Zeilen. Und wer noch Zweifel hegte, dem stellte Huonder in einer öffentlichen Erklärung klar: «Selbstverständlich trete ich nicht für die alttestamentarische Forderung nach der Todesstrafe für homosexuell empfindende Menschen ein.» Zudem entschuldigte er sich bei «allen Menschen, die sich verletzt gefühlt haben».

Egal. Die Geschichte war zu gut, um nicht ausgeschlachtet zu werden. Flächendeckend würzten die Medien Huonders Bibelzitate mit markigen Interpretationen, welche die angeblich diabolische Absicht des Bischofs neu befeuerten. Dabei legten sie den Fokus auf einen Nachsatz, den Huonder in seiner Fuldaer Rede seinen Bibelpassagen anhängte: «Die beiden zitierten Stellen würden alleine genügen, um der Frage der Homosexualität aus Sicht des Glaubens die rechte Wende zu geben.» Also doch Schwulenhatz! Huonder selbst habe mit diesem Nachsatz dafür gesorgt, «dass man es

gar nicht anders interpretieren kann» (*Blick*). Nun schien alles klar.

Nichts war klar, vielmehr war es verwirrend. Bis sich Huonder im *Blick*-Interview zu Wort meldete: «Das Wort von der ‹Wende› war eine nur Insidern verständliche Anspielung auf die kommende Bischofssynode in Rom. Bei der geht es, wie es im Vorbereitungsdokument heisst, um eine sogenannte ‹pastorale Wende›, um einen neuen seelsorglichen Zugang zu bekannten Themen wie auch der Homosexualität.» Da auch diese Formulierung etwas dozierend wirkte, präzisierte er auf Nachfrage, er wolle «homosexuell empfindende Menschen» helfen, «sich Schritt für Schritt der christlichen Vollkommenheit anzunähern». Nichts von Schwulenhatz also, sondern Beistand und Begleitung auf dem Weg der Tugend im Sinne der katholischen Nächstenliebe. Die Presse blendete den Kontext des Vortrags sowie Huonders Klarstellung konsequent aus. Sie passten nicht in die schaurig-schöne Mär vom bösen Bischof.

Seit Jahren gilt Huonder als der umstrittenste Katholik der Schweiz. Seine harte Haltung bei Themen wie Abtreibung und Frauen-

«Die Kirche darf den Anschluss an die Vergangenheit nicht verpassen.»

priestertum eckt an. Seine moralische Kritik an Wiederverheirateten polarisiert. Wer ist der Mann, der den Namen eines jungen Heiligen – Vitus – trägt, dem man wortwörtlich den Glauben ausprägeln wollte?

Aufgewachsen ist er in einfachen Verhältnissen, in Trun in den Bündner Bergen. Nach dem frühen Tod des Vaters zog die Mutter nach Thalwil am Zürichsee, arbeitete als Putzfrau, um Vitus und seine drei Geschwister durchzubringen. Schon als Kind kam bei Huonder der Wunsch auf, Pfarrer zu werden. «Ich habe von klein auf Messe ‹gefeiert›», erzählte er in einem *Weltwoche*-Interview vor paar Jahren, «selbstverständlich» in der Rolle des Priesters. Seit seiner Kindheit sei Jesus sein Lieblingsheiliger gewesen. «Der Kreuzweg hat mich als drei-, vierjähriges Kind tief beeindruckt und in mir eine starke Christusliebe entfaltet.»

Der Kirche verdankt Huonder denn auch seine Bildung. Die Matura machte er in der Klosterschule von Disentis; er wollte zuerst Mönch werden, entschied sich dann aber für



Freier Markt des Glaubens: Vitus Huonder.



das Theologiestudium in Freiburg. Mit seinen Ambitionen und Karriereplänen hielt er stets hinter dem Berg. In Chur gewann er das Vertrauen von Bischof Haas, hielt sich im Bistum lange in Warteposition. Doch seine strikte Linientreue stiess im Kollegium offenbar schon damals einigen sauer auf. Bei der Haas-Nachfolge musste er Amédée Grab Platz machen, bis er unter Papst Benedikt XVI. schliesslich Bischof wurde.

Bemerkenswert an der aktuellen Schwulendebatte ist weniger die mediale Feuersbrunst oder der Zorn von Schwulen und Lesben als die Reaktion der anderen Bischöfe. Der Abt von Einsiedeln, die Bischöfe von St. Gallen, Lausanne und Basel meldeten sich geharnischt zu Wort. Dabei hüllten sie das Thema Homosexualität dergestalt in salbungsvolle Wortwolken, dass sich beim schreibenden (nichtkatholischen) Betrachter die Frage aufdrängt, welcher Kirche sie eigentlich angehören und welche Glaubensgrundsätze sie tatsächlich repräsentieren.

In einer Mitteilung «an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Seelsorge», schrieb der Präsident der Bischofskonferenz, Markus Büchel: «Freuen wir uns an jeder Beziehung, in der sich die Partner als gleichwertige, wertvolle, geliebte Kinder Gottes annehmen, die Würde des anderen achten und das Wohl der Personen befördern!» Kein Huonder-Jäger unter den Journalisten hat den klerikalen Kritikern des Churer Bischofs die Gretchenfrage gestellt, wie sie es denn im Grundsatz mit Schwulen- und Lesbensex halten. Eine ehrliche Antwort erlaubt keine Wortklauberei. Die katholische Lehre verurteilt homosexuelle Handlungen als hochgradig unmoralisch, weil sie der «schöpferischen Weisheit Gottes entgegenstehen» und «dem Naturrecht widersprechen».

In der heutigen übersexualisierten Anything-goes-Gesellschaft bietet sich Huonder ideal als medialer Aufreger an. Doch wer auf ihn allein fokussiert, verengt den Blick. Die aktuelle Huonder-Debatte offenbart eine tief gespaltene Kirche zwischen Aufweichung und Bibeltreue. Vier Konfliktzonen lassen sich ausmachen.

1. Druck des Mainstreams

Der Zeitgeist drückt auf die katholische Kirche, und dies gleich doppelt. Von aussen drückt der gesellschaftliche Mainstream. Es lockt der moderne Lebensstil mit seinen Angeboten, gemäss dem der Mensch sich alles erlauben dürfe – Abtreibung von ungewolltem Leben, Bruch des Eheglaubens, Sex mit dem gleichen Geschlecht oder mit mehreren Partnern, Seitensprung, Scheidung, fleischliches Sodom und Gomorra. Und von innen drückt der Apparat. Kleriker und Seelsorger im Banne der Zeitgeistzuckungen drängen die Kirche, sich anzupassen, damit die Schäfchen nicht abspringen.

Je grösser die Kluft zwischen Lebensstil und Kirchenlehre, desto intensiver die Spannung in

der katholischen Gemeinde, desto grösser die Gefahr einer Abkehr. Folglich biegen sich Kirchenoberen nach dem Mainstream, aus Angst vor dem Abdriften in die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit.

Mit diesem lavierenden Anbiederungsballett freilich entfernt sich die katholische Kirche immer weiter von ihren Kernlehren, wie sie im Katechismus festgehalten werden. Das hat zur Folge, dass Gläubige kaum noch vertraut sind mit den römisch-katholischen Positionen. Wer sich aus Überzeugung an den Fundamenten orientiert, gilt als altbacken. Wer dies öffentlich wie Huonder mit Verve tut, wird als militant, rigid und radikal verspottet oder, in seinem Fall, als Bischof «mit spitzenbesetzten Roben aus einer anderen Zeit» (*Tages-Anzeiger*), als «stählerne Keule im samtene Futteral» ganz im Stile von Opus-Dei-Gründer Josemaría Escrivá.

2. Kirchensteuer und Ablass

1,2 Milliarden Franken an Steuereinnahmen fliessen jährlich der katholischen Kirche zu. Tausende Mitarbeiter sind davon abhängig. Rollt der Rubel nicht, erlischt ihr Bürolicht.

«Kirchensteuer, das ist moderner Ablasshandel», sagt *Spiegel*-Autor und Katholik Matthias Matussek. In seinem Buch «Das katholische Abenteuer» wirft er den Kirchen vor, sich in Staatsnähe verdächtig bequem einzurichten. Aus diesem «warmen Unterstand» würden sich lautstarke Reformkatholiken, Anti-Römer, dauerprotestierende Sandalenträger dieser Kirche von unten mit «radikalen Forderungen» überbieten. «Sie fordern den üblichen, sattsam bekannten Reformkatalog ein, also eine Aufhebung des Zölibats, die Priesterweihe für Frauen, den Segen für schwule Lebensgemeinschaften und die Basisdemokratie bei der Bestallung von Bischöfen und Pfarrern. Eigentlich verlangen sie den Protestantismus. Aber den, liebe Mitkatholiken, können die Protestanten doch einfach besser!»

In diesem Spannungsfeld steht die Bischofskonferenz. Den einen Pol bilden die Bistümer Basel und St. Gallen, sie sind die Anpasser an den Mainstream auf der Suche nach Mehrheitsfähigkeit. Der andere Pol ist Huonders Bistum Chur, das die Einheit mit der ganzen Weltkirche im Auge hat und Kirchenlehre sowie Katechismus als Richtmass nimmt. Die Flexibilität einer sich nach möglichst vielen Seiten wendenden Moderne steht gegen den Versuch, dem Zeitgeist zu trotzen und als eine Art Aufhalter die Traditionen zu bewahren.

Eine geradezu ironische Pointe besteht darin, dass sich der als stockkonservativ verschriene Katholik Huonder in einem brisanten Punkt theologisch an Ideen des Reformators Martin Luther orientiert. Die Kirche müsse frei sein, lautet seine Überzeugung, frei von staatlichen Pressionen und Bevormundungen, frei auch von staatlichen Zahlungen, die gleichsam an



Zeitreisender aus dem Hochmittelalter: Huonder

die Sünden des Ablasshandels erinnerten. Politische Einmischungen verbittet er sich. Huonder nimmt den Katholizismus ernst, und er nimmt ihn beim Wort. Würde er sich mit seinen reformatorischen Ideen, mit dem Verzicht auf Steuergelder durchsetzen, verlören viele Glaubensbürokraten in der katholischen Kirche ihre Stelle. Das ist der Grund, warum Huonder auch von innen periodisch unter Beschuss gerät.

«Die Kirche darf den Anschluss an die Vergangenheit nicht verpassen», lautet sein Credo, das er im Gespräch mit der *Weltwoche* vor ein paar Jahren formulierte. Gleichzeitig orientiert er sein Modell der Kirche am freien Markt, am freien Markt des Glaubens. Er weiss, dass seine Vorstellung der Kirche nicht mehrheitsfähig ist. Er weiss, dass sie im freien Markt an Mitgliedern verlieren würde. Doch in Bedeutungslosigkeit verschwinden würde sie wohl kaum. Ähnlich wie in der Politik überleben starke, selbstbewusste Positionen am längsten. Beispiele in Südamerika, Afrika, China zeigen: Am meisten Priester gibt es dort, wo die Kirche am konservativsten auftritt.

3. Landeskirchen versus Bistum

Um die Entschlossenheit, mit der auch Mitglieder der katholischen Kirche Huonder aufs Feuer setzten, zu begreifen, muss man einen Blick auf eine helvetische Besonderheit werfen. Die Schweizer Bistümer befinden sich global in einer einzigartigen Situation. Dies hat mit dem staatskirchlichen Recht zu tun. Landeskirchen und Kirchgemeinden wurden im Zuge des Kulturkampfes erschaffen, in einigen Kantonen erst im Laufe des 19. Jahrhunderts. Sie sind demo-



bei einer Messe in Wigratzbad, 2014.

kratisch strukturiert und bilden damit einen Gegenpol zum Bistum, wo der Bischof hierarchisch regiert. Mehr noch: Sie stehen in Konkurrenz zum Bistum. Sie verwalten das Kirchenvermögen unabhängig von Bischof oder Pfarrer. Von den sogenannten Kirchensteuern bleiben gegen 90 Prozent in den Kirchgemeinden, rund 10 Prozent gehen an die kantonalen Landeskirchen. Bloss ein Prozent erhalten die Bischöfe, und dies erst noch auf freiwilliger Basis.

Die Finanzmacht stärkt das Selbstverständnis der Landeskirchen und Kirchgemeinden und schürt ein machtbewusstes Auftreten. Sie haben es in den letzten Jahrzehnten genutzt, um raumgreifend in der Domäne der Bischöfe zu weiden. Mit der Finanzmacht haben sie diverse Führungsaufgaben übernommen, die sie unabhängig von den Bischöfen ausüben. Sie senden Laien in die Kirche, die sich auf Augenhöhe mit den Klerikern gerieren, die quasi-priesterliche Aufgaben wahrnehmen, ohne freilich veritable Kleriker zu sein. Sie beanspruchen die Verkündigung des Wortes und die Spendung der Sakramente. So weit ist der Krebsgang der Bischöfe fortgeschritten, dass der ehemalige Bischof von Basel (und heutige Kardinal) Kurt Koch seine Rolle auf eine «kirchliche Queen Elizabeth» reduziert sah, «deren Haupttätigkeit nicht in der effektiven Leitung, sondern in der affektiven Repräsentation besteht».

4. Demokratie versus Kirchenhierarchie

Nun könnte der Betrachter von aussen dem Treiben mit gemessener Gelassenheit beiwoh-

nen, wäre nicht die Religionsfreiheit gefährdet. Die staatlich alimentierten Vorstösse in eine Kirchenhierarchie widersprechen dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat. Die Kultur, mittels welcher jeder Selbstberufene in die katholische Kirche reinschwätzt und mitwerkelt, mag unserem basisdemokratischen Staatsverständnis behagen. Sie widerspricht aber fundamental dem katholischen Kirchenrecht. Die Kirche ist keine Demokratie. Im Unterschied zum Bürger, der von unten den Staat aufbaut, ist die Kirche hierarchisch von oben strukturiert. Während im Staat alle Macht vom Volk ausgeht, geht in der katholischen Kirche alles von Christus aus. Stellvertretend leiten Papst, Bischöfe, Pfarrer die Kirche hierarchisch, bevollmächtigt durch das Sakrament der Weihe.

So weit haben die Landeskirchen ausgegriffen, dass sie auch die katholischen Medien und die öffentliche kirchliche Kommunikation dominieren. Was sich in Konfliktfällen – wie aktuell um Huonder – besonders massiert und einseitig in der Kritik gegen unliebsame Würdenträger niederschlägt.

Bischof als Black Box

Auch bei Betrachtern, die in Huonder keinen Teufel in Spitzenrobe wännen, wirft sein Verhalten immer wieder Fragen auf. So auch jetzt. Hat er in seiner Fuldaer Rede bewusst provoziert? War ihm tatsächlich nicht bewusst, dass er mit dem heftigsten Bibelzitat über Schwule in dem bekannten Klima eine explosive Wirkung entfachen würde?

Selbst in seinem engsten Kreis gibt Huonder Rätsel auf. So zeigte sich sein persönlicher Mediensprecher Giuseppe Gracia, bekannt als schlagfertiger und wortgewaltiger Streiter im Dienste seines Bischofs, «schockiert» über die umstrittenen Redepassagen. Er sei über den Redeinhalt nicht im Voraus informiert worden,

Wer Huonder hierzulande das Wort verbieten will, verkennt die lebendige Kirchen-Debattierkultur.

sagte er in einem Radiointerview. Die Bibelzitate und der Nachsatz seien nicht nur missverständlich, sondern würden sogar den Frieden gefährden.

Der Bischof wirkt wie eine Black Box. Was treibt ihn? Macht, wie die meisten Medien meinen? Der Schreibende hat ihn nie leibhaftig getroffen. Für ein Interview steht er zurzeit nicht zur Verfügung. Es bleiben also Vermutungen, die sich aus seinen Auftritten und Reden herauslesen lassen. Seine Eigenwilligkeit scheint nicht von Machtlust, eher vom Willen dominiert, seine innere Freiheit der Entscheidung zu wahren und letztlich von seinem ganzen Apparat – auch von seinen Beratern – unabhängig zu bleiben.

Wird er aus seinem angestammten Umfeld ins mediale Sperrfeuer gezerrt, vermittelt er den Eindruck eines Bibelgelehrten, der nicht so recht zu wissen scheint, wie ihm geschieht. Huonder wirkt im heutigen Medienzirkus wie ein Zeitreisender aus dem Hochmittelalter. Geschult in scholastischer Rhetorik, ist er sich einen klar strukturierten Diskurs gewohnt. Wer demnach das Wort ergreifen will, muss zuerst die gegnerische Ansicht wiedergeben, sich dann beim Gegner erkundigen, ob er ihn korrekt verstanden hat, erst dann darf er des Kontrahenten Meinung argumentativ bekämpfen.

Mit diesem Debattenverständnis liegt er Jahrhunderte von der heutigen «Gesprächskultur» des Frontalangriffs entfernt, wo die Streitähne mit dem polemischen Flammenwerfer das gegnerische Terrain abbrennen, bevor sie es überhaupt erkundet haben.

Dabei zeigt der Blick in die Weite der katholischen Welt, dass Huonder mit seiner Worttreue gegenüber der Heiligen Schrift beileibe nicht alleine steht. Fast eine halbe Million Katholiken, darunter 105 Bischöfe und ein Kardinal, haben gemäss der römischen Nachrichtenagentur Asia News Mitte August einen Appell an den Papst gerichtet. Darin wird Franziskus nachdrücklich aufgerufen, «auch nicht die geringste moralische Konzession bei Lehre und Seelsorge für wiederverheiratete Geschiedene und Homosexuelle zu gewähren». Die sakramentale kirchliche Ehe sei der einzige Weg, um die «ideologische Kolonisierung», die sich in der Welt breitmache, zu überwinden.

Jenseits des engen helvetischen Horizonts stellen die Huonders des katholischen Erdenrunds ein solides Lager, wie sich an der letzten Bischofssynode im Oktober 2014 deutlich manifestierte. Der um Einheit in der Kirche bemühte Papst warnte angesichts der rivalisierenden Pole vor einer doppelten Versuchung. Einerseits bestehe die Gefahr einer «feindseligen Erstarrung» (*irrigidimento ostile*). Damit meinte er die «Traditionalisten», die sich gerne an das Bibelwort klammern, ohne sich den Herausforderungen der Moderne zu öffnen. Nicht minder gefährlich aber, warnte Franziskus laut NZZ, sei ein «zerstörerisches Gutmenschen-tum» (*buonismo distruttivo*), das sich bei «Progressiven und Liberalen» finde und im Sinne einer falschen Barmherzigkeit die Wunden verbinde, ohne sie zuvor behandelt zu haben.

Damit umriss Franziskus das Terrain, auf welchem sich die katholische Kirche heute auszuloten versucht. Die nächste Etappe folgt an der Bischofssynode im Oktober. Als Vertreter der bibeltreuen Tradition spielt Bischof Huonder mit seinen Gesinnungsgenossen im globalen Ringen unter Katholiken eine vitale Rolle. Wer ihm hierzulande das Wort im Mund verdreht oder gar verbieten will, verkennt die lebendige Kirchendebattierkultur. Und verhält sich exakt so, wie er es dem Bischof von Chur vorwirft: als betonierter Meinungsdictator. ○

Undeutsch

Von Henryk M. Broder — Was Vizekanzler Sigmar Gabriel für das «wahre Deutschland» hält.



Nachdem in Heidenau bei Dresden ein entfesselter Mob eine Flüchtlingsunterkunft angegriffen, sich eine Strassenschlacht mit der Polizei geliefert und dabei 31 Polizeibeamte verletzt hatte, ohne dass auch nur einer der Randalierer festgenommen worden wäre, machte sich Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf den Weg in die sächsische Kleinstadt. Dort stellte er sich in einer improvisierten Pressekonferenz den vielen Reportern, die ihm gefolgt waren. Er sei «gerne hergekommen», um den Bürgermeister des Ortes zu unterstützen, «der keine einfache Aufgabe hat», und um sich bei ihm zu bedanken, «dass er das macht und keinen Millimeter zurückgewichen ist». Es werde, versprach Gabriel, «Geld und moralische Unterstützung» geben, um den Kommunen bei der Aufnahme der vielen Flüchtlinge zu helfen. Diejenigen, die sich dagegen sperrten, seien «Leute, die haben mit Deutschland nichts zu tun», das sei «nicht das Deutschland, das wir in diesem Land haben wollen». Und: «Die halten sich für die Vertreter des wahren Deutschland, in Wahrheit sind es die undeutschesten Typen, die ich mir vorstellen kann.»

Nun hat der deutsche Wirtschaftsminister viele Aufgaben, um die er sich kümmern muss. Erst vor kurzem hat er dem Präsidenten des Iran seine Aufwartung gemacht, ohne zu fragen, ob dieser den «wahren Iran» vertritt. Zu sagen, die fremdenfeindlichen Randalierer seien «die undeutschesten Typen», die er sich vorstellen könne, ist keine Distanzierung, es ist ein Akt der Verharmlosung. Auch die Nazis waren, retrospektiv betrachtet, sehr «undeutsch», Aliens, die das «wahre Deutschland» überfallen hatten. Heute gehört diese Argumentation zum Repertoire der Islam-Versteher und Verharmloser. Alles, was die Islamisten machen, habe mit dem «wahren» Islam nichts zu tun.

So macht sich jeder etwas vor, um der Realität aus dem Weg gehen zu können. Gabriels Deutschland mag von lauter edlen Seelen bewohnt sein, die bereit sind, Haus und Hof mit den Flüchtlingen zu teilen. Aber es gibt auch andere Deutsche, die weniger nobel und selbstlos sind. Die lieber unter sich bleiben möchten. Man muss sie nicht mögen, aber man kann sie nicht ausbürgern. Sie sind genauso deutsch wie Sigmar Gabriel.

Blackout im Kopf

Von Silvio Borner — Abbrechen oder weiterquälen? Die Politik hadert mit der Energiewende. So wie das Vorhaben jetzt vorliegt, wird es an der Realität zerschellen. Die ökonomischen Gründe.

Staatliche Planvorgaben für den Energie- und Stromverbrauch sowie die Zusammensetzung des «Energie-Mix» für 2035 und 2050 sind schon aus physikalisch-technischen Gründen unrealistisch. Bei Fotovoltaik, Windkraft und Geothermie werden wir Bruchteile des Geplanten erreichen oder gar bei null bleiben. Dies hat kürzlich auch der ehemalige Direktor des Bundesamts für Energie bis ins letzte Detail begründet: Fotovoltaik und Windkraft können ohne Subventionen im Strommarkt nicht überleben und werden mit steigender Verbreitung immer unwirtschaftlicher.

Selbst bei sinkenden Produktionskosten pro Kilowattstunde nehmen die Kosten auf der Systemebene zu, wodurch sich die marktwirtschaftliche Rentabilität verringert. Ökonomisch entscheidend sind eben nicht die «Stückkosten», sondern die Rentabilität der erforderlichen Investitionen, wobei Erträge auf dem Markt erzielt werden müssen und nicht als Subventionen anfallen dürfen. Weil Solarstrom vor allem im Sommer und nur wenige Stunden pro Tag geballt anfällt, sinkt der am Markt zu erzielende Preis schnell und tief, in Deutschland lag er häufig schon unter null.

Es kommt noch dicker: Mit steigendem Anteil von nicht planbarem Flatterstrom, der zufällig produziert wird oder auch nicht, können wir die Grundlastkapazität immer weniger herunterfahren, müssen aber die Backup-Reservekapazitäten erhöhen. Das französische Energieunternehmen Electricité de France (EDF) hat kürzlich für Europa berechnet, dass 700 zusätzliche Gigawatt (GW) aus Sonne und Wind nur gerade 160 GW Grundlast einsparen können, aber 60 GW Backup-Kapazität erfordern. Also sparen 700 GW Erneuerbare netto gerade mal 100 GW an Kohle ein. Das kann sich für Europa positiv auswirken, nicht aber für die Schweiz, wo wir ja nicht Kohle, sondern Nuklearstrom ersetzen wollen. Dieser ganze Kapazitätseffekt resultiert aber nur aus dem Wind. 200 GW an neuer Solarleistung ersetzen 22 GW Grundlast, aber machen einen gleich hohen Aufbau der Backup-Kapazitäten nötig.

Kannibalisierung bei Wind und Sonne

Mit dem Ausbau der Solar- und Windkraftkapazitäten ist mit Überproduktionen zu rechnen, die vom Netz ferngehalten werden müssen. Diese Überschüsse leisten nur dann einen

positiven Beitrag, wenn sie exportiert oder zur Speicherung verwendet werden können.

Exporte sind aber gerade bei Produktionsspitzen unrentabel, und Speicherung von Strom kann nur indirekt und somit mit hohen Umwandlungsverlusten erfolgen. Die wichtigste Erkenntnis ist daher die, dass mit steigendem Anteil von stochastischem, nicht planbarem und schwer prognostizierbarem Flatterstrom die Differenz zwischen Marktpreis und durchschnittlichem Grundlastpreis rasch und stark zunimmt. Selbst wenn die erste Kilowattstunde aus Fotovoltaik effektiv noch mehr Erlös bringt als die durchschnittliche Grundlast-Kilowattstunde, ändert sich das mit steigendem Anteil. Dabei ist dieser Marktwertverlust bei Fotovoltaik viel höher als beim Wind, der im Tages- und Saisonverlauf ausgeglichener anfällt.

Wesentlich beim Vergleich zwischen verschiedenen Technologien sind eben die Marktwerte des Produktionsbeitrags zum System

und nicht die nackten Produktionskosten. Die Electricité de France zeigt, dass diese Marktwertverluste von Solar- und Windstrom je nach Land auf zehn bis dreissig Prozent ansteigen, wenn deren Produktionsanteil vierzig Prozent beträgt.

Diese Kannibalisierung ist bei Fotovoltaik deutlich ausgeprägter als bei Wind. Für die Schweiz ist

das doppelt negativ, weil wir ja aus Platz- und Naturschutzgründen und wegen schwachen, schnell drehenden Winden eher auf Fotovoltaik setzen müssen. Und weil wir ja damit Nuklearstrom ersetzen wollen. Speicherung und Flexibilisierung der Nachfrage werden niemals ausreichen, um den steigenden Backup-Bedarf zu vermeiden. Auf die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre hinaus sind auch keine wirtschaftlich rentablen Speicherkonzepte vorhanden. Mit einem intelligenten Stromnetz (*smart grid*) kann man bestenfalls Verbrauchsspitzen brechen, aber niemals fehlende Leistung produzieren. Und bei Power-to-Gas speichert man nicht Strom, sondern künstlich erzeugtes Gas, das nichts zur Schliessung der Stromlücke im Winter beiträgt. Wenn wir damit Stromgeneratoren antreiben, sinkt der gesamte Wirkungsgrad gewaltig ab. Und die durch preisliche oder regulatorische Rationierung zwangsweise eingesparte Kilowattstunde ist volkswirtschaftlich nicht die billigste, sondern die teuerste. Bei einem Blackout sparen wir am meisten.



Sozialistische Versuchungen

Von Hansrudolf Kamer — Die Linke in Europa kommt nicht vom Fleck. Die grosse Offensive gegen die deutsche Sparpolitik ist gescheitert. Es lockt die Rückbesinnung auf altlinke Traditionen.



Die Linke in Europa macht zurzeit keine gute Figur. Die Regierungen in Frankreich und Italien mühen sich erfolglos ab. In Schweden steckt die rechte Opposition den engen Rahmen ab. In Regierungs-

koalitionen wie in Deutschland und Österreich gelingt es den Sozialdemokraten kaum, an Profil zu gewinnen. In Britannien ist Labour nach der Wahl-niederlage in Aufruhr und weiss nicht, wohin die Reise gehen soll.

Die griechische Linksregierung hat inzwischen im Euro-Strudel kapituliert und das «deutsche Spardiktat» angenommen. Die Wähler sollen nun die grosse Kehrtwende des Regierungschefs Alexis Tsipras absegnen. Die Hoffnungen auf einen «linken Süden» in Europa, zu dem dann auch Podemos in Spanien beitragen könnte, haben einen Dämpfer erhalten. Auch Podemos selber verliert an Zustimmung. Auch in Spanien streitet die Linke unter sich.

In Britannien bleibt nach der Niederlage Labours bei den Unterhauswahlen Anfang Mai und dem Rücktritt des glücklosen Ed Miliband kein Stein mehr auf dem andern. Der ehemalige Parteichef hatte einen betont klassenkämpferischen Wahlkampf geführt, mit dem Argument, die Finanzkrise 2008 habe die politischen Gewichte in der Gesellschaft nach links verschoben.

Die Quittung erhielt er am Wahltag. Ein politisch unverbrauchter Beobachter hegt nun die Vermutung, dass jetzt wieder die Pragmatiker bei Labour das Sagen haben und ein neuer Parteichef aus ihren Reihen kommt. Die Vermutung ist falsch. Favorit ist vielmehr der 66-jährige Jeremy Corbyn, ein ergrauter Hinterbänkler, der seit mehr als dreissig Jahren im Unterhaus unbeirrt altsozialistische Positionen vertritt.

Corbyn ist bescheiden, entwaffnend und politisch geradlinig. Seine Persönlichkeit, die sich von den farblosen Mitbewerbern abhebt, wirkt authentisch. Er verkörpert den sozialistischen Ur-Instinkt Labours, die Rückkehr zu den Wurzeln. Wie es im *New Statesman* unlängst hiess, der Erfolg der Rechten in den achtziger Jahren habe die Linke gezwungen, ihre Seele an die Macht zu verkaufen. Der Unterton ist unmissverständlich: Die Seele ist

wichtiger als die Macht. Lieber in der Opposition darben als sich korrumpieren lassen.

Ist Jeremy Corbyn – wie Bernie Sanders und auch Donald Trump in Amerika – das Symptom einer verbreiteten Missstimmung, verkörpert er die Sehnsucht nach dem Echten und Fassbaren? Nun, Corbyn hat nicht einmal die Mehrheit der gewählten Unterhausabgeordneten hinter sich. Der Grund für seinen Aufstieg ist eine Änderung des Wahlverfahrens, die Aussenseitern und Parteiführer mehr Gewicht bei der Auswahl des Parteichefs einräumt.

Während Labour über seine Innenwelt meditiert, hat das linke Lager in Deutschland keine machtpolitischen Hemmungen. Das Problem heisst einfach Angela Merkel. Die populäre Kanzlerin profitiert von der Zersplitterung links von der CDU. Vor zehn Jahren hatte die SED-Nachfolgepartei ihren jetzigen Namen «Die Linke» angenommen. Heute sitzt sie als stärkste Oppositionspartei im Bundestag, ist im EU-Parlament vertreten und in zehn Landtagen. Mit Bodo Ramelow stellt sie in Thüringen den Ministerpräsidenten.

Die Linke ist assimiliert. Der Erfolg ist offensichtlich. Er wird nur dadurch geschmälert, dass seither Merkel regiert und sich die SPD im Niedergang befindet. Historisch gesehen, hatten Kommunisten mit Sozialdemokraten nie

viel am Hut. Sie benützten sie bestenfalls als Steigbügelhalter. Doch solange die SPD serbelt, wird auch die Linke nie an die Macht kommen.

Gregor Gysi, der äusserst geschmeidige ehemalige SED-Funktionär und Oppositionsführer im Bundestag, tritt als Fraktionschef zurück. Er hatte immer wieder erfolglos versucht, die Linke auch auf Bundesebene regierungsfähig zu machen.

Als Nachfolge ist eine Doppelspitze vorgesehen, ein Zeichen, dass hier nicht alles rundläuft: Neben Dietmar Bartsch als Manager und Einpeitscher kommt Sahra Wagenknecht, ein Talkshow-Star mit Aussenwirkung, ans Ruder. Wagenknecht ist Exponentin des radikalen Parteiflügels und war einst der Kommunistischen Plattform beigetreten. Seit letztem Jahr ist sie mit Oskar Lafontaine verheiratet und erweckt seither den Eindruck, als ob sie ihre ideologischen Fixierungen sehr wohl Karriereerwägungen unterordnen könne.

Seele an den Euro verkauft

Über das letzte Wochenende riss sie eine öffentliche Diskussion vom Zaun, indem sie den Euro grundsätzlich in Frage stellte. Er funktioniert nicht, sondern erzeuge immer grössere wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa. Das ist ein Befund, der auch in der CDU, einem Teil der Fachwelt und bei den Euro-Skeptikern generell verbreitet ist.

Der Hintergrund ist aber nicht Euro-Skepsis per se. Der Wahlsieg der Syriza in Griechenland hatte der Linken nicht nur in Deutschland Hoffnung auf eine europäische Morgenröte gegeben. Nun aber musste der griechische Held seine Seele an den Euro verkaufen. Irgendwann wird die Rechnung fällig.



Verkörpert den sozialistischen Ur-Instinkt: Labour-Hinterbänkler Jeremy Corbyn.

Profiteure des Amtsgeheimnisses

Von Christoph Mörgeli

Das Büro des Nationalrats hat gesprochen. Entgegen dem Antrag der Immunitätskommission wird Christa Markwalder nicht disziplinarisch bestraft. Trotz knallhart belegbarem Tatbestand: Markwalder hat nicht nur zwei zwischenzeitlich bekannte bundesrätliche Antworten auf ihre Kommissionsanfragen an Dritte verraten, sondern auch zwei amtsgeheime Antworten auf ihre Fragen zu Tschechien und Bosnien. Diese gelangten in russischer Übersetzung nach Kasachstan. Dort haben die bundesrätlichen Stellungnahmen zu Interna zweier Drittstaaten definitiv nichts zu suchen. Weil bei Markwalder nichts passiert, ist das Amtsgeheimnis auch für 199 andere Nationalräte klinisch tot.

Das Nationalratsbüro hat die Macht. Es hat auch die Macht, das Recht zu vergewaltigen. Dennoch lautet Artikel 47 des Parlamentsgesetzes nach wie vor: «Die Beratungen der Kommissionen sind vertraulich.» Die Parlamentsverwaltungsverordnung unterstellt in Artikel 7 und 8 die Kommissionsprotokolle ebenso der Vertraulichkeit, wie die übrigen «Unterlagen der Kommissionen». Mit dem Entscheid, Christa Markwalder nicht zu rügen, ist das Kommissionsgeheimnis definitiv zur Lachnummer verkommen.

Wir Parlamentarier erlassen gern Gesetze, welche die einfachen Bürger wegen Bagatellen hart bestrafen. Geht es aber um uns selber, wird getrickt, verdunkelt und beschissen. Dabei müsste man den grossen Lumpen stärker aufs Hirn hauen, statt die kleinen Leute zu verfolgen. Dieser grobe Satz stammt natürlich ebensowenig von mir, wie das folgende Bonmot von FDP-Präsident Philipp Müller stammt: «Irren ist menschlich, immer irren ist sozialdemokratisch.» Das Urheberrecht beider Zitate liegt bei Franz Josef Strauss.

Plagiator Müller und seine Partei haben das grösste Interesse, die Geheimnisverräterin Markwalder reinzuwaschen. Und das Kommissionsgeheimnis trotzdem zu bewahren. Nur so kann Philipp Müller bei seinen medialen Sonntagsreden den bürgerlichen Hardliner für eine «Neuausrichtung der Asylpolitik» markieren, um im Kommissionsalltag gegenteilig zu stimmen. In der Asylpolitik folgt die FDP in allem Simonetta Sommaruga, stimmt für zwölf bis achtzehn grosse Asylzentren für 550 Millionen, für Asyl-Gratisanwälte und für die Enteignung von Privaten und Gemeinden. Wie nannte solches Franz Josef Strauss? «A grosse Gosch'n und ka Zäh'n.»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Die Schmidtchen-Schneider-Strategie

Von Peter Bodenmann — Bundesrat Johann Schneider-Ammann will 2016 wieder einen Mindestkurs von Fr. 1.20 pro Euro.



Die SVP-Initiative geräuschlos versenken: Schneider-Ammann, Müller, Burkhalter.

Der von der SVP eben noch gefeierte Superpatriot Jordan hat den wirtschaftlichen Aufschwung abgeschossen. Dank der Kapitulation vor den Währungsspekulanten. Ohne jede Not, wie das Beispiel Dänemark zeigt.

Die Minus-Teuerung ist viel höher als statistisch ausgewiesen. Auch weil die Schweizerinnen und Schweizer immer mehr Waren und Dienstleistungen im Ausland einkaufen oder daselbst geniessen. Die lautlose Auslagerung von Produktion und Dienstleistungen nimmt Fahrt auf, wie das Beispiel Ego Kiefer belegt.

Es gibt weltweit einen brutalen Wettbewerb der Standorte. Währungspolitik wird dabei immer wichtiger. Viele in der Schweiz glaubten, China sei nach dem Jordan-Eigengol der Rettungsanker für die Schweizer Wirtschaft. Leider haben die chinesischen Kommunisten mit dem von ihnen angestrebten Wachstum zurzeit ihre liebe Mühe. Deshalb machen sie ihre Währung weicher. Pech gehabt.

Der Bundesrat wählt den Bankrat der Schweizerischen Nationalbank. Der Bundesrat wählt auf Vorschlag dieses Bankrats die Mitglieder des Direktoriums der Nationalbank. Die Nationalbank ist so unabhängig von der Politik wie die Krim von Putin. Begriffen hat dies alles nun auch der für seine Schnelligkeit nicht eben bekannte Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Der Wirtschaftsminister plädiert mittlerweile für einen Kurs von Fr. 1.20 pro Euro. Will aber

scheinheilig die Unabhängigkeit der Nationalbank nicht antasten. Das Signal für alle Unternehmen ist klar: Die Freisinnigen wollen den Fehlentscheid der Nationalbank korrigieren. Im Gegensatz zur SVP. Und wenn die Freisinnigen die Wahlen gewinnen, werden sie es auch tun. Weil bis dann die ohne Not angerichteten Flurschäden nicht zu übersehen sind.

Die gleiche Schmidtchen-Schneider-Strategie wendet der Freisinn in Sachen Personenfreizügigkeit an. Müller und Co. wollen um jeden Preis die Bilateralen retten. Und die Masseneinwanderungsinitiative – was auch möglich wäre – nicht einmal EU-kompatibel umsetzen. Weil das den unproduktiven Binnensektoren weh tun würde. Deshalb soll und wird der Freisinnige de Watteville die Masseneinwanderungsinitiative so geräuschlos versenken wie zuvor das Steuerhinterziehergeheimnis. Tradition verpflichtet: Jakob von Wattenwyl schloss 1516 – ein Jahr nach der Schlacht von Marignano – mit den Franzosen den erfolgreichen bilateralen Subordinationsvertrag ab, den Ewigen Frieden.

Um alles zu vernebeln, verspricht die FDP der SVP einen zweiten Sitz im Bundesrat. Dies, nachdem die FDP – und niemand sonst – Blocher abgewählt hat. Erfolgreiche Täter sind nicht erwischte Wiederholungstäter.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Die neue Nummer zwei

Von Kurt W. Zimmermann — Mit einem Umsatz von 1,37 Milliarden ist Swisscom nun schon das zweitgrösste Medienunternehmen im Land.

Die letzte Woche war eine historische Woche. Historisch für Etatisten. Erstmals sind nun die zwei grössten Schweizer Medienhäuser in staatlicher Hand.

Die neue Nummer zwei der Medienhäuser ist die Swisscom, mit einem Umsatz von 1,37 Milliarden Franken. Sie ist zu 51 Prozent in Staatsbesitz. Nummer eins bleibt die SRG mit 1,65 Milliarden. Sie ist zu 78 Prozent aus Steuergeldern finanziert. Erst auf Platz drei folgt mit Tamedia – 1,1 Milliarden Umsatz – das erste private Medienhaus.

Bevor wir uns Aufsteiger Swisscom zuwenden, ist kurz zu klären, was ein Medienunternehmen überhaupt ist. Früher war es definiert als Lieferant journalistischer Inhalte, angereichert mit Werbung. Heute ist es ein Anbieter von Information, Unterhaltung und Interaktion auf diversen Kanälen. Das Sortiment kann selbst produziert oder zugekauft sein. Es ist eingebunden in kommerzielle Angebote, die von Werbung über Online-Marktplätze bis Datenhandel reichen.

So besehen ist Swisscom ein typisches, modernes Medienunternehmen.

Der umsatzstärkste Bereich ist Fernsehen. 1,3 Millionen Nutzer zählt Swisscom TV, der Pay-TV-Kanal, der mit dem Filmarchiv und Sportrechten punkten kann. Der Jahresumsatz liegt bei rund 500 Millionen Franken. Daneben gehören Swisscom 75 Prozent des Bezahlfernsehens Teleclub mit seinen 120 000 Abonnenten. Der Umsatz beträgt 150 Millionen Franken.

Gut aufgestellt ist Swisscom auch im Werbeverkauf. Letzte Woche wurde ihr Joint Venture mit Ringier und der SRG vorgestellt. Jeder der drei Partner hält 33 Prozent. Die Firma vermarktet die vereinigten Werbepakete aus TV, Radio, Online und Presse. Im ersten Jahr wird man rund 660 Millionen Franken umsetzen. Durch diesen Anteil wurde Swisscom vor Tamedia zur Nummer zwei.

Bei neuen Werbeformen hat Swisscom schon einige Erfahrung. Sie hält 47,5 Prozent am führenden europäischen Online-Vermarkter Zanox. Partner ist der deutsche Axel-Springer-Konzern. Zanox machte 2014 einen Umsatz von 556 Millionen Franken.

Zusätzliche Online-Werbung generiert Swisscom aus der News-Site ihres Bluewin-Portals und vom Anzeigenvermittler Publigroupe, den sie 2014 übernahm. Zusammen fließen rund 40 Millionen in ihre Mediensparte.

Dann liegt Swisscom auch bei den digitalen Gelben Seiten vorn. Gemeinsam mit Tamedia



Gut aufgestellt: Medienhaus Swisscom.

betreibt sie die Suchmaschine und das Adressverzeichnis Local.ch und Search.ch. Der Jahresumsatz liegt bei 280 Millionen Franken. Swisscom hält 69 Prozent davon.

Der letzte mediale Baustein ist das Filmgeschäft. Swisscom gehören 84 Kinosäle in der Schweiz. Sie hält sie über ihren 75-Prozent-Anteil an der Kitag. Der Kinoumsatz liegt bei 60 Millionen.

Wenn man all die Medien-Engagements konsolidiert, dann ist die Rechnung schnell gemacht. Der Umsatz der Swisscom-Medienpartie liegt bei 1,37 Milliarden.

Wir könnten nun die liberale Wehklage erheben, dass der Staat die Medienbranche unterjocht. Im Fall der Swisscom wäre das unfair. Ihr Erfolg fusst auf unternehmerischem Talent. Sie hat früher als andere realisiert, wie Medien, Telecom und E-Commerce verschmelzen. Jens Alder, ihr CEO nach 2000, sah diese Entwicklung als Erster kommen.

Natürlich hat die Swisscom von ihrer Rolle als früherer Monopolist profitiert. Sie konnte befreiter investieren als die private Konkurrenz, und sie genoss die Protektion der Politik. Aber anders als die SRG hat die Swisscom nie Gebühren- oder Steuergelder genommen.

Das ist die Differenz zwischen der neuen Nummer zwei und der alten Nummer eins der Medien. Die neue Nummer zwei hielt nie die Hand auf.

Wasser lassen

Von Beatrice Schlag — Das 2,5-Liter-Märchen.

Als der Fimmel sich vor etwa zwanzig Jahren zu verbreiten begann, fiel seine Lächerlichkeit noch auf. Plötzlich nuckelten, wo immer man hinblickte, erwachsene Menschen wie Säuglinge an Wasserfläschchen. Es war keine Dürre ausgebrochen, nur ein neuer Mythos. Er lautete, der Mensch solle am Tag zweieinhalb Liter Wasser trinken. Zweieinhalb Liter! Egal, ob er einem schweisstreibenden Handwerk nachgeht oder seine Arbeit weitgehend reglos auf einem Bürostuhl verrichtet, er muss sein Inneres permanent bewässern. Inzwischen fallen die Dauernuckler in Sitzungen, im Zug oder Tram kaum noch auf. Die Notwendigkeit, seinen Körper nonstop mit Wasser zu versorgen, ist zum festen Glaubenssatz geworden.



Der Mythos kam aus den USA. Möglicherweise geht er auf eine Empfehlung der US-Ernährungsbehörde von 1945 zurück, dass der Mensch durchschnittlich 2,5 Liter Wasser am Tag benötige. Dass in einem der nächsten Sätze stand, diese Wassermenge werde durch Ernährung fast vollständig abgedeckt, ging aus rätselhaften Gründen unter. Mit anderen Worten: Was wir über Früchte, Gemüse, Kaffee, Tee, Bier und Wein den Tag über an Wasser zu uns nehmen, reicht völlig aus, einen gesunden Menschen vor dem Verdursten zu bewahren. Es gebe keinen wissenschaftlichen Beweis, schrieb Aaron Carroll vor kurzem in der *New York Times*, dass der Körper von der Wasserschwemme profitiere. Einzig bei einer bestimmten Art von Nierensteinen sei erwiesen, dass reichliche Wasserzufuhr einer Neubildung vorbeugen könne. Es war nicht das erste Mal, dass Carroll, Pädiatrieprofessor an der Indiana University, gegen den Nuckelwahn anschrieb. Bereits 2007 war er Co-Autor eines aufsehenerregenden Berichts über medizinische Mythen, in dem er den 2,5-Liter-Unsinn entlarvte. Weder helfe das viele Wasser gegen Falten noch gegen Krankheiten. Dieser Bericht, spottet er heute, habe mehr Aufsehen erregt in den Medien als all seine übrigen Forschungen. Nur genutzt hat er rein gar nichts. Dabei, sagt Carroll, sei der menschliche Körper ein sehr fein gestimmtes Instrument: Er gebe lange vor dem Verdursten zu verstehen, dass er Flüssigkeit braucht. Solange er sich nicht meldet, braucht er kein Wasser. Wetten, dass es die Nuckler nicht beirren wird?

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man im überfüllten Bahnhof-Café aufstehen, um den eigenen Zug zu erreichen, obwohl man vorher seinem Tischnachbarn versprochen hat, ein Auge auf dessen Gepäck zu haben? *André Jenster, Neuhausen*

Die Frage ist, ob der Kofferbesitzer Ihnen genügend Zeit liess, die Umstände (Abfahrtszeit Ihres Zuges) zu bedenken. War dies nicht der Fall, so dürfen Sie eine vertrauenswürdig wirkende Person bitten, die Bewachung zu übernehmen. Grundsätzlich ist jedoch Ihre Zusage ein Vertrag, und Verträge sind einzuhalten. «Pacta sunt servanda», sagt das römische Recht. Das ist nicht mehr selbstverständlich. Konkordanz beim Bundesrat? Gebrochen. EU-Verträge von Maastricht, Lissabon, Schengen? Gebrochen. Die Bereitschaft, aus emotionalen Gründen Ausnahmen zu machen, gilt als humaner als die Achtung von gesetzlichen und gesellschaftlichen Regeln. Vertragsbrüche führen jedoch oft zu Konflikten und Kriegen. Deshalb müssen wir Individuen die Kultur der Vertragstreue neu festigen. Dafür ist auch Ihre Bahnhofsituation ein Baustein.

Peter Ruch, evangelisch-reformierter Pfarrer, Küsnacht am Rigi

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Die fatalen Konsequenzen dieser Menschenströme scheinen Madame Sommaruga aber nicht zu interessieren.» *Alois Staub*

Wie lange soll das so weitergehen?

Nr. 34 – «Gratisanwälte für falsche Flüchtlinge»; Alex Reichmuth über Asylpolitik

Es macht mir schrecklich Angst, wenn ich täglich die immer grösser werdenden Ströme der Bootsflüchtlinge vorwiegend aus Afrika/Eritrea mit Ziel Europa/Schweiz zu sehen bekomme. Es sind vor allem junge, kräftige Männer, welche sich ohne Arbeitsbewilligung, ohne Beruf, ohne Sprachkenntnisse, angeblich ohne Geld und ohne Aufenthaltsbewilligung hier bei uns für immer (!) niederlassen wollen. Diese Art der Einwanderung hat es noch nie gegeben und muss als Völkerwanderung bezeichnet werden. Geht das? Und müssen wir das akzeptieren? Hinter dieser Völkerwanderung steckt eine Schlepper-Mafia! Und je mehr aufgenommen werden, desto mehr werden noch kommen. Wer bezahlt die unzähligen Millionen für den Unterhalt dieser Leute, für die Rechtsberatung der teuren Anwälte (jeder Flüchtling hat laut Bundesrätin Sommaruga das Recht auf Beratung)? – Früher oder später werden auch noch die Sozialwerke «angezapft». Werden wir Steuerzahler gefragt, ob wir dazu bereit sind? Die Linke Sommaruga interessiert das alles nicht – sie hat zu Lebzeiten vom Staat Schweiz ihre gute Rente auf sicher. *Anita Andreoli-Caltezi, Rhäzüns*

Das gegenwärtige Chaos in Europa hat nicht mehr viel mit Asyl zu tun. Auch die Bundespräsidentin hat das längst begriffen. Sie will den Tatsachen aber nicht ins Auge sehen. Lieber spricht sie gebetsmühlenartig vor der Presse von verfolgten Frauen und Kindern aus Syrien. Die fatalen Konsequenzen dieser Menschenströme für unser Land und die aktuelle Rechtslage (verschärftes Asylgesetz) scheinen Madame Sommaruga aber nicht zu interessieren. Menschen aus dem armen Süden strömen in den reichen Norden, in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Ein Ende der Völkerwanderung ist nicht abzusehen. Wie lange soll das so weitergehen? Ein, zwei, drei oder zehn Jahre? Afrika ist gross, und die meisten wollen kommen. Europa erweist diesem Kontinent einen Bärenienst. Es kommen nicht die Ärmsten, es kommen jene, die sich eine teure Schlepper-Reise leisten können – ein Grossteil der Intelligenzija. Afrika blutet aus! Dass der grösste Teil dieser Wirtschaftsmigranten unser Land nicht mehr verlassen wird – Asylentscheid hin oder her –, ist klar. Einen Grund zum Bleiben finden Sommarugas Bundeslakaien immer. Das werden die meisten unserer Bürger erst merken, wenn es den Gemeinden ans finanziell Eingemachte geht. *Alois Staub, Hagendorn*



Neue Art der Einwanderung: Weltwoche-Titel.

Die *Weltwoche* zeigt auf, in welcher erschreckender Weise das Departement Sommaruga das Asylwesen nicht mehr unter Kontrolle hat. Konstant gehen die Zahlen der rückgeschafften Wirtschaftsasylanten zurück, weil das Dublin-Abkommen kaum mehr angewandt wird. Laufend wird vom Bund der Asylbegriff ausgedehnt. Wer keine Lust auf Militärdienst hat, bekommt in der Schweiz selbstverständlich Asyl. Über 90 Prozent der Asylbewerber aus Eritrea haben keine Arbeit und gelangen auf die Fürsorge, welche wir alle berappen. Zirka 10 Prozent der Asylsuchenden sind im Strafvollzug. Als Belohnung bezahlen wir Steuerzahlenden noch deren Anwälte. So kann es nicht mehr weitergehen.

Patrick Schäfli, Nationalratskandidat SVP, Liestal

Ich wohne in Südafrika, also im reichsten Land Afrikas. In Südafrika gibt es 54 Millionen Einwohner, von denen vierzig Prozent arbeitslos sind. Ein Arbeiter verdient einen Franken pro Stunde, und zum Mindestlohn von monatlich 4000 Franken in der Schweiz kann ich einen Ingenieur, einen Volkswirtschaftler oder einen Arzt – jeder mit Hochschulabschluss – einstellen. Etwa dreissig Millionen Menschen leben in totaler Armut, ohne Strom, Wasser und Heizung im Winter und ohne Krankenkasse, und sie haben vielleicht einmal pro Tag eine Mahlzeit. Wenn sie in die Schweiz kommen, müssen sie nicht arbeiten, erhalten medizinische Leistungen, Sozialhilfe (auch abgewiesene Asylanten), ha-

ben eine warme Unterkunft mit Kalt- und Warmwasser, bekommen drei Mahlzeiten gratis pro Tag und ein Handy, damit sie nach Hause telefonieren können. Da will einer behaupten, dass diese Asylanten je wieder zurück in ihre Heimat wollen. Nun, ich könnte die 21,6 Millionen Arbeitslosen problemlos in die Schweiz bringen und diese den Bundesräten vor die Türe setzen. In Anbetracht dieser Ausgangslage müsste die Schweiz schon längst die Grenzen dichtgemacht haben, denn diejenigen, die jetzt kommen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Der Fluss der Asylanten wird immer grösser und kann nicht mehr durch die Sozialhilfe finanziert werden.

Emanuel Bugmann, Zimbali (Südafrika)

Nicht zu Ende gedacht

Nr. 34 – «Atomausstieg, nein danke»; Markus Schär über die Schweiz ohne Kernkraftwerke

Wenn ich das richtig verstehe, könnte die Schweiz auf Strom aus der Kernenergie verzichten und ebenfalls auf den milliardenteuren Ausbau von Windrädern und Sonnenkollektoren, da Deutschland Strom im Überfluss hat. Das gilt, wie ich es verstanden habe, für den Sommer und ergäbe erst noch günstigeren Strom als jener aus den Kernkraftwerken. Interessante Rechnung! Wie sieht es denn im Winter aus? Können die fehlenden 2400 GWh ebenfalls aus der deutschen Überproduktion gedeckt werden? Wenn die Kernkraftwerke, welche die solide Energie zur Deckung der Grundlast liefern, stillstehen: Kann die Wind- und Sonnenenergieproduktion sowohl die Grundlast als auch die Spitzenlast abdecken bei Bewölkung und schnell wechselnden Winden? Die Sache ist immer noch nicht zu Ende gedacht, und die Journalisten, auch wenn nicht explizit gegen die Kernenergie, erörtern die Zusammenhänge nicht vollständig. Wahrscheinlich können oder wollen sie es auch gar nicht. Sie müssten Experten fragen.

Egidio Cattola, Riehen

Umgekehrte Verpflichtung

Nr. 34 – «Sozialmechaniker»; Beat Gygi über die Altersvorsorge

In der jetzigen Situation ist es klar, dass es bei der AHV und wohl auch in geringem Ausmass beim BVG zu einer Umverteilung kommt. Allerdings ist das, historisch gesehen, völlig normal: Die Eltern sorgten für ihre Kinder, bis diese auf eigenen Füissen stehen konnten, und dann im Alter war es oft umgekehrt. Zur Zeit der Einführung haben viele Pensionisten, die fast nichts einbezahlt hatten, Renten erhalten. Bei den Bauern wechselten die Eltern dann ins «Stöckli». Heute ist vielen Menschen nicht mehr bewusst, dass die ältere Generation viel Steuergelder für die Jugend ausgeben muss.

Eine gewisse umgekehrte Verpflichtung ist deshalb moralisch in Ordnung. Solange es bei der Erbverteilung einen Pflichtanteil für die Kinder gibt, wäre eine Änderung sogar stossend! *Richard Sieber, Balgach*

Ohne Wenn und Aber

Nr. 34 – «Streichkonzert»; Hubert Mooser über die Armee reform

Seit geraumer Zeit können wir Schweizer in der öffentlich geführten Debatte in Bern mitverfolgen, wie die Politik die Wehrhaftigkeit und die Wehrbereitschaft der Schweiz untergräbt. Die mechanisierten Truppen und die Luftwaffe sollen nun reduziert und möglicherweise gar abgeschafft werden. Die Truppenstärke der Armee soll auf 100 000 Soldaten reduziert werden, obwohl es den Politikern und der Armeeführung bewusst ist, dass somit ganze Landstriche der Schweiz nicht mehr verteidigt werden können. Der grundsätzlich beschlossene Betrag von fünf Milliarden Franken für den Haushalt der Armee soll nun wieder gekürzt werden. Unverständlich – wir geben das Geld lieber für die undurchsichtige Ausland- und Entwicklungshilfe und in Form freiwilliger Beiträge an die EU aus, obwohl wir nicht Mitglied der EU sind. Zur Hauptsache die CVP und die BDP mit ihrer Gefolgschaft haben dies zu verantworten. Und dann die ewige Leier, wir müssten im Verbund mit dem Ausland die Landesverteidigung aufstellen, oder «unsere Freunde» aus dem Ausland würden uns sicherlich helfen. Es gibt nur eine selbständige Landesverteidigung, denn auf alles andere ist kein Verlass, wie uns die jüngere Geschichte lehrt. Der Zeitpunkt ist gekommen, dass endlich alle Politiker sich für eine starke, eigenständige und bestens aus- und aufgerüstete Schweizer Armee einsetzen. Eltern vertrauen der Armee ihre Söhne und Töchter mit dem Verfassungsauftrag an, sich für unser Land aufopferungsvoll einzusetzen. Also sollten die Politiker endlich das Ihre tun und ohne Wenn und Aber für unsere Soldaten, für unsere Armee und somit für das Schweizervolk ein-

treten! Mit dem bislang wankelmütigen Vorgehen stellen diese Damen und Herren aus allen politischen Lagern die grösste Bedrohung, ausgehend von Bern, für die Schweiz und ihre Bevölkerung dar.

Ferdinand Schwestermann, Wädenswil

Anziehen der Steuerschraube

Nr. 34 – «Schädlich für alle»; Interview von Beat Gygi mit Wolfram A. Kuoni

Der Anwalt Wolfram Kuoni deckt eine verhängnisvolle Tendenz auf: Behörden legen bestehende Steuergesetze aggressiv gegen die Steuerpflichtigen aus. Damit verhält sich eine bürgerferne Verwaltung ganz im Sinn der Linken. Deren Steuerinitiativen der letzten fünf Jahre gingen alle in eine Richtung – weg von Gemeinden und Kantonen, hin zum weit entfernten Bund. So war es bei den Initiativen zur Steuergerechtigkeit 2010, zur Pauschalbesteuerung 2014, zur Bundes-Erbschaftssteuer 2015. Ein kluges Volk lehnte alle drei ab. Im Nationalrat wären Kenner der Materie wie Wolfram Kuoni, die für eine Regulierungsbremse gegen die ausufernde Bürokratie überzeugend argumentieren können, am richtigen Platz.

Kurt Humbel, Teufenthal

Korrigenda

Im Artikel «Beneidenswerte Eleganz» (*Weltwoche* Nr. 34/2015) über das Lucerne Festival hiess es, der Dirigent Simon Rattle ersetze die Komponistenlegende Pierre Boulez als Leiter der Lucerne Festival Academy. Dies ist falsch, noch ist kein Nachfolger für Boulez bestimmt, Rattle gilt allerdings als Favorit für den Posten. Wir bitten um Entschuldigung.

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.
Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



www.stellen-anzeiger.ch

STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal



Nur die Velofahrer haben es schwer: Goldküstengemeinde Uetikon am See.

Uetikon am See verdrängt Zug

Die grossen Städte machen Plätze gut. Kleine Gemeinden lösen langjährige Kantonssieger ab. Wer beim Schul- und Betreuungsangebot nicht investiert, fällt zurück. Das ist das Fazit des *Weltwoche*-Gemeinderatings, dessen Datenlage dieses Jahr umfassend erweitert worden ist. *Von Carmen Schirm-Gasser*

Uetikon am See gehört zu den weniger bekannten Gemeinden an der Zürcher Goldküste. Unterschätzt zu werden, kann ein Vorteil sein. Aber meist hält der Zustand nicht lange an: Denn Uetikon am See landet im diesjährigen *Weltwoche*-Gemeinde-Leistungscheck auf dem ersten Platz. In allen Bewertungskriterien konnte die Gemeinde brillieren: mit einer attraktiven Lage, einem guten Einkaufs-, Kul-

tur- und Freizeitangebot, vielen Arbeitsplätzen, tiefen Steuern und Sicherheit. Nur die Velofahrer haben es schwer in Uetikon: Wer vom See aus den höchsten Punkt erreichen will, der muss 300 Höhenmeter überwinden. Einige Schulkinder machen das. Wer das nicht will, nimmt den Bus. Oder wird im Mami-Taxi zur Schule gefahren – was zu den Hauptverkehrszeiten die Strassen verstopft.

Überhaupt sieht man viele Kinder hier. Im Gegensatz zu anderen Goldküstengemeinden, die langsam überaltert sind. Mütter schieben Kinderwagen, Teenager sitzen im Jugendcafé. «In den letzten Jahren zogen vor allem Familien mit Kindern zu uns», sagt Gemeindepräsident Urs Mettler. «Viele hat das gutausgebaute Schul- und Betreuungsangebot angezogen.» Die ganze obligatorische Schulzeit können die



Kinder im Dorf absolvieren, inklusive Betreuung von 7 bis 18 Uhr, vom Kleinkind bis zum Teenager. Ein Standortvorteil, ganz offensichtlich – den man sich etwas kosten liess. 38 Millionen Franken investierte die Gemeinde in den Ausbau der Schulen und Kindergärten. Nicht wenig für ein Dorf, das 6000 Einwohner zählt.

Zürich ist die beste Stadt

Zum siebten Mal untersuchte die *Weltwoche* die Attraktivität der Schweizer Gemeinden. Es ist die mit Abstand grösste und umfangreichste Untersuchung der Schweiz dazu. Erstellt wurde das Ranking von IAZI, einer der grössten Beraterfirmen für Immobilien- und Standortfragen. Untersucht wurden alle Schweizer Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern, 921

»» Fortsetzung auf Seite 30

Immobilien

«Der Markt hat sich abgekühlt»

Soll man noch in Immobilien investieren? Kommt es zum Crash? Standortexperte Donato Scognamiglio gibt Antworten.

Weshalb haben Sie die Methodik des Gemeinderatings verändert?

Die Gemeinden sind neu anhand von vierzig Kriterien bewertet worden statt wie bisher anhand von zwanzig. Als wir das Gemeinderating vor sieben Jahren erstmals durchführten, standen noch keine Daten über die Gemeinden zur Verfügung, die eine präzise Aussage über weiche Faktoren zugelassen hätten. Nun verfügen wir über solche Daten, die wir natürlich in das Rating einfließen lassen.

Sind die Ergebnisse mit dem Vorjahr vergleichbar?

Ja, denn das Gemeinderating zeigt noch immer die attraktivsten Gemeinden der Schweiz. Gemeinden, die sich im Vorjahresrating als attraktiv erwiesen haben, sind auch dieses Jahr wieder gut platziert. Neu tauchen aber auch Gemeinden auf vorderen Rängen auf, die es ohne die neuen Faktoren nicht geschafft hätten. Mit der neuen Methodik treten wirtschaftliche Kriterien mehr in den Hintergrund; Faktoren, die die unmittelbare Lebensqualität erfassen, bekommen mehr Gewicht.

Der Harvard-Ökonom Edward Glaeser, der seit zwanzig Jahren den Aufstieg und Niedergang von Städten und Gemeinden untersucht, nennt die Bevölkerungs- und Einkommensentwicklung sowie die Immobilienpreise als entscheidend für den Erfolg einer Stadt oder einer Gemeinde.

Was sind Ihre Beobachtungen?

Meines Erachtens gibt es für den Aufstieg und Niedergang von Städten viele Gründe – mangelnde Investitionen in Ausbildungsstätten beispielsweise, aber auch Abwanderung aufgrund der Schliessung oder Verlagerung von Unternehmen sowie eine ungesunde Finanzpolitik.

Man erwartete dieses Jahr einen Preisrückgang bei Immobilien. Warum ist dieser nicht eingetreten?

Auf Jahresbasis betrachtet, nahmen die Preise für Eigenheime nur noch um 1,5 Prozent zu (im Vorquartal: 2,3 Prozent). Damit liegt das Preiswachstum weit unter dem langjährigen Durchschnitt von 2,5 Prozent. Dieser Wert repräsentiert die Entwicklung der Preise für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen über einen Zeitraum von dreissig Jahren. Der Markt hat sich aufgrund des hohen

Preisniveaus und der strenger gefassten Finanzierungsregeln zum Erwerb von Wohneigentum abgekühlt.

Man bekommt heute also eher einen Preisnachlass als früher?

Insgesamt stellen wir im gehobenen Segment eine Bereitschaft zu Preisnachlässen fest, die durchaus bei 10 Prozent und mehr liegen kann.

Kommt es zum Immobilien-Crash?

Die Wachstumsraten im Eigenheimbereich werden sich schweizweit weiter reduzieren. Dies heisst jedoch nicht, dass es zu einem Preiseinbruch auf breiter Front kommen wird. Die schärferen Bestimmungen hinsichtlich der erforderlichen Eigenmittel, des kalkulatorischen Zinses und der Amortisation der Hypothekarschulden haben zu einer Reduktion der Nachfrage geführt. Sorge bereitet die noch unklare Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Die Reduktion der Zuwanderung wird zwangsläufig zu einer weiteren Abflachung der Preisentwicklung führen.

Es herrscht Anlagenotstand, es gibt keine Zinsen auf dem Sparbuch, Obligationen rentieren nicht mehr. Soll man in Immobilien investieren?

Als Anlageobjekte eignen sich Renditeobjekte, wobei der Kauf genügend Eigenmittel voraussetzt. Insbesondere der tiefen Zinsen wegen besteht nach wie vor die Möglichkeit, auf dem eingesetzten Eigenkapital Renditen von 10 Prozent und mehr zu erzielen. Die damit einhergehenden Risiken gilt es jedoch, im Auge zu behalten. Die Renditen auf der gesamten Anlage (Return on Assets) liegen für durchschnittliche Objekte brutto knapp bei 5 Prozent, wobei die Rendite bei älteren Anlageobjekten höher liegt als beim Neubau mit rund 4 bis 5 Prozent. Für Spitzenlagen werden gar Renditen von unter 3 Prozent in Kauf genommen.



Interview: Carmen Schirm-Gasser

Donato Scognamiglio ist Geschäftsführer des Informations- und Ausbildungszentrum für Immobilien (IAZI) und Professor an der Universität Bern. Er ist verantwortlicher Leiter des *Weltwoche*-Gemeinderatings.

Die 100 attraktivsten Gemeinden der Schweiz

Rang 2015	Rang 2014	Kanton	Gemeinde	Rang Arbeitsmarkt	Rang Wohnen und Immobilien	Rang Bevölkerungsstruktur	Rang Steuerbelastung	Rang Schulen und Bildung	Rang ÖV und Verkehrserschliessung	Rang Medizinische Versorgung	Rang Einkaufen, Kultur und Freizeit	Rang Sicherheit und Kriminalität
1	33	ZH	Uetikon am See	37	175	61	54	45	423	53	257	157
2	1	ZG	Zug	24	6	106	3	87	71	45	63	876
3	20	TI	Comano	326	23	21	159	85	234	333	222	19
4	24	LU	Meggen	15	212	109	42	108	471	68	320	83
5	21	ZH	Rüschlikon	229	170	65	26	310	32	181	135	399
6	94	ZH	Männedorf	74	205	134	75	300	426	107	8	229
7	52	SZ	Einsiedeln	159	232	240	49	450	117	83	82	214
8	78	ZH	Zumikon	200	233	36	29	244	82	142	255	412
9	15	ZH	Fehraltorf	195	216	142	124	91	47	292	297	343
10	124	VD	Lutry	176	39	100	582	239	46	120	203	372
11	60	ZH	Küsnacht	57	135	171	29	282	63	167	526	470
12	41	ZH	Meilen	63	366	51	38	685	338	40	85	251
13	262	ZH	Rickenbach	246	460	207	97	3	166	515	178	59
14	14	SZ	Wollerau	32	52	224	3	280	387	183	481	293
15	59	ZH	Zürich	220	65	539	171	56	3	21	55	909
16	51	ZH	Zollikon	16	434	117	45	712	37	17	154	510
17	16	ZG	Cham	33	134	175	10	397	402	79	182	642
18	4	ZG	Risch	23	7	126	8	371	462	401	81	609
19	46	SZ	Lachen	51	130	230	14	880	77	41	98	604
20	222	SG	Rapperswil-Jona	65	467	421	264	88	75	65	67	622
21	65	ZH	Richterswil	640	35	90	108	472	304	112	123	255
22	96	ZH	Stäfa	387	150	308	59	305	363	119	141	328
23	81	AG	Seengen	186	219	13	185	299	666	240	147	217
24	9	ZG	Baar	34	51	149	1	857	182	184	250	494
25	175	ZH	Winterthur	265	149	597	222	7	19	37	68	865
25	80	SZ	Galgenen	344	228	88	19	401	258	130	619	142
27	126	ZH	Wiesendangen	496	20	71	55	18	289	708	484	100
28	32	ZH	Maur	148	325	93	48	314	181	418	342	445
29	253	BL	Pfeffingen	36	194	48	344	180	360	494	584	78
30	17	ZH	Herrliberg	52	191	74	34	168	287	587	817	146
31	47	GE	Carouge	239	38	634	268	201	6	62	20	900
32	258	GE	Genf	93	158	671	350	32	3	18	133	920
33	170	NW	Stans	5	424	277	91	403	352	43	206	579
34	276	FR	Tafers	172	349	200	620	217	492	23	173	147
35	n.v.	TI	Canobbio	101	186	287	179	1	375	227	552	486
35	76	GE	Chêne-Bougeries	314	105	150	224	484	18	30	273	797
37	68	ZH	Wädenswil	388	278	341	97	96	438	203	73	481
37	57	AG	Baden	417	119	310	303	323	30	13	37	844
39	67	AR	Teufen	18	588	139	242	97	717	109	277	223
40	154	ZH	Horgen	315	106	213	59	625	270	156	260	411
41	266	ZH	Oberrieden	652	174	247	45	257	186	381	335	148
42	167	ZH	Elsau	330	196	312	168	16	144	733	405	137
43	313	TI	Lugano	42	199	521	130	290	297	11	116	850
44	105	ZH	Uster	453	267	345	124	333	65	57	64	755
45	193	GE	Cologny	382	43	43	199	204	105	330	373	793
46	85	TI	Savosa	131	297	426	159	115	78	477	568	226
47	90	ZH	Bubikon	510	66	72	132	616	116	467	155	351
48	144	GR	Pontresina	222	369	101	211	113	758	604	31	87
49	217	ZH	Bäretswil	828	91	219	118	62	422	232	156	369
50	23	ZG	Unterägeri	206	61	66	15	669	561	209	216	499

n.v. = nicht vorhanden. Diese Gemeinde hatte 2014 weniger als 2000 Einwohner und wurde deshalb nicht bewertet.
Rang 1 ist der beste, Rang 921 der schlechteste. Untersucht wurden 921 Gemeinden.

Rang 2015	Rang 2014	Kanton	Gemeinde	Rang Arbeitsmarkt	Rang Wohnen und Immobilien	Rang Bevölkerungsstruktur	Rang Steuerbelastung	Rang Schulen und Bildung	Rang ÖV und Verkehrserschliessung	Rang Medizinische Versorgung	Rang Einkaufen, Kultur und Freizeit	Rang Sicherheit und Kriminalität
51	186	LU	Nottwil	10	59	337	393	553	798	227	22	106
52	5	LU	Schenkon	49	28	35	86	378	829	547	476	86
53	176	AG	Niederrohrdorf	637	104	164	314	246	252	283	254	271
54	134	TI	Bioggio	37	350	209	73	307	527	443	318	264
55	322	GE	Pregny-Chambésy	128	414	80	206	263	15	323	384	716
56	87	TG	Bottighofen	14	145	345	74	107	552	317	564	423
57	52	ZH	Andelfingen	406	124	19	143	8	362	374	571	540
58	2	SZ	Feusisberg	12	63	117	6	784	319	426	534	288
59	45	NW	Hergiswil	3	306	236	23	365	557	462	194	415
60	31	SZ	Freienbach	50	69	300	6	747	212	341	193	648
61	276	SG	Balgach	167	396	263	223	120	723	351	126	204
62	82	ZH	Bonstetten	280	245	47	118	526	294	277	634	151
63	43	ZH	Kilchberg	474	133	63	31	688	13	31	654	492
64	89	ZH	Erlenbach	100	268	58	38	530	135	326	813	314
65	49	ZH	Knonau	344	300	20	175	78	288	589	545	250
66	351	BL	Münchenstein	43	206	689	530	284	23	70	101	652
67	39	ZH	Schwerzenbach	277	183	203	71	555	95	204	277	739
68	103	LU	Luzern	47	304	555	275	118	293	62	62	901
69	259	ZH	Gossau	874	283	249	191	193	223	376	53	180
70	83	ZH	Birmensdorf	520	261	280	82	158	49	334	120	820
71	198	TG	Ermatingen	144	415	111	114	131	653	595	26	439
72	132	ZH	Thalwil	478	179	342	45	409	119	314	389	354
73	220	ZH	Hombrechtikon	536	281	235	191	149	429	173	338	320
74	248	GR	Samedan	213	391	327	134	436	651	164	198	149
75	68	ZH	Ottenbach	85	265	137	124	261	598	652	460	113
76	110	ZH	Niederglatt	509	276	371	118	141	241	463	280	305
77	305	AG	Hausen	138	277	175	314	246	204	731	565	56
78	246	BE	Muri bei Bern	198	438	353	494	354	73	34	309	458
79	28	AG	Oberwil-Lieli	68	137	68	92	140	427	900	872	13
80	29	SZ	Schwyz	66	122	281	24	908	269	137	376	543
81	40	ZH	Obfelden	588	256	210	175	59	567	564	110	216
81	188	LU	Sursee	13	208	647	275	65	692	99	94	651
83	22	SZ	Altendorf	69	347	55	13	859	111	517	412	366
84	204	LU	Horw	55	82	390	183	155	537	357	559	429
85	161	AG	Mägenwil	108	100	185	260	89	196	900	554	365
86	11	ZH	Neerach	57	138	208	38	444	528	707	536	109
87	43	ZH	Aeugst am Albis	470	378	16	88	47	594	574	380	233
88	320	VD	Chexbres	123	335	261	669	97	86	287	394	536
89	155	ZH	Langnau am Albis	618	173	217	66	308	156	474	393	385
90	7	ZG	Neuheim	22	253	70	9	30	659	760	541	455
91	237	TI	Vacallo	282	520	292	280	524	178	262	186	275
92	n.v.	GE	Corsier	80	44	3	232	29	430	575	582	831
93	178	TG	Frauenfeld	142	487	408	272	396	102	124	44	838
94	160	GE	Collonge-Bellerive	352	73	59	189	462	267	296	446	675
95	207	GE	Confignon	282	31	23	372	420	121	284	656	645
96	26	GR	Malans	84	48	40	221	211	825	409	872	127
97	84	VD	Saint-Sulpice	136	2	75	564	543	164	213	506	635
98	6	ZG	Oberägeri	94	109	9	11	833	712	520	511	53
99	157	BL	Binningen	368	201	484	325	639	25	55	366	393
100	3	ZG	Steinhausen	67	19	199	5	897	393	312	611	370

QUELLE: IAZI

Die drei attraktivsten Gemeinden pro Kanton

Kanton	Rang je Kanton	Gesamtrang Schweiz	Gemeinde	Rang Arbeitsmarkt	Rang Wohnen und Immobilien	Rang Bevölkerungsstruktur	Rang Steuerbelastung	Rang Schulen und Bildung	Rang ÖV und Verkehrserschliessung	Rang Medizinische Versorgung	Rang Einkaufen, Kultur und Freizeit	Rang Sicherheit und Kriminalität
AG	1	23	Seengen	187	219	13	185	299	666	240	147	217
	2	38	Baden	417	119	310	303	323	30	13	37	844
	3	53	Niederrohrdorf	637	104	164	315	246	252	283	254	271
AI	1	183	Appenzell	39	343	498	128	824	871	39	191	333
	2	375	Schwende	665	739	297	246	122	907	612	284	24
	3	619	Rüte	805	329	82	180	558	905	901	872	25
AR	1	39	Teufen	18	588	140	242	98	717	109	278	224
	2	115	Speicher	173	746	168	433	28	745	464	174	34
	3	387	Walzenhausen	279	920	781	508	61	861	127	319	74
BE	1	78	Muri bei Bern	198	438	353	494	354	74	35	310	458
	2	101	Bern	169	370	676	714	19	3	4	6	916
	3	178	Hilterfingen	267	94	451	738	670	249	187	125	462
BL	1	29	Pfeffingen	36	194	48	344	181	361	494	584	78
	2	66	Münchenstein	43	206	689	531	284	24	70	101	652
	3	99	Binningen	368	201	484	325	639	26	55	366	393
BS	1	139	Riehen	205	274	331	521	913	24	74	271	490
	2	166	Basel	247	243	747	676	265	3	36	77	899
	3*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FR	1	34	Tafers	172	349	200	620	217	492	24	173	147
	2	110	Corminboeuf	87	92	62	599	136	405	901	192	475
	3	131	Freiburg	166	351	704	612	112	54	54	80	919
GE	1	31	Carouge	239	38	634	268	201	6	63	20	900
	2	32	Genf	93	159	671	350	32	3	18	134	920
	3	36	Chêne-Bougeries	314	105	150	224	485	18	30	273	797
GL	1	662	Glarus	473	799	640	353	695	848	64	86	805
	2	725	Glarus Nord	591	740	579	342	875	814	281	165	587
	3	890	Glarus Süd	908	895	906	379	902	903	259	106	619
GR	1	48	Pontresina	222	370	101	211	114	758	605	31	87
	2	74	Samedan	213	391	327	134	437	651	164	198	149
	3	96	Malans	84	48	40	221	211	825	409	872	127
JU	1	686	Delsberg	171	807	687	895	892	134	94	313	862
	2	748	Saignelégier	455	803	661	898	293	911	150	504	388
	3	749	Val Terbi	481	544	670	911	327	754	459	872	50
LU	1	4	Meggen	15	212	110	42	108	472	68	320	83
	2	51	Nottwil	10	59	338	394	553	798	228	22	106
	3	52	Schenkon	49	28	35	86	378	829	547	476	86
NE	1	266	Neuenburg	381	340	823	910	6	149	5	43	898
	2	520	Gorgier	751	83	246	905	47	629	901	362	451
	3	542	Milvignes	722	86	472	903	813	502	218	184	544

Rang 1 list der beste, Rang 921 der schlechteste. Untersucht wurden 921 Gemeinden.
*Im Halbkanton Basel-Stadt sind nur zwei statt dreier Gemeinden ausgewiesen.

>>> Fortsetzung von Seite 27

an der Zahl. Wir gingen der Frage nach: Wo ist die Lebensqualität am höchsten? Wo gibt es die meisten Jobs? Wo sind die Distanzen kurz, die Steuern attraktiv, wo ist die Sicherheit hoch?

Insgesamt wurden Fragen zu neun Themenbereichen gestellt, die sich aus vierzig Kennzahlen zusammensetzen. Die Kennzahlen stammen aus Erhebungen der Bundesämter für Statistik, Raumentwicklung, Gesundheit oder von der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

Dieses Jahr wurde die Methodik um zwanzig Bewertungskriterien erweitert. Dazu zählen Bildung und Schulen, Gesundheit, Sicherheit, Kultur und Freizeit. «Mit dem neuen Datenmaterial lässt sich die Attraktivität einer Gemeinde noch besser abbilden», sagt Donato Scognamiglio, Geschäftsführer von IAZI und verantwortlicher Leiter des Gemeinderatings (siehe Interview S. 27), «wirtschaftliche Kriterien treten mehr in den Hintergrund. Faktoren, welche die unmittelbare Lebensqualität erfassen, bekommen mehr Gewicht.»

Die erweiterte Methodik hat zu Verschiebungen geführt. Uetikon am See konnte den langjährigen Sieger Zug auf Platz zwei verdrängen. Zug schnitt zwar in den meisten der vierzig untersuchten Kriterien gut ab, doch eine Entwicklung verhaselte das Ergebnis: die der Sicherheit. Steuergünstige Gemeinden sind weiter nach hinten gerutscht. Grossstädte rangieren dafür weiter oben. Zürich führt auf Platz 15 die Liste der Grossstädte an, vor dem Aufsteiger Winterthur (Platz 26). Beide Städte konnten mit ihrer Einkaufsinfrastruktur und einem guten Schul-

Kanton	Rang je Kanton	Gesamtrang Schweiz	Gemeinde	Rang Arbeitsmarkt	Rang Wohnen und Immobilien	Rang Bevölkerungsstruktur	Rang Steuerbelastung	Rang Schulen und Bildung	Rang ÖV und Verkehrserschliessung	Rang Medizinische Versorgung	Rang Einkaufen, Kultur und Freizeit	Rang Sicherheit und Kriminalität
NW	1	33	Stans	5	424	278	91	403	352	43	206	579
	2	59	Hergiswil	3	306	236	23	366	557	462	194	415
	3	112	Stansstad	1	406	348	32	411	562	694	150	356
OW	1	168	Sarnen	4	34	365	112	751	849	158	311	619
	2	189	Engelberg	6	286	215	135	667	896	313	142	641
	3	246	Sachseln	288	27	131	166	791	858	724	480	36
SG	1	20	Rapperswil-Jona	65	467	421	264	88	75	65	67	622
	2	61	Balgach	167	396	263	223	120	723	351	126	204
	3	275	Mörschwil	321	299	26	244	593	515	633	700	266
SH	1	447	Stein am Rhein	671	835	483	463	528	828	145	19	170
	2	564	Thayngen	475	875	494	375	252	783	413	9	835
	3	578	Schaffhausen	450	716	723	516	753	474	69	17	829
SO	1	169	Olten	20	602	793	587	134	115	32	10	914
	2	184	Riedholz	64	637	132	658	57	532	624	488	81
	3	278	Solothurn	26	655	667	797	227	175	121	32	907
SZ	1	7	Einsiedeln	159	232	240	49	450	117	83	82	215
	2	14	Wollerau	32	52	224	3	280	387	183	481	293
	3	19	Lachen	51	130	230	14	880	77	41	98	604
TG	1	56	Bottighofen	14	145	346	74	107	552	318	564	423
	2	71	Ermatingen	145	415	111	114	132	653	595	26	439
	3	93	Frauenfeld	142	487	408	272	396	102	125	44	838
TI	1	3	Comano	326	24	21	159	85	235	333	222	20
	2	36	Canobbio	101	186	288	179	1	375	228	553	486
	3	43	Lugano	42	199	521	130	290	297	11	116	850
UR	1	312	Altdorf	59	312	618	155	843	884	71	223	534
	2	315	Flüelen	567	385	411	161	27	835	566	148	603
	3	670	Bürglen	435	762	688	152	650	904	751	428	17
VD	1	10	Lutry	177	39	100	582	239	46	120	203	372
	2	88	Chexbres	123	335	261	669	98	86	287	394	536
	3	97	Saint-Sulpice	136	2	75	565	543	164	213	506	635
VS	1	144	Sitten	469	77	535	444	174	490	49	132	750
	2	177	Ried-Brig	312	430	237	495	31	632	585	375	140
	3	193	Martigny	178	204	578	446	818	247	84	11	741
ZG	1	2	Zug	24	6	106	3	87	71	45	63	877
	2	17	Cham	33	134	176	10	398	402	79	182	642
	3	18	Risch	23	7	126	8	371	462	402	81	609
ZH	1	1	Uetikon am See	38	175	61	55	45	423	54	258	157
	2	5	Rüschlikon	229	170	65	27	310	32	182	135	399
	3	6	Männedorf	74	205	134	76	301	426	107	8	229

QUELLE: IAZI

und Bildungsangebot punkten. Auch in die top hundert geschafft haben es Genf (Platz 32), Lugano (43) und Luzern (68). Nicht mehr unter den ersten 100 sind hingegen Bern (101), Basel (166) und Lausanne (167).

Standortfaktor Bildung

Erstmals rangiert auch eine Tessiner Gemeinde unter den top drei. Comano stieg von Rang 20 auf Rang 3 auf. Das Heimatdorf von Skirennfahrerin Lara Gut liegt fünf Kilometer von Lugano entfernt, ist ruhig und beschaulich. Hier gibt es

keine Industrie und keine Hektik. Zur Arbeit fahren die meisten Einwohner nach Lugano, einige arbeiten beim Schweizer Radio und Fernsehen, das vor Ort ein Radiostudio betreibt. Comano ist ein Hort der Sicherheit; Einbrecher, Drogensüchtige und Ausländerkriminalität gibt es hier so gut wie keine (Rang 19 bei der Sicherheit). «Die Strasse endet in Comano. Hierher verirrt sich selten ein Gesetzesbrecher», meint Marco Valli, Bürgermeister von Comano, «aber sagen Sie es nicht weiter.» Dafür gibt es anderes: Im September wurde ein für

zehn Millionen Franken umgebauter Kindergarten mit Ganztagesbetreuung eröffnet.

Der Tenor aus den meisten Gemeinden: Bildungsangebote werden immer wichtiger. Familien informieren sich heute frühzeitig über geeignete Schulen. Sie sind häufiger bereit, den Wohnort zu wechseln und dorthin zu ziehen, wo Schul- und Betreuungsangebote vorhanden sind. Das bietet beispielsweise Einsiedeln, die attraktivste Gemeinde des Kantons Schwyz (Platz 7 im Gesamtanking). Auf 882 Metern

»» Fortsetzung auf Seite 32

Städte liegen vorne

Die grössten Städte der Schweiz legten zu

Stadt	Rang 2015	Rang 2014
Zürich	15	59
Winterthur	26	175
Genf	32	258
Lugano	43	313
Luzern	68	103
Bern	101	261
Basel	166	431
Lausanne	167	325
St. Gallen	303	457

Hot Spots

Die grössten Preissteigerungen bei Immobilien in 3 Jahren ...

Kanton	Gemeinde	In Prozent
VD	Avenches	60
VS	Vionnaz	47
TG	Steckborn	43
ZG	Zug	42
BE	Hilterfingen	41

... und die niedrigsten

Kanton	Gemeinde	In Prozent
AG	Oberentfelden	2
BE	Brienz	1
BL	Itingen	0
AR	Walzenhausen	0
TG	Arbon	-1

>>> Fortsetzung von Seite 31

über Meer gelegen, ist die 15 000-Einwohner-Gemeinde eine beliebte Wallfahrts- und Tourismusdestination. Hier legt man Wert auf Bildung: Zwölf Schulen gibt es, und das Gymnasium des Klosters Einsiedeln ist ein Magnet für viele Eltern. Das erzeugt auch Nebenwirkungen: «Die Schulen sind an ihre Grenzen gelangt. Ebenso die Infrastruktur», sagt Hermann Betschart, Bezirksammann von Einsiedeln. In den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren sollen an die 100 Millionen Franken investiert werden: in den Ausbau der Schulen, der Dorfstrasse, des Klosterplatzes. Steuererhöhungen sind da nicht ausgeschlossen.

Gerade in kleinen Orten wird das Thema Schulen kontrovers diskutiert. Die Kosten drücken. Nicht jede Gemeinde kann und will sich ein eigenes Bildungssystem mehr leisten. Auch Pfeffingen, mit Gesamtrang 29 die Nummer eins des Kantons Basel-Landschaft, musste sich

Wo der Nachwuchs lebt

Hier wohnen die meisten Jungen, je Kanton ...

Kanton	Gemeinde	Personen von 0 bis 20 Jahren, in Prozent der Bevölkerung
VD	Commugny	51,9
AI	Schwende	48,0
SG	Waldkirch	47,9
ZH	Hettlingen	46,5
LU	Buttisholz	46,1

... hier ist die Bevölkerung überaltert

Kanton	Gemeinde	Personen von 0 bis 20 Jahren, in Prozent der Bevölkerung
TI	Muralto	23,9
GR	Arosa	23,8
BE	Bern	23,5
NW	Stansstad	22,6
GR	St. Moritz	22,3

Steuerparadiese

Die tiefsten Steuern für eine verheiratete Person mit 2 Kindern, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Steuern in Prozent
ZG	Baar	2,5
SZ	Wollerau	3,2
NW	Hergiswil	5,4
ZH	Rüschlikon	5,5
LU	Meggen	5,9

Die höchsten Steuern, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Steuern in Prozent
VD	Château-d'Œx	9,7
BE	Valbirse	10,7
SO	Derendingen	11,6
JU	Val Terbi	12,3
NE	Val-de-Travers	13,4



Markenstrategie: Pontresina GR.

entscheiden. «Es gehört zur Identität einer Gemeinde, Grundstrukturen wie Kindergärten und Schulen anbieten zu können», so Gemeindeverwalter Walter Speranza, «deshalb wurden die Schulen nie grundsätzlich in Frage ge-

Wo man in Sicherheit lebt

Die niedrigste Kriminalitätsrate, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Vergehen gegen das Strafgesetzbuch, in Prozent der Bevölkerung
BE	Rüegsau	0,1
FR	Alterswil	0,6
GR	Lumnezia	0,9
AG	Brittnau	1,0
NW	Oberdorf	1,2

Die höchste Kriminalitätsrate, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Vergehen gegen das Strafgesetzbuch, in Prozent der Bevölkerung
ZH	Kloten	13,8
BE	Biel	13,5
FR	Freiburg	12,6
GE	Genf	14,4
VD	Lausanne	16,7

stellt.» Neun Millionen Franken sind derzeit budgetiert für den Ausbau der Primarschule. «Die Kosten sind zwar hoch, doch die Gemeinde will sich das leisten.» Und Pfeffingen kann es sich auch leisten. Schön gelegen, fünfzehn Kilometer von Basel entfernt, ohne Durchgangsverkehr – in den letzten Jahren zogen viele Expats und Kader der Chemie- und Pharmabranche in die einst arme Bauerngemeinde. Das füllt die Gemeindekasse.

Dynamik und Transformation sind gefragt. Wer stehenbleibt, wird überholt. «Dynamik ist uns wichtig», sagt Jörg Bruder, Gemeindeammann in Seengen. «Unsere Infrastruktur wird ständig verbessert.» Die 3800 Einwohner grosse Gemeinde am Hallwilersee schaffte es erstmals auf Platz eins des Kantons Aargau und auf Platz 23 des Gesamtratings. Das neueste Projekt Seengens: ein Alters- und Pflegezentrum für zwanzig Millionen Franken. 35 bis 40 Arbeitsplätze sollen dadurch entstehen und zusätzliche Einnahmen in die Gemeindekasse spülen. Seengen wird also weiter wachsen, dies nicht zuletzt dank Baulandreserven, die die Gemeinde im Gegensatz zu anderen Orten in der Umgebung noch hat. Gemäss Jörg Bruder könnten in Seengen der-einst 4600 Menschen leben.

Auch in Graubünden tut sich einiges: Pontresina, auf 1800 Metern über Meer im Engadin gelegen, punktet seit je mit der Schönheit der Berg- und Gletscherwelt. «Das allein reicht heute nicht mehr», sagt Gemeindepräsident Martin Aebli. «Die Einwohner haben deshalb vor rund zehn Jahren entschieden, Pontresina professionell als Tourismusdestination zu positionieren.» Die Gemeinde hat mit Tourismus-Profis eine Markenstrategie entwickelt und das Freizeit- und Erholungsangebot ausgebaut. Aus dem Hallenbad wurde ein Erlebnisbad mit Spa, neue Bike-Trails wurden gebaut, ebenso Klettergärten, Spiel- und Volleyballplätze. Das freut Touristen wie Einheimische. Kein Wun-

Wo die Armut lebt

Die meisten Sozialhilfeempfänger, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Bezüger von Sozialhilfe in Prozent
ZH	Dietikon	7,0
SO	Trimbach	9,6
VD	Lausanne	10,2
NE	La Chaux-de-Fonds	11,1
BE	Biel	11,7

Die wenigsten Sozialhilfeempfänger, je Kanton

BE	Reconvilier	0
VS	Montana	0,1
SG	Mörschwil	0,2
AG	Lupfig	0,2
LU	Schenkon	0,3

der, wurde Pontresina dieses Jahr Kantonssieger (Gesamtrang: 48).

Tafers punktet mit anderen Vorzügen. Die bestplatzierte Gemeinde des Kantons Freiburg (Gesamtrang: 34) brilliert mit ihrer medizinischen Versorgung. Nirgendwo in der Umgebung findet man mehr Allgemeinmediziner, Zahnärzte, Rheumatologen und Chirurgen. Sogar ein Spital liegt vor der Haustüre. «In den letzten drei Jahren zogen viele Ärzte hierher»,

Wo der Reichtum lebt

Höchstes steuerbares Einkommen pro Kopf, je Kanton

Kanton	Gemeinde	Einkommen
ZH	Rüschlikon	328 000
ZG	Walchwil	275 000
SZ	Wollerau	263 000
GE	Cologny	110 000
NW	Hergiswil	93 000

Tiefstes steuerbares Einkommen, je Kanton

UR	Silenen	19 000
SG	Mosnang	19 000
LU	Escholzmatt-Marbach	17 000
BE	Eggiwil	16 000
VD	Leysin	13 500

sagt Gemeindeammann Josef Cattilaz, weshalb Tafers im Bereich Gesundheit auch auf Rang 24 liegt. Die Nähe zum Krankenhaus ist wohl ein Grund dafür. Oder die rund 160 Wohnungen, die in den letzten Jahren auf den Markt gekommen sind und einen regelrechten Zuwanderungsboom ausgelöst haben.

Die Rangierung aller Gemeinden finden Sie im Internet unter www.weltwoche.ch/gemeinderating.

Die Methode

Die Zürcher Beraterfirma IAZI untersuchte im Auftrag der *Weltwoche* alle Schweizer Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern – 921 an der Zahl. Im Vergleich zu den letzten Jahren wurde das Rating um zusätzliche Daten ergänzt. Bewertet wurde anhand von vierzig Kennzahlen, die in neun Gruppen zusammengefasst wurden. Die Kennzahlen basieren auf öffentlichen Statistiken. Die Ränge für alle vierzig Faktoren zusammengezählt ergeben den Gesamtrang. Gemessen wurde in den Kategorien Arbeitsmarkt, Wohnen und Immobilien, Bevölkerungsstruktur, Steuerbelastung, Schulen und Bildung, ÖV und Verkehrserschliessung, medizinische Versorgung, Einkaufen, Kultur und Freizeit, Sicherheit und Kriminalität. Das Rating beinhaltet ein Niveau-Ranking, das anhand aktueller Werte die Attraktivität der Gemeinden misst, etwa die Zahl der Arbeitsplätze. Der zweite Teil der Studie umfasst ein Dynamik-Ranking, das die Entwicklung der Kennzahlen über längere Zeit beurteilt, etwa die Veränderung der Arbeitsplätze über mehrere Jahre hinweg. So können auch schlechtere Gemeinden punkten, wenn sie ihre Situation verbessern.

Publireportage

Die E-Rechnung – einfach, schnell, bequem

Für die Finanzverwaltung der Stadt Amriswil ist die E-Rechnung nicht nur ein wichtiger Pfeiler des E-Government, sondern ein Muss für jede moderne Gemeinde.

E-Government ist die Zukunft. Davon sind Thomas Grimm, Leiter Finanzverwaltung der Stadt Amriswil, und sein Stellvertreter Florian Frommenwiler überzeugt. Der elektronische Datenverkehr komme den immer mobileren Bürgern zugute. «Eine zentrale Rolle bei der Strategie des Bundes spielt die E-Rechnung», sagt Grimm. Ihr Vorteil: Man empfängt die Rechnung bequem, schnell und papierlos dort, wo man sie bezahlt – direkt im E-Banking.

Die Einführung war ein Kinderspiel

Über 1000 Unternehmen und öffentliche Verwaltungen bieten derzeit die E-Rechnung an. Zu ihnen gehört seit 2011 auch die Stadt Amriswil. «Als unser Softwareanbieter

VRSG verkündete, dass er künftig die elektronische Rechnungsstellung ermöglicht, war für uns klar, dass wir die E-Rechnung einführen», erzählt Frommenwiler. Im Handumdrehen war alles installiert.

PostFinance erleichtert den Alltag

«Für uns ist die E-Rechnung eine günstige und sehr komfortable Lösung», schwärmt Grimm. «Wir erstellen die Rechnungen wie gewohnt in unserer Finanzsoftware. Die Rechnungsdaten werden anschliessend direkt an PostFinance übermittelt, aufbereitet und automatisch in elektronischer Form an den Empfänger weitergeleitet. Und auch die Zahlungseingänge auf die Geschäftskonten von PostFinance werden automatisch mit der Software abgewickelt. Einfacher geht es nicht.»

Von der E-Rechnung profitieren alle

Heute verschickt die Finanzverwaltung knapp 4000 E-Rechnungen an rund 600 von insgesamt 13 000 Einwohnern. Geht es nach Grimm, gehört die E-Rechnung zum Standardangebot einer modernen Gemeinde.

Ausserdem profitiere nicht nur der Kunde, der mit wenigen Klicks im E-Banking die Rechnung bezahlen kann, sondern auch der Rechnungssteller. Da die Daten bereits im System erfasst sind, gibt es beispielsweise weniger falsche Zahlungen.

Gemahnt wird per Post

Rechnungen elektronisch zu empfangen, ist für die Stadt Amriswil noch kein Thema. Und auch die Mahnungen werden nach wie vor per Post verschickt. Ein bewusster Entscheid, der unter anderem eine Doppelzahlung verhindern soll. «Dafür würden wir sofort auch die Steuerrechnungen elektronisch verschicken», sagen Grimm und Frommenwiler unisono. «Sobald dies vom Kanton bewilligt wird, führen wir die E-Rechnung auch hier ein.»

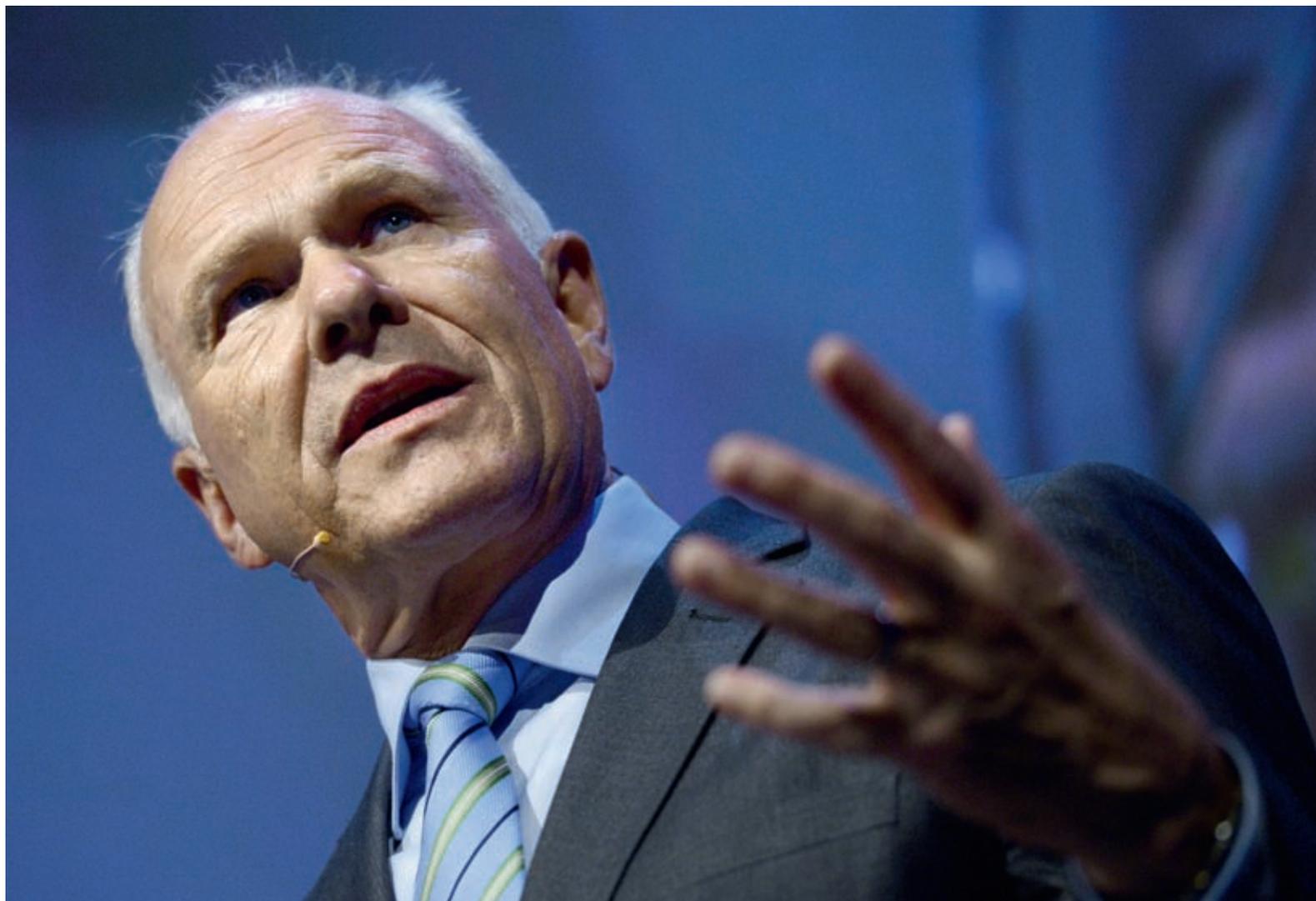
PostFinance AG
Beratung und Verkauf
Geschäftskunden
Telefon +41 848 848 848
postfinance.ch/
e-rechnung



Hans Hess neigt zum Staat

Der Präsident des Branchenverbandes Swissmem wirbt mit dramatischen Auftritten um Unterstützung für die Maschinen- und Elektroindustrie. Sendet der Ingenieur die falschen Signale aus?

Von Beat Gygi



Deutliche Nähe zur Gewerkschaftsseite: Verbandspräsident Hess.

Hans Hess ist in der Schweizer Öffentlichkeit mehr oder weniger zum «Mister Maschinenindustrie» geworden. Das hohe Ansehen, das die Branche dank zweihundertjähriger Pioniertradition und ihrer Rolle als wichtige Exportindustrie im ganzen Land genießt, ergibt eine erstklassige Plattform für wirksame Auftritte. Die Unternehmen der MEM-Branche beschäftigen im Inland rund 330 000 und im Ausland 560 000 Mitarbeiter und exportieren Güter im Wert von 60 bis 70 Milliarden Franken pro Jahr, was rund einem Drittel der gesamten Exporte entspricht. Als Präsident des Branchenverbandes der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, Swissmem, verkörpert Hess für viele auch die Exportkraft und den industriellen Geist der Schweiz. Welcher Geist ist das?

Es ist ein Geist, der um ein günstiges Klima in Politik und Gesellschaft wirbt, um eine Art

Wir-Gefühl, um kollektive Anstrengungen und auch um Staatshilfe – vor einigen Tagen etwa mit den Worten: «Ich finde, sowohl die Branche als Ganzes als auch die Firmen im Einzelnen hätten eine tatkräftige Unterstützung durch die Politik und die Öffentlichkeit verdient. Davon ist aber derzeit wenig zu spü-

Man hatte zu stark auf die Beteuerungen der Nationalbank, die Kursgrenze gelte, gebaut.

ren.» Mit solchen Wendungen hat Hess seit der Erstarkung des Frankens bei seinen Auftritten immer wieder eindringlich darauf hingewiesen, in welche Bedrängnis die Branche nach der Aufhebung der Euro-Franken-Untergrenze Mitte Januar 2015 geraten sei.

«Die Aufhebung des Mindestkurses ist für den Schweizer Werkplatz eine Katastrophe», sagte er in der Wirtschaftszeitschrift *Bilanz* Anfang Februar 2015. Konkret forderte Hess eine zusätzliche Unterstützung von Forschung und Entwicklung in den Betrieben durch die Bundesagentur KTI im Umfang von 100 Millionen Franken.

Auf dem falschen Fuss erwischt

Hess ist schon seit längerem daran, dem Publikum die Wechselkursgefahren für exportorientierte Schweizer Industrieunternehmen auszumalen. «Ich sehe die Panik in ihren Augen», schilderte er die Lage von Firmenchefs im August 2011, kurz nach dem vorübergehenden Absacken des Wechselkurses auf die Franken-Euro-Parität, im Gespräch mit der *Handelszeitung*. Ein Jahr später, im August 2012,

sagte er gegenüber der gleichen Zeitung, die Schulden- und Euro-Krise sei doch nicht so heftig gewesen wie erwartet, er fügte aber hinzu: «Wenn die SNB den Mindestkurs nicht halten könnte, käme ein neues Kapitel auf die Exportindustrie zu – das würde ein blutiges Kapitel.» Dem Technologie-Werkplatz Schweiz drohe dann ein weiterer Stellenabbau, weil die anhaltende europäische Schuldenkrise auch auf die Schweiz abfärbe.

Dann fiel die Kursgrenze tatsächlich weg, für die meisten offenbar überraschend. Dieser Tage sagte Hess, dass der 15. Januar zu den Daten gehöre, die man nie vergesse. Offenbar wurde Swissmem damals wirklich auf dem falschen Fuss erwischt. Nur wenige Tage vor der Aufhebung durch die Nationalbank erhielt man damals als Journalist von der Verbandszentrale jedenfalls die Antwort: «Nein, das ist kein Thema», auf die Frage, ob der Verband die allfällige Freigabe der 1.20-Grenze für die Mitgliedsfirmen zum Thema mache. Hess räumt heute im Gespräch ein, dass man nach der Ankündigung der Europäischen Zentralbank, sie werde alles unternehmen, um die Währungsunion zu bewahren, zu wenig genau überlegt habe, was das für den Franken-Euro-Kurs bedeuten könnte. Man hatte zu stark auf die Beteuerungen der Nationalbank, die Kursgrenze gelte, gebaut.

Gräben zuschütten

Hess hat seine Karriere als operativer Chef von Unternehmen in milderer Wechselkursverhältnissen gemacht. Er hat an der ETH Zürich Werkstoffingenieur studiert, 1981 ging er als Entwicklungsingenieur zu Sulzer, wechselte 1983 zu Huber + Suhner und nach einem MBA in den USA 1989 zu Wild Heerbrugg. Die früheren Unternehmen Wild und Kern wurden in der damaligen Gruppe Stephan Schmidheiny zum Vermessungskonzern Leica Geosystems zusammengefügt, Hess war als Konzernchef von 1996 bis 2005 für dessen operative Führung verantwortlich. Im Jahr 2000 wurde Leica Geosystems an die Börse gebracht und 2005 durch die schwedische Hexagon-Gruppe «unfreundlich» übernommen.

Von da an konzentrierte sich Hess auf eine sogenannte nichtexekutive Karriere primär in Verwaltungsräten und Verbänden. Er hatte sich damals zwar kurz überlegt, mit dem Geld aus dem Verkauf seiner Leica-Anteile Firmen zu kaufen, fand diese dann aber zu wenig überzeugend und gründete mit seinen Mitteln 2006 die Beratungsfirma Hanesco in Pfäffikon mit Spezialisierung auf Technologie- und Strategieberatung. Gegenwärtig ist er Verwaltungsratspräsident der börsenkotierten Comet in Flamatt und der privaten Reichle & De-Masari in Wetzikon, des Weiteren Verwaltungsrat des Winterthurer Kompressorenherstellers Burckhardt Compression und des Sicherheitskonzerns Kaba. Im Sanitärtechnik-Konzern

Geberit, einer Ertragsperle der Schweizer Industrie, dauerte seine Verwaltungsratszeit von 2007 bis 2011. Zweieinhalb Tage pro Woche setzt Hess für Verwaltungsratsmandate ein, die andere Hälfte für seine Tätigkeit in Verbänden und andere Arbeiten, etliche davon mehr oder weniger in der Öffentlichkeit; auch Entwicklungshilfe via die Institutionen Swiscontact und Vontobel-Stiftung ist dabei. Die Vernetzung ist für Hess seit je eine wichtige Arbeitsgrundlage. Im Militär ist er die Kar-

Warum kommen aus der Chemie kaum Klagen über Wechselkurse und Kosten?

riereleiter bis zum Obersten und Kommandanten des Zürcher Infanterieregiments emporgestiegen; 2001 hat er dieses abgegeben. Von 2007 bis 2011 war er im ETH-Rat. Aus seinem Umfeld ist etwa zu hören, dass er sehr vielseitig interessiert sei, rasch in der Auffassung und dass er Aufgaben und Mandate anziehe wie ein Magnet.

Beim Verband Swissmem ist Hess seit 1999 im Vorstand, 2007 übernahm er das Vizepräsidium. Neben ihm amtierte zu dieser Zeit Präsident Johann Schneider-Ammann, der sich damals eine Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsdachverband Economiesuisse lieferte. Swissmem trat provisorisch aus Economiesuisse aus, weil die Industrie sich zu wenig berücksichtigt fühlte, trat aber wieder ein, als eine Neuausrichtung des Dachverbandes zugesichert war. Hess sagt aus heutiger Sicht, er habe massgeblich mitgeholfen, die Gräben zuzuschütten. Als Schneider-Ammann Bundesrat wurde, übernahm Hess 2010 das Swissmem-Präsidium, und auf Stufe Economiesuisse vertritt er heute als einer der drei Vizepräsidenten die Maschinenindustrie, neben den zwei Kollegen der Finanz- und der Chemiebranche.

Es ist auffällig, wie gross der Kontrast zwischen der Maschinenindustrie und der Chemie- und Pharmaindustrie im öffentlichen Auftritt ist. Der Chemieverband Scienceindustries hat sich seit der Erstarkung des Frankens nur diskret zu Wort gemeldet, obwohl dieser Zweig etwa einen Drittel mehr exportiert als die MEM-Unternehmen. Warum kommen aus der Chemieindustrie kaum Klagen über Wechselkurse und Kosten? «Wir sind im Land nicht so beliebt wie die Maschinenbauer, wir halten uns zurück», lautet eine Antwort aus der Branche.

Es gibt auch andere Antworten. Die Chemie- und Pharmabranche hat in den letzten zwanzig Jahren stark an Dynamik und Grösse gewonnen, hat den früheren Export-Champion, die Metall- und Elektroindustrie, im Aussenhandel überholt und kommt im Grossen und Ganzen auf höhere Margen als die MEM-Firmen.

Man könnte sagen: Für die Maschinenindustrie sind kollektive bis politische Lösungen wichtig, die Chemiefirmen erledigen Probleme eher betrieblich in eigener Regie. Hess wehrt sich gegen den Vorwurf, er betreibe eine öffentliche Dramatisierung, um Vorteile für die Branche herauszuholen, und hält dagegen, dass er die dramatische Lage als Hebel verwende, um gute Rahmenbedingungen für den industriellen Werkplatz zu erreichen. Wenn er nun aber Plädoyers für die bilateralen Verträge Schweiz – EU ins Zentrum rückt oder an der Seite des umverteilungserprobten Berner SP-Regierungsrats Andreas Rickenbacher für den nationalen Innovationspark wirbt, erhält man doch den Eindruck, kollektives Vorgehen sei wichtig.

Kollektivierung der Maschinenbranche

Und wenn er in der Gewerkschaftszeitung *Work* im Juni 2015 mit den Worten zitiert wird: «Wir sind enttäuscht, wie wenig der Bundesrat auf unsere Lage reagiert hat. Wir stehen an einem Punkt, an dem es dringend notwendig ist, dass die Nationalbank nochmals sämtliche Optionen prüft», wirkt das schon fast wie Lobbying für eine Wechselkurspolitik und eine deutliche Nähe zur Gewerkschaftsseite.

Das erinnert an die dramatische Verhandlungsrunde mit den Gewerkschaften im Jahr 2013, als es in der Frage der Einführung von Mindestlöhnen hart auf hart ging. In dieser Runde war die Gewerkschaftsseite härter, sie brachte die Mindestlöhne durch. Hess und seine Equipe verloren gegen die trickreich agierende Gewerkschaft Unia, der es gelang, Hess' Vorgänger Bundesrat Johann Schneider-Ammann in ein Schlichtungsverfahren zu verwickeln, das gemäss Spielregeln gar nicht vorgesehen gewesen wäre. Die Niederlage in den Vertragsverhandlungen 2013 hat eine Kollektivierung der Maschinenbranche gebracht, die künftig die Arbeitsmärkte einengen wird. ○

SONNTAG, 13. SEPTEMBER 2015, 11 UHR

USA-SPECIAL MIT

ARTHUR HONEGGER
IM WALDHAUS FLIMS

LIVE-TALK • MEET AND GREET • AMERICAN-LUNCH-BUFFET
MIT ATTRAKTIVEM ÜBERNACHTUNSPACKAGE

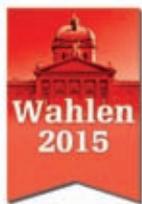
DON'T MISS IT!!

WALDHAUS FLIMS
MOUNTAIN RESORT & SPA

MEHR INFOS / ANMELDUNG:
WWW.WALDHAUS-FLIMS.CH ODER T +41 81 928 48 48

Die Verlierer feierten Erfolge

Die Parteien im Wahlcheck: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) büsste bei den letzten beiden Wahlen jede vierte Stimme ein, 2011 legte sie dennoch Sitze zu. In der laufenden Legislatur nahm sie Einfluss wie noch nie. Jetzt könnte sie wieder Wähler gewinnen – und doch ihre Macht verlieren. *Von Markus Schär*



Es gibt in der Schweizer Politik keinen erfolgreicheren Verlierer als Christian Levrat, den Präsidenten der Sozialdemokraten. Die Partei, in den Wahlen von 2007 um fast vier Prozentpunkte abgestürzt, büsste 2011 unter seiner Führung nochmals einen knappen Prozentpunkt ein. Aber sie legte im Nationalrat dank Proporzglück drei Sitze zu, und sie nahm im Ständerat der CVP und der SVP je einen Sitz ab: im Aargau mit dem freundlichen Boulevardliebhaber Pascale Bruderer Wyss, in St. Gallen mit dem kantigen Gewerkschaftsbundpräsidenten Paul Rechsteiner. Auch Christian Levrat rückte nach Alain Bersets Aufstieg zum Bundesrat ins Stöckli nach. Er kämpft dort, anders als sein geschmeidiger Vorgänger, markig für die Parteilinie, wenn es nicht gerade um die Freiburger Bauern geht – und er gilt trotzdem in seinem behäbigen Kanton als unschlagbar.

Die SP ist eine der am weitesten links politisierenden sozialdemokratischen Parteien Europas, wie Professor Andreas Ladner zeigte (*Weltwoche* Nr. 31/32, 15). Das lässt sich auch auf dem Smartspider nicht übersehen, den Smartvote aufgrund der Antworten von 375 Kandidierenden zeichnete: Die Partei vertritt Extrempositionen beim Ausbau des Sozialstaats (obwohl ihre Wähler die höchsten Einkommen haben) oder bei der Öffnung in der Aussenpolitik (obwohl ihre Mitglieder auch in der Romandie immer kritischer gegenüber der EU sind). Die Smartspider der Kandidaten sehen dabei aus, als hätten diese ihre Antworten von einer Vorlage abgeschrieben. Neben der mutigen Thurgauerin Sonja Wiesmann, die als Gemeindepräsidentin und Bauführerin weiss, wie das Volk denkt, wagen nur einzelne Ständeratskandidaten, die eine Mehrheit brauchen, leicht von der Parteilinie abzuweichen. So stimmen der Zürcher Daniel Jositsch und die Baslerin Anita Fetz dem weiteren Aus-

bau des Sozialstaats nur zu 70 beziehungsweise 65 Prozent zu statt zu 90 Prozent wie die Partei. Andere Kandidierende für den Ständerat füllten den Fragebogen von Smartvote sicherheits halber nicht aus.

Wegen ihrer Extrempositionen fuhr die Partei mit ihren eigenen Anliegen in den Volksabstimmungen krachende Niederlagen ein, so bei den Initiativen für eine öffentliche Krankenkasse (38 Prozent Ja), für die Erbschaftssteuer (29 Prozent Ja) oder für den höchsten Min-

destlohn der Welt (24 Prozent Ja). Im Parlament aber feierte sie Erfolge wie noch kaum je, etwa mit dem Kampf für die Energiewende oder gegen das Bankgeheimnis. Denn CVP und BDP nahmen sich selber in Geiselschaft, als sie Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf von der Linken wählen liessen. Deshalb will Christian Levrat die Mitte-links-Mehrheit für ihre Wiederwahl mit allen Mitteln bewahren. Das Wahlkampf motto der Sozialdemokraten müsste nicht «Für alle statt für wenige» heissen, spöttelte die NZZ – sondern «Für eine statt für andere».

Entwicklung der Parteistärke

Wähleranteil und Anzahl Sitze in der Bundesversammlung

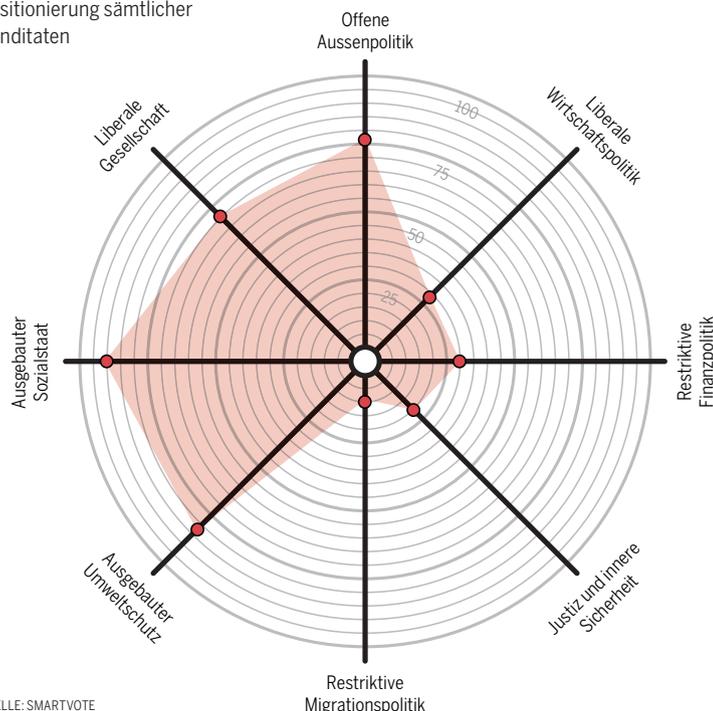


QUELLEN: BFS, SRG-WAHLBAROMETER, WELTWOCH

Wähler verloren, Sitze gewonnen.

SP-Smartspider

Positionierung sämtlicher Kandidaten



QUELLE: SMARTVOTE

Eine der am weitesten links politisierenden sozialdemokratischen Parteien Europas.

Leistungen

Wie zu den Zeiten von Peter Bodenmann denkt sich wieder der ausgebuffte Präsident allein die Strategie der Partei aus. Wie damals rückt die SP aber für die einzelnen Dossiers Köpfe ins Rampenlicht, wenn auch nicht vom selben Kaliber. In der Wirtschaftspolitik – «Nichts mit Markt, alles nach Plan!» – spricht immer noch die nimmermüde Altmarxistin Susanne Leutenegger Oberholzer aus Baselland (und bringt ihren Gewerkschafterkollegen Corrado Pardini zum Schweigen). Bei der Energiestrategie leiten Eric Nussbaumer (BL), Beat Jans (BS) und Roger Nordmann (VD) die Subventionen auf ihre eigenen Konten. Und für den öffentlichen Verkehr kämpft die freundliche Bernerin Evi Allemann, in einer hässlichen Wahl gegen die Grüne Aline Trede zur VCS-Präsidentin gewählt.

Beim Gesundheitswesen und in der Kulturpolitik setzen Jean-François Steiert (FR) beziehungsweise Matthias Aebischer (BE) – in seiner ersten Legislatur bereits Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur – getreulich die Pläne ihres Bundesrates Alain Berset um: «Nichts durch die Zivilgesellschaft, alles durch den Staat!» In der Ausländerpolitik steht die in Montevideo geborene Rechtsprofessorin Cesla Amarelle (VD), Präsidentin der Staatspolitischen Kommission,



«Nichts durch die Zivilgesellschaft, alles durch den Staat!»: Parteipräsident Levrat, Generalsekretärin Wasserfallen.

für die völlige Öffnung. Und bei jedem Thema weiss die Zürcherin **Jacqueline Badran** wortreich und lautstark, wie es ist.

Enttäuschungen

Neben den Leistungsträgern, die sich ihre Stellung in der kompetitivsten Fraktion zumeist mit spitzen Ellbogen und losem Mundwerk erkämpften, sitzen darin auch zahlreiche Mitschleicher. Diskrete Vorstellungen boten etwa die Gewerkschafter **Philipp Hadorn** (SO), **Edith Graf-Litscher** (TG) und **Max Chopard-Acklin** (AG), der seinem gleichnamigen Vater nur den Doppelnamen voraushat, oder die beiden Zürcher **Martin Naef** und **Thomas Hardegger**, die noch nicht in Bern angekommen sind, also in Zürich auf ihren Listen starke Konkurrenz fürchten müssen.

Weil in ihren Kantonen Sitzverluste drohen, müssen unter den Unauffälligen auch **Manuel Tornare** (GE) und **Nadine Masshardt** (BE) bangen. Die junge Bernerin kann nur darauf hoffen, dass die Wähler **Margret Kiener Nellen** abstrafen, die in der Disziplin «Doppelmoral» zur Höchstform aufblief. Oder den Berner Stadtpräsidenten **Alex Tschäppät**, der wider sein Naturell den Rekord an Diskretion aufstellte. Das *Amtliche Bulletin* bestätigt den Eindruck, dass er wie ein Gespenst durch die Wan-

delhalle huschte: Es verzeichnet 2013 zwei Voten, 2014 eines und 2015 gar keines.

Versprechen

Bei den Sozialdemokraten gibt es kaum Sitzgewinne und auch kaum Rücktritte, ausser in Zürich, wo **Andreas Gross** und **Jacqueline Fehr** ausscheiden: Dort können sich vor allem die Verlegerin **Min Li Marti** und die 27-jährige Juso-Frau **Mattea Meyer**, als Supertalent gefeiert und auf den vierten Listenplatz gewählt, gute Chancen ausrechnen, nachzurücken oder auch Bisherige zu verdrängen. Für den temperamentlosen **Martin Naef**, Co-Präsident der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz, käme mit dem pensionierten Schweizer Botschafter in Deutschland, **Tim Guldemann**, der für die 2000-Watt-Partei von Berlin nach Bern jetten will, ein wahrer Euro-Turbo.

In Bern, wo ein Sitzverlust droht, müssen Neulinge Bisherige überholen. Das könnte am ehesten **Michael Aebersold** gelingen, dem Chef der Sektion Entsorgung für radioaktive Abfälle im Bundesamt für Energie und Fraktionschef im Kantonsparlament, der dank der Gnade des Alphabets auf dem fünften Listenplatz steht. In Graubünden ruhen die Hoffnungen der SP auf dem dreissigjährigen Historiker **Jon Pult**, denn er soll Christian Levrat als Präsidenten ablösen.

Er könnte es auch als Zweitplatzierte gelegentlich nach Bern schaffen, wenn die Bisherige, **Silva Semadeni**, als seine Gotte für ihn den Sitz räumt. Dagegen müssen der derzeitige und der vorherige Juso-Präsident, der Zürcher **Fabian Molina** und der Luzerner **David Roth**, weiter davon träumen. Ihr erfolgreicherer Vorgänger, **Cédric Wermuth**, empfiehlt seiner Partei in einem Manifest, sich von der «rein kampagnenorientierten Politiklogik» zu lösen, also nicht mehr um jedes Pöstchen im neoliberalen System zu kämpfen.

Aussichten

Dem strategisch überlegenen SP-Präsidenten könnte das Gegenteil von vor vier Jahren widerfahren: Seine Partei dürfte um bis zu ein Prozent Wähleranteil zulegen – und dennoch Mandate verlieren. In Bern, in Genf, im Wallis und in der Waadt wackeln Sitze (teils nach noch weiter links), und die Ständeräte in Bern, Basel-Landschaft und St.Gallen müssen um die Wiederwahl kämpfen. Aber auf das Abschneiden der SP kommt es weniger an als auf jenes der Verbündeten: Wenn BDP und Grüne absacken, verliert Christian Levrat möglicherweise die Mehrheit, die er in den letzten acht Jahren zusammengezwungen hat – er würde zum schwer geschlagenen Sieger. ○



Spätpubertär: alt Bundesrat Leuenberger.



Verworrene Botschaft: SP-Plakatkampagne.

Typisch Sozialdemokrat

Die SP macht sich über bürgerliche Bonzen lustig. Dabei liefert die Wirklichkeit immer noch die besten Karikaturen, wie der ehemalige Bundesrat Moritz Leuenberger beweist.

Von Peter Keller



Da sitzt der alte Knacker. Das Glas Wein umklammert, eine dicke Zigarre zwischen den Lippen. Eine weibliche Hand legt sich sanft von hinten auf den Arm. Die deutlich jüngere Frau schaut mit gesenkten Lidern auf den Mann vor ihr. Er hat das Geld, sie die Jugend. «Pah! Gleiche Löhne für Frauen? Typisch SP ...»

Mit der Karikatur eines bürgerlichen Bonzen eröffnen die Schweizer Sozialdemokraten ihre letzte Wahlkampfphase. So richtig zünden wird die Plakataktion nicht. Zu verworren die Botschaft. Zu klischeehaft das Bild des alten sexistischen Sacks. Dabei hätte die Form der Karikatur durchaus Potenzial. Auch im politischen Nahkampf. Ein überzeugendes Beispiel dafür liefert der ehemalige Bundesrat Moritz Leuenberger (SP). Sein Sommerinterview im welschen Radio war eine Offenbarung – und zeigt, dass die besten Karikaturen immer noch aus dem Leben selbst stammen.

Fünfzehn Jahre gab Moritz Leuenberger im Bundesrat den Verkehrsminister zum Besten. Nicht unbedingt ein Departement mit viel Glamour, dafür mit reichlich Milliarden ausgestattet. Umso perplexer reagierte die Öffentlichkeit, als der Zürcher SP-Politiker schon ein halbes Jahr nach seinem Rücktritt bei Implan anheuerte, einem Baukonzern, der massgeblich von staatlichen Aufträgen lebt, wie etwa

vom Gotthardbasistunnel, der unter Leuenberger begonnen wurde.

Das Echo auf diesen Wechsel sei hart gewesen, bekennt Moritz Leuenberger, doch habe er die Provokation gesucht. Schliesslich sei er damals zum Rücktritt gedrängt worden, und man habe ihn innerhalb der Partei fallenlassen. «Wenn ihr mich nicht mehr wollt, dann mache ich etwas, was euch nicht gefällt.» Auch in seinem Alter dürfe man noch etwas «pubertär» sein.

Höhere Form der Unaufrichtigkeit

Selbstverständlich. Man darf als Rentner auch mit Leggings und Brustwarzenpiercings zur Street Parade gehen. «Anything goes», lautete die dazu passende Formel der neuen Linken, und Moritz Leuenberger ist ein Kind dieser Zeit – lebenslange Pubertät auf Kosten der anderen (Eltern, Gesellschaft, Steuerzahler) inklusive.

Was folgte, ist – ja, wie soll man es sagen – eben typisch SP ... Leuenberger legte eine formidable Karriere hin: Nationalrat, Regierungsrat, Bundesrat. Während sein tüchtiger Generalsekretär das Departement managte, sinnierte der Chef über «Moral» und «Ethik» in der Politik. Welche Fähigkeiten ihn als Ex-Bundesrat auszeichnen würden, fragte das welsche Radio. Die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge zu erklären, antwortete Leuenberger, auch mit den Methoden des Theaters. «Die Politik und das Theater sind sich sehr nahe.» So ist es – und Leuenberger hatte durchaus Talent als Staats-

schauspieler. Er konnte akkurat Texte vortragen, eine leidende Miene aufsetzen und sich, wie er später freimütig zugab, «ungeniert» für Fotosujets inszenieren. Als er 1995 zum engeren Kreis der Bundesratskandidaten avancierte, habe er seine schwarzen Hemden gegen weisse eingetauscht, damit er sich nicht mehr wie ein Architekt kleide. Später rasierte er noch rechtzeitig seinen Schnäuzer ab und legte sich einen urbanen Kurzhaarschnitt zu.

Nach Katastrophen wie dem tödlichen Brand im Gotthardtunnel habe er die Erwartungen an einen Bundespräsidenten erfüllen wollen, «nämlich die Gedanken und Gefühle der Bevölkerung in Worte zu kleiden». Wenn die Rolle allzu mühsam wurde, verlegte sich Leuenberger auf die Ironie, die etwas höhere Form der Unaufrichtigkeit. Doch was bleibt von einem Schauspieler, wenn er alle Rollen ablegt? Die Karikatur seiner selbst. Man nimmt Leuenberger weder den Sozialdemokraten ab noch den Nachhaltigkeitsapostel, noch den Landesvater, der den Hinterbliebenen Trost spendet.

Sein spätpubertäres Bekenntnis löste nochmals ein paar Reaktionen aus. Vor allem in der eigenen Partei. Ein welscher Nationalrat zeigte wenig Verständnis für Leuenbergers Nachtreten, schliesslich wäre er ohne SP nie Bundesrat geworden. Oder um es in der aktuellen Kampagne der Sozialdemokraten zu formulieren: «Pah! Eine Karriere auf Kosten der eigenen Partei? Typisch SP ...»

Stumpfe Waffen

Eveline Widmer-Schlumpfs grösste Sorgen bei neuen Steuerprojekten ist stets, ob diese OECD-konform sind. Andere Länder wie die USA ignorieren solche Regeln seit Jahren konsequent. Das scheint hiesige Finanzpolitiker nicht zu kümmern. *Von Hubert Mooser*

Der Staatssekretär für internationale Finanzfragen (SIF), Jacques de Watteville, sprach wie immer französisch, als er am 29. Juni in der Wirtschaftskommission des Nationalrats auftrat. De Watteville referierte über die früheren Bemühungen zum Schutz des Bankgeheimnisses, wie er als EU-Botschafter in Brüssel dieses mit «Zähnen und Klauen» verteidigt habe und wie die Dämme 2009 nach der Finanzkrise brachen. Dann sagte er noch beiläufig folgenden Satz: «Wir haben ein Problem mit den USA, weil dieses Land den Gafi-Standard nicht respektiert.»

Gafi ist das französische Kurzwort für die Financial Action Task Force on Money Laundering; sie ist so etwas wie die Speerspitze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegen Geldwäscherei und Steuerhinterziehung, deren schärfste Waffe wiederum schwarze Listen sind. Auf diese werden Länder gesetzt, die sich unkooperativ zeigen – was für die betroffenen Finanzplätze erhebliche Folgen haben kann.

«Unter scharfer Beobachtung»

Die Schweiz kennt sich damit aus: Vor dem G-20-Gipfel vom November 2008 fand sie sich plötzlich auf einer solchen schwarzen Liste – zusammen mit Ländern wie Grenada, San Marino oder Liberia. Das war der Anfang vom Ende des Bankgeheimnisses. Jetzt müssten OECD und Gafi eigentlich Amerika auf diese Liste setzen. Denn laut de Watteville befolgen die USA die Regeln zur Identifikation wirtschaftlich Begünstigter von juristischen Personen nicht. Gemeint sind vor allem Trusts, Treuhandfonds, die wie Stiftungen funktionieren, aber nicht gemeinnützig sind. Wer die Nutzniesser sind, weiss man nicht. Die Gafi will hier Transparenz schaffen. Die USA würden jetzt scharf beobachtet, so de Watteville vor den Wirtschaftspolitikern. Man versuche, international Druck aufzubauen, und hoffe auf die Unterstützung der EU. Man überlege sich, wie man die USA zwingen könne, die Regeln zu befolgen.

Die USA stehen allerdings schon eine ganze Weile «unter scharfer Beobachtung», genau genommen werden sie seit sieben Jahren in jedem Gafi-Update kritisiert, dass sie internationale Bestimmungen nicht einhalten, wie das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen auf Anfrage bestätigt. Und die Schweiz weise jedes Jahr bei der Gafi-Plenartagung auf diese Beanstandung hin. Wegen der Schweiz müssen die USA jedes Jahr darlegen, was sie unternommen beziehungsweise nicht unternommen haben.

Die Antwort der USA ist immer die gleiche: Es liege ein Gesetzesentwurf vor, der Kongress sei bisher leider nicht darauf eingetreten. Danach passiert nicht mehr viel, obwohl im Prinzip jedes Land die USA auf eine schwarze Liste setzen und mit Sanktionen bestrafen könnte. Das hat sich aber noch kein Finanzplatz getraut – auch die Schweiz nicht. Und daran wird sich wohl auch nichts ändern.

Als de Watteville seine Ausführungen beendet hatte, hakte keiner nach, obwohl es in der Kommission um Amtshilfe und den automatischen Informationsaustausch (AIA) ging, also um verwandte Themen. De Watteville selber verstand seine Ausführungen wohl auch nicht unbedingt als Aufforderung zu einem USA-Bashing. Er wollte damit aufzeigen, dass sich der Bund international für den Finanzplatz einsetze. Von aussen betrachtet, bekommt man indes einen anderen Eindruck. In vorauseilendem Gehorsam erfüllt die Schweiz seit 2009 sämtliche Bestimmungen, die ihr die OECD und andere länderübergreifende Organisationen diktieren. Erst vor wenigen Monaten hat de Watteville ein AIA-Abkommen mit der EU unterschrieben.

Es sind die USA gewesen, die ihre neuen Transparenzregeln der restlichen Welt aufgezwungen haben. Inhaltlich lehnt sich der von der OECD verbreitete Informationsaustausch an den amerikanischen Foreign Account Tax

Compliance Act (Fatca) an. In der Schweiz weibelten Politikerinnen wie die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer für die Durchsetzung von Fatca in der Schweiz. «Die Staaten schützen zu Recht ihr Steuersubstrat und tolerieren auch Steueroasen nicht länger. Das gilt nicht nur für die USA, sondern das ist ein globaler Prozess», so Leutenegger Oberholzer 2013 im Nationalrat.

Die Steuerpolitik von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wiederum zeichnet sich in den vergangenen Jahren besonders dadurch aus, dafür zu sorgen, dass sich neue Steuersystemprojekte stets mit dem Plan der OECD und der EU vertragen, so zum Beispiel vor zwei Jahren, als sie auf den AIA umschwenkte: In der EU scheine sich die Meinung durchzusetzen, dass der globale AIA-Standard eingeführt werden solle, den die OECD entwickelt, erklärte sie damals im Parlament. «Da ist es für uns wichtig, in die gleiche Richtung zu gehen.»

Hat man von Leutenegger Oberholzer, Widmer-Schlumpf oder de Watteville je gehört, dass sie mit demselben Engagement Druck auf die USA ausüben, wenn dieses Land die internationalen Regeln missachtet?

Das Parlament hat diesbezüglich eine gute Ausrede: Wahrscheinlich hat die Hälfte der Wirtschaftskommission gar nicht verstanden, was de Watteville vor ihnen über die USA ausbreitete – weil er ja französisch sprach. ○



«Da ist es für uns wichtig, in die gleiche Richtung zu gehen»: de Watteville, Widmer-Schlumpf.



Fragwürdige Schmerzbehandlungen.

Versteckspiele am Zürichsee

Die Schmerzlinik unter Führung von Arzt D. habe immer korrekt abgerechnet, behauptet das Zürcher See-Spital. Recherchen zeigen jedoch, dass die Leitung des Spitals falsche Aussagen verbreitet. Sie hat die missbräuchlichen Machenschaften von D. intern längst eingestanden. *Von Alex Reichmuth*

Dienstag, 18. August, am Standort Kilchberg des See-Spitals. Am frühen Abend fanden sich zwei Dutzend Belegärzte zu einer Aussprache ein, zu der sie die Spitalleitung eingeladen hatte. Thema der Veranstaltung waren Vorwürfe, der Neurochirurg D. als Chef der spital-internen Schmerzlinik habe wiederholt falsch abgerechnet und die Leitung des Spitals decke seine möglicherweise missbräuchlichen Machenschaften. Die *Weltwoche* hat in den vergangenen Monaten publik gemacht, dass D. fragwürdige Schmerzbehandlungen durchgeführt und diese Behandlungen lückenhaft oder gar nicht dokumentiert hatte. Zudem rechnete er gegenüber Krankenversicherern mehrfach mutmasslich falsch ab. Auch andere Zeitungen haben kritische Artikel veröffentlicht. Gegen Arzt D. wurde eine Strafanzeige eingereicht. Bis zu einem allfälligen rechtskräftigen Urteil gilt die Unschuldsvermutung.

Von der Spitalleitung waren an diesem Abend Direktor Matthias Pfammatter und

Stiftungsratspräsident Walter Bosshard dabei sowie Stiftungsratsmitglied Lorenzo Marazotta, der gleichzeitig Rechtsvertreter des Spitals ist. Die Ausgangslage war delikat. Ende Juli hatten vier Mitglieder des Ärztekollegiums am See-Spital dem Stiftungsrat und der Geschäftsführung einen erbosten Brief geschrieben. Darin machten sie geltend, die Vorkommnisse um Arzt D., der das Spital demnächst verlässt, habe dem Ruf des Spitals grossen Schaden zugefügt. Das Ärztekollegium habe jedoch «bereits vor Jahren mehrfach und nachdrücklich auf die Missstände rund um D. hingewiesen» und verlangt, dessen Verhalten zu überprüfen – leider «ohne jede Wirkung». Die Spitalleitung, war weiter zu lesen, versuche jetzt, die Affäre «irgendwie auszusitzen». Dabei lege sie einen «jämmerlichen Kommunikationsauftritt» hin. «Statt offen, transparent und proaktiv zu informieren, wird weiter gemauschelt, verheimlicht und abgewehrt.» Der Brief endete mit der For-

derung nach einer «lückenlosen Aufklärung der Vorgänge» und der «Nennung der Verantwortlichen». Einer der vier Unterzeichner war pikanterweise Patrick Holzmann, der als Vertreter der Belegärzte selber in der Spitalleitung sitzt.

Fehlende Aufzeichnungen

Präsident Bosshard und Direktor Pfammatter reagierten nach Erhalt des Briefes mit der Einladung zur Aussprache. Dabei nahmen sie ihren Standpunkt allerdings weitgehend vorweg. Man weise die Vorwürfe, die in den Medien erhoben wurden, zurück, stand in der Einladung. Richtig sei einzig, dass die Dokumentation der Behandlungen in der Schmerzlinik «nicht einwandfrei» gewesen sei. Man halte aber fest, «dass die Behandlungen der Schmerzlinik medizinisch einwandfrei erfolgt sind und korrekt abgerechnet wurden». Gleichzeitig mit dem Verfassen der Einladung kündigte die Spitalleitung über die Medien

Strafanzeige gegen die *Weltwoche* an, wegen angeblicher Rufschädigung.

Schon bald nach dem Beginn der Aussprache soll es hoch zu- und hergegangen sein, wie zu erfahren ist. Bosshard und Rechtsvertreter Marazzotta hätten zwar erneut betont, das Spital habe immer korrekt abgerechnet. Einziger festgestellter Missstand seien fehlende Aufzeichnungen von Behandlungen, wenn auch in umfangreichem Ausmass, sagten sie. D. habe bei den Dokumentationen wirklich versagt. Die Spitalleitung habe D. diesbezüglich zu wenig kontrolliert. Das sei aber längst erkannt und eingestanden, so die Spitalleitung weiter. Verantwortlich für die mangelnde Beaufsichtigung sei die direkte Vorgesetzte von D. Diese Vorgesetzte war am Anlass aber trotz ihrer angeblich zentralen Rolle nicht anwesend – wegen Ferien, wie es hiess.

«Klarer Betrug»

Die Ausführungen von Bosshard und Marazzotta sollen einige anwesende Ärzte in Rage gebracht haben. Sie hätten der Spitalleitung vorgeworfen, zu versagen und wissentlich falsche Informationen zu verbreiten. Es sei die Rede gewesen von «klarem Betrug» seitens D. und von «Lügen» seitens der Spitalleitung. Schon seit Jahren sei die Leitung auf die Missstände hingewiesen worden, sollen diese Ärzte bemängelt haben. Doch das Spital sei den Hinweisen nicht nachgegangen und habe D. gewähren lassen, jahrelang. Man müsse den Eindruck bekommen, dass D. protegiert werde, soll es geheissen haben. Mehrere Anwesende hätten den Rücktritt nicht nur von Stiftungsratspräsident Walter Bosshard, sondern von der gesamten Spitalleitung gefordert. Verlangt worden sei zudem eine unabhängige Untersuchung der Vorkommnisse durch externe Fachleute.

Recherchen der *Weltwoche* zeigen, dass die Kritik der Ärzte im Wesentlichen zutreffend ist. Es ist insbesondere belegbar, dass D. und das See-Spital nicht nur fahrlässig dokumentiert, sondern wiederholt falsch abgerechnet haben. Konkret geht es zumindest um diese Methoden:

— Das Spital setzte Generika ein, verrechnete aber die teureren Originalpräparate.

— D. führte die sogenannte Hochfrequenztherapie durch. Dabei wird eine Nadel seitlich an einen Nerv platziert, um diesen mit Hochfrequenzstrom zu behandeln. Ziel der Behandlung ist eine Schmerzlinderung. Diese Methode ist aber nicht kassenpflichtig. Verrechnet werden kann sie nur indirekt, wenn gleichzeitig eine Nervenbetäubung erfolgt oder ein Zwischenwirbelgelenk behandelt wird. Allerdings wären entsprechende Dokumentationen notwendig. Diese fehlen jedoch. Trotzdem hat D. die Behandlung verrechnet.

— D. injizierte Ozon ins Umfeld von Nerven, ebenfalls mit dem Ziel einer Schmerzlinderung. Die Wirksamkeit dieser Ozontherapie ist wissenschaftlich umstritten, die Methode darum nicht kassenpflichtig. Gleichzeitig mit der Injektion setzte D. Betäubungsmittel ein. Das ist nur zulässig, wenn ein Durchleuchtungsgerät und Kontrastmittel zur Darstellung der Umgebungsstruktur eingesetzt werden. Die dazu notwendigen Dokumentationen waren aber in den bisher geprüften



«Irgendwie aussitzen»: Walter Bosshard.



«Vorwürfe abgewiegelt»: Direktor Pfammatter.

Fällen nicht vorhanden. Dennoch stellte D. die Behandlung mit Betäubungsmittel in Rechnung.

— D. injizierte Schmerzmittel in die Halswirbelsäule. Dabei verzichtete er auf den Einsatz eines bildgebenden Gerätes, mit dem kontrolliert wird, ob die Injektion am richtigen Ort erfolgt. Dieses Vorgehen könnte für die Patienten gefährlich sein und ist darum im Abrechnungssystem nicht vorgesehen. D. verrechnete die Injektion trotzdem, unter Tarifposition 29.2050. Diese gilt aber nur, wenn die Injektion unter Kontrolle eines bildgebenden Verfahrens erfolgt.

An der Aussprache in Kilchberg sollen einige dieser mutmasslich unkorrekten Abrechnungsmethoden zur Sprache gekommen sein. Wie zu erfahren ist, hätten die Vertreter der Spitalleitung die Vorwürfe aber abgewiegelt und sich dabei in Widersprüche verwickelt. Insbesondere soll Rechtsvertreter Lorenzo Marazzotta faktisch eingestanden haben, dass D. bei Injektionen wiederholt so abgerechnet hatte, als habe er ein bildgebendes Verfahren eingesetzt, was nicht der Fall war. Direktor Pfammatter habe darauf hingewiesen, dass andere Kliniken «auch so» abrechnen würden. Bosshard soll beteuert haben, man werde allen Hinweisen auf Falschabrechnung nachgehen – und habe gebeten, der Spitalleitung Belege vorzulegen.

Schon vor Jahren aber hat das Ärztekollegium von der Spitalleitung und Walter Bosshard verlangt, die Arbeitsmethoden von D. zu hinterfragen und seine Anstellung zu überprüfen. Das wurde jedoch, wenn überhaupt, höchst oberflächlich gemacht. Auch musste das Spital schon vor einigen Jahren wegen überhöhter Rechnungen von D. einen höheren Betrag zurückzahlen. Im Anschluss wurde auf Initiative des Rheumatologen und Tarif-

Das Spital setzte Generika ein, verrechnete aber die teureren Originalpräparate.

experten Andreas Wüest ein erfahrener Abrechnungsfachmann ans Spital delegiert – mit dem Ziel, künftig Abrechnungsfehler zu vermeiden. Auch andere Spitäler wurden zwar zu Rückzahlungen verpflichtet. Laut Andreas Wüest mussten die Krankenkassen jetzt aber erneut feststellen, dass im See-Spital mehrfach falsch abgerechnet wurde und vor allem Dokumente fehlen, welche die Eingriffe belegen.

Wie Recherchen der *Weltwoche* zeigen, hat die Spitalleitung bereits im vergangenen Mai fehlerhafte Abrechnungen durch D. intern zugegeben. Ihre Behauptungen, die sie seither gemacht hat, D. habe immer korrekt abgerechnet, sind somit falsch.

Spitalinterne Untersuchung

Am Tag nach der turbulenten Aussprache mit den Belegärzten verschickte das See-Spital eine Mitteilung. Man wolle die Vorfälle rund um D. anlässlich einer Untersuchung «lückenlos» aufklären und danach informieren, schrieb die Spitalleitung. Dauern soll diese Untersuchung, die offenbar nur spitalintern erfolgt, bis Ende September. Von einer Abklärung von externer Seite, wie sie an der Aussprache dringend gefordert wurde, war keine Rede. Die Versteckspiele am Zürichsee scheinen weiterzugehen.

Auf die Fragen der *Weltwoche* nahm vom Spital niemand Stellung. Bis Redaktionsschluss trafen auch von Arzt D. keine Antworten ein. ○

Eine gute Partie

Die Berner Politikerin Ursula Wyss hat sich mit einem dichten Beziehungsnetz politisch in eine günstige Ausgangslage für das Berner Stadtpräsidium gebracht. Selbst im linken Bern sieht man ihre Verfilzung kritisch. Von Hubert Mooser

Wenn Gemeinderätin Ursula Wyss (SP) das Berner Wahlvolk mit neuen Gebühren oder Verboten schikaniert, geht in der rot-grün regierten Bundesstadt schnell das Gerede, das Beste an der Wyss sei ihr Partner Thomas Christen, einst SP-Generalsekretär, heute persönlicher Mitarbeiter von Alain Berset. Was natürlich ein Scherz ist – man täte dem «roten Sprössling» (*Sonntagsblick*) wohl zu viel der Ehre an. Denn nach der Wahlniederlage 2007 und durchzogenen Parlamentswahlen 2011 – beides hatte Christen als Parteimanager mitzuverantworten – brachte sich der gebürtige St. Galler in bester sozialdemokratischer Tradition bei Bundesrat Alain Berset in gutbezahlter Stellung in Sicherheit. Seine Lebensgefährtin indes rettete sich vor der drohenden Amtszeitguillotina und unter Ausbootung parteiinterner Mitbewerber 2012 in die Exekutive der Stadt Bern.

Das arrivierte linke Paar hat sich fein eingerichtet, in lukrativem Beamtentum und mit bequemen Exekutivmandaten. Nun, zur Vervollständigung der ehrgeizigen Karriereplanung, will Wyss den Stadtberner SP-Fürsten Alexander Tschäppät als Stadtpräsidenten beerben. Die Chefin der Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün hat vor gut vierzehn Tagen offiziell und fast anderthalb Jahre vor den Berner Stadtrats- und Gemeinderatswahlen ihre Ambitionen angekündigt. Die Lokalzeitung *Bund* sprach von einem Ereignis von historischer Dimension (weil erstmals eine Frau die Bundesstadt regieren könnte). Und von einer ausgebufften Strategie, weil Wyss damit die Koalitionspartner vom Grünen Bündnis (GB) brüskierte. Das Berner Aushängeschild des Bündnisses, die frühere National- und heutige Gemeinderätin Franziska Teuscher, hatte eine Kandidatur nicht ausgeschlossen. Vor der Sommerpause kam man überein, nach den nationalen Parlamentswahlen die künftige Beziehung zwischen GB und SP zu diskutieren. Nun war Wyss überraschend vorgeprescht. Die GB-Vertreter schäumen.

Im Taxi zur Party

Wie sie bei der Kandidatur vorging, sei typisch für Wyss, sagen Politiker, die seit Jahren mit ihr zu tun haben. Im direkten Gespräch drücke sie sich stets um klare Worte, verpacke ausweichende Erklärungen in Watte, trage das Ganze in einem Tonfall vor, als habe man einen harmlosen Teenager vor sich – um dann bei erstbestener Gelegenheit und meistens im Scheinwerfer-

licht die Leute vor vollendete Tatsachen zu stellen. Diese Kritik zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Karriere.

Zwischen dem, was Wyss sagt, und dem, was Wyss tut, klaffen oft Abgründe. Als SP-Politikerin predigt sie Gleichheit – und schickt ihren älteren Sohn auf eine Privatschule. Die Bürger will sie zum Benützen von ÖV und Velo umerziehen – selbst fährt sie aber zu jeder Hundsverlochete mit dem Taxi. In früheren Interviews jammerte sie oft über das Elend in der Welt und wie wichtig ihr die Nächstenliebe sei – in der Direktion für Bildung, Soziales und Sport hätte sie solche Ungerechtigkeiten korrigieren können, doch es drängte sie in die prestigeträchtigere Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün, und sie riskierte den Bruch mit dem GB. Teuscher, die zeitgleich mit Wyss in die Exekutive gewählt wurde, hatte als frühere VCS-Präsidentin vor Wyss ihr Interesse für die Tiefbaudirektion angemeldet. Sie wurde von Wyss und dem SP-Machtapparat raffiniert ausgespielt.

Feines Gespür für Seilschaften

Nun fühlen sich die Grünen beim Ringen um das Stadtpräsidium von Wyss erneut düpiert. Dass diese den Stapi-Posten verlockend findet, hatte es schon geheissen, bevor sie überhaupt für den Berner Gemeinderat kandidierte. «Das kam nicht von mir», sagt sie. Spätestens im Februar 2012 war aber alles klar: Ein Alexander

Zwischen dem, was sie sagt, und dem, was sie tut, klaffen oft Abgründe.

Tschäppät in Festlaune verkündete an einer Veranstaltung der Stadtberner SP, er freue sich schon, das Stadtpräsidentenbüro 2016 an Ursula Wyss zu übergeben. Wyss war zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal gewählte Gemeinderätin. Sie habe sich darüber auch geärgert, erinnert sie sich. Zu diesem Zeitpunkt habe sie nicht wissen können, wie sie sich in einem Exekutivamt zurechtfinde. Im Rückblick könne es zwar so aussehen, «als hätte ich meine Karriere genau geplant». Aber so sei es nicht gewesen.

Geplant oder nicht, seit sie für die Juso in den Berner Grossrat einzog, treibt Wyss ihre Karriere rigoros voran. Sie gilt als gescheit und fleissig. In Hans-Jürg Fehr, Rudolf Strahm und Simonetta Sommaruga fand sie parteiinterne Förderer und entwickelte ein feines Gespür für



Vollendete Tatsachen: SP-Gemeinderätin Wyss.

Seilschaften. Das Geheimnis ihres Erfolgs ist ein kleines Machtkartell innerhalb der Berner SP, das sich gegenseitig Jobs und Ämter zuhält. Das ärgert einige Berner Genossen seit Jahren, aber keiner unternimmt etwas dagegen.

Die Verbindung zu Thomas Christen fusst auf einer langjährigen Freundschaft. Seine



Wahl zum SP-Generalsekretär 2005 im Alter von nur dreissig Jahren markierte den Bruch der Genossen mit der Dominanz der Achtundsechziger. Wyss und Christen pflegen einen engen Kontakt zu Nationalrätin Evi Allemann, die mit dem früheren Ehemann von Wyss, Marc Gebhard, liiert ist. Dann gibt es noch die

junge SP-Nationalrätin Nadine Masshardt – sie ist die Gotte eines Kindes von Allemann –, die nach dem Rücktritt von Wyss in den Nationalrat nachrückte.

Auf die Welt kommt Ursula Wyss in Davos, aufgewachsen ist sie im Kanton Bern auf dem Land, wo der Vater einen Schreinerbetrieb hat.

Als sie elf ist, lassen sich die Eltern scheiden, die drei erwachsenen Halbgeschwister bleiben beim Vater, Ursula zieht mit ihrer Mutter danach um. Einmal wechselt sie später das Gymnasium. Mit neunzehn heiratet sie ihren Jugendschatz, ihren heutigen wissenschaftlichen Mitarbeiter Marc Gebhard. «Das hat damals für uns beide gestimmt», sagt sie heute. Die Ehe hält nicht lange. Wyss studiert danach an der Universität Bern Volkswirtschaft, verfeinert ihr Wissen an einer Universität in Glasgow. Bei einem Studienaufenthalt in Berlin verliebt sie sich in einen Professor. Wyss wird ein erstes Mal Mutter. Mit Kind und Kegel, aber ohne Professor kehrt sie nach Bern zurück, pendelt, so oft es geht, zwischen Berlin und Bern, schreibt eine Dissertation über «Schichtarbeit und Freizeitverhalten» und steigt in die Politik ein.

Zwei Jahre sitzt Wyss für die Juso im Berner Grossrat. 1999 setzt sie die SP Bern bei den Nationalratswahlen auf einen prominenten Listenplatz. Wyss wird Nationalrätin. Als Hildegard Fässler 2006 als Fraktionschefin zurücktritt, wird sie mit dreiunddreissig Jahren ihre Nachfolgerin. Im September 2011 bringt Wyss ihr zweites Kind zur Welt, der Vater heisst Thomas Christen. Im Dezember 2012 dann der fliegende Wechsel von der nationalen Bühne auf die lokale.

Die Knochenarbeit machen andere

Als Gemeinderätin hat sie bisher kaum Flops produziert, aber mit angedachten Zufahrtsverboten beim Breitenrainplatz in Richtung City und neuen Abfallgebühren viel Wirbel und Ärger bei Gewerbetreibenden verursacht. Manche sagen, dass ihre Vorlagen bisweilen unausgegoren daherkommen, weil Wyss den schnellen Erfolg suche. Mit grossem Brimborium kündigte sie im März 2015 die neuen «Massnahmen für eine velofreundliche Stadt Bern» an. Kritiker aus dem rot-grünen Lager sagen, viele Projekte seien so terminiert, dass Wyss für die eigentliche Knochenarbeit bei der Umsetzung nicht mehr verantwortlich zeichnen müsse – weil sie dann Stadtpräsidentin sei.

«Die «Velo-Offensive» nimmt schon heute Gestalt an», wehrt sich Ursula Wyss. Die erste direkte «Veloroute» zwischen dem Wankdorfplatz und dem Bahnhof will sie 2016 in Betrieb nehmen. Das ist auch der einfachere Teil. Das eigentliche Herzstück, der Bau einer Velobrücke über die Aare vom Lorrainequartier in die Länggasse, wird wohl noch etwas länger auf sich warten lassen. Dagegen formiert sich Widerstand. Einem Bewohner droht wegen der Brücke der Abriss seines Hauses, andere beklagen sich über Wertminderungen ihrer Liegenschaften wegen Schattenwurfs. Wyss habe sich bei ihnen nie blicken lassen, klagen die Betroffenen im *Bund*.

Ein Alexander Tschäppät, ein Mann ohne Berührungängste, wird Ursula Wyss wohl nicht werden. Aber sie ist ja auch eine Frau. ○

Die Kunst der Verleumdung

Ein von der öffentlichen Hand finanziertes Buch stellt mit moraltriefender Rhetorik und falschen Anschuldigungen das Zürcher Kunsthaus und die Sammlung Bührle in ein dubioses Licht. Der Angriff auf den Kunsthandelsplatz Schweiz geht in die nächste Runde. *Von Rico Bandle*

Der Begriff «Reputationsrisiko» ist in den letzten Jahren gross in Mode gekommen. Wer einer Institution oder einer Branche verwerfliches Handeln unterstellen möchte, ohne konkrete Beweise für Verfehlungen vorlegen zu können, kann sich dieses Ausdrucks gefahrlos bedienen. Nach den Banken, der Rohstoffbranche und den internationalen Sportorganisationen wird zunehmend auch der Kunsthandelsplatz zum «Reputationsrisiko für die Schweiz» erklärt. Die Branche bietet sich dazu regelrecht an: Der hiesige Kunsthandel ist höchst erfolgreich, was in gewissen Kreisen grundsätzlich suspekt ist, die Preise einzelner Werke schnellten in den letzten Jahren in genauso absurder Weise in die Höhe wie die Boni der Banker, und, nicht zu vernachlässigen, im Zweiten Weltkrieg spielte die Schweiz als Fluchthafen für Kunst eine wichtige Rolle. Wer heute den Kunsthandelsplatz kritisiert, hat Medienaufmerksamkeit auf sicher; sei es die Rechtsprofessorin Monika Roth, die der ganzen Branche unlautere Machenschaften vorwirft, oder sei es der Historiker Thomas Buomberger, der seit Jahren Schweizer Kunsthändler und -sammler als skrupellose Profiteure zu enttarnen versucht.

«Endlose Anklageschrift»

Letzterer hat nun zusammen mit dem Kunsthistoriker Guido Magnaguagno das «Schwarzbuch Bührle. Raubkunst für das Kunsthaus Zürich?» herausgegeben. Darin geht es um die Geschichte des Waffenfabrikanten Emil Georg Bührle (1890–1956), dessen weltweit einzigartige Sammlung französischer Impressionisten nun für mindestens 20 Jahre an das Kunsthaus Zürich geht. Die Übernahme der Sammlung war das Hauptargument für den 150 Millionen Franken teuren Kunsthaus-Neubau, der 2012 per Volksabstimmung gutgeheissen wurde. Bührle hatte während des Zweiten Weltkriegs mit Waffenverkäufen an Nazideutschland ein Vermögen gemacht, das ist längst bekannt und gut aufgearbeitet. Dass man dies im Zusammenhang mit dem Kunsthaus wieder aufgreift und vertieft, dagegen ist nichts einzuwenden. Die Frage ist nur, wie.

Hauptautor Thomas Buomberger versucht seit Jahrzehnten verbissen, dem Schweizer Kunsthandel Kollaboration mit den Nazis, Ausnutzung der Notlage von Juden oder anderes moralisch verwerfliches Handeln zu unterstellen. In den 1990er Jahren war er am höchst umstrittenen BBC-Film «Nazigold und Juden-

geld» beteiligt, der dermassen verleumderisch war, dass sich sogar der Bundesrat zu einer Intervention genötigt sah. Im Auftrag des Bundes publizierte Buomberger 1998 den Bericht «Raubkunst – Kunstraub» über den Kunsthandel in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs. Auch jener Bericht war voller Mutmassungen und Vorverurteilungen. Matthias Frehner, damals Journalist, heute Direktor des Kunstmuseums Bern, schrieb in der *NZZ* ein vernichtendes Urteil: «Das Buch ist eine endlose Anklageschrift, die in keinem einzigen Fall den für die Restitution eines gestohlenen Kunstwerks nötigen Beweis zu erbringen vermag.»

Ähnliches lässt sich über das «Schwarzbuch Bührle» sagen, das im linken Rotpunktverlag

Der hiesige Kunsthandel ist höchst erfolgreich, was in gewissen Kreisen suspekt ist.

erschienen und von Stadt und Kanton Zürich sowie der nationalen Kulturstiftung Pro Helvetia grosszügig finanziert worden ist. In dem Buch werden längst bekannte, zum Teil auch längst widerlegte Vorwürfe aufgewärmt, alles ist in einem anklagenden, moralisierenden Ton gehalten. Wo es keine Beweise gibt, werden Mutmassungen geäussert; ständig ist davon die Rede, dass etwas «fragwürdig» ist oder «einen Schatten» wirft. Vor allem aber enthält das Buch zahlreiche Fehler, insbesondere im Beitrag von Guido Magnaguagno, einst Vizedirektor des Zürcher Kunsthauses. Er ortet bei 19



«Schatten»: Kunsthaus Zürich, Neubauprojekt.

Werken aus der Sammlung Bührle eine lückenhafte Provenienz, dabei hat die Stiftung Bührle bei 15 von ihnen die Herkunftsgeschichte vollständig im Internet veröffentlicht. Dass Magnaguagno ganz nebenbei dem Kunsthaus einen Seitenhieb verpasst, indem er behauptet, die Sammlung Bührle sei ohnehin überschätzt, zeigt, dass er wohl noch immer nicht verdaut hat, einst bei der Direktorenwahl des Kunsthauses übergangen worden zu sein.

Alles andere als neu

Worin die Autoren recht haben: In der Sammlung Bührle befindet sich tatsächlich Raubkunst. Doch das ist alles andere als neu. Kurz nach dem Krieg wurde über ein Dutzend Werke als solche erkannt. Diese Bilder musste Bührle abgeben. Wo er konnte, kaufte er sie aber von den rechtmässigen Besitzern umgehend zurück. So zum Beispiel Camille Corots kleines Meisterwerk «Liseuse», das er 1948 vom einst enteigneten Sammler und Kunsthändler Paul Rosenberg zurückkaufen konnte. Bührle und Rosenberg blieben nach dem Krieg freundschaftlich verbunden, was gar nicht ins simple Täter/Opfer-Bild der Buchautoren passt. Also mutmasst Magnaguagno, Bührle habe das Bild womöglich nicht aus Kunstliebe zurückgekauft, sondern «aus Gründen der Weisswäscherei». Und besonders perfide: Er unterstellt Rosenberg ein mögliches «Doppelspiel», ohne weiter auszuführen, was er damit meint. Hauptsache, man kann die Angelegenheit irgendwie in ein dubioses Licht rücken.

Gemäss dem Buch war Emil Georg Bührle die widerlichste Person, die man sich nur vorstellen kann: ein skrupelloser Bombenbauer, der sich am Leid anderer bereicherte, ein geiziger Kerl, ein gnadenloser Steueroptimierer, der nur darum Kunst kaufte, um sein Image zu verbessern. Es wird zwar sehr wohl erwähnt, dass ohne seine äusserst grosszügigen Zuwendungen das Zürcher Kunsthaus nie zu dem geworden wäre, was es heute ist, doch das hat Bührle natürlich nur aus Eigennutz gemacht und um Steuern zu sparen. Dass die Autoren von einer tiefen Abneigung dem Stifter gegenüber getrieben sind, zeigt sich auch darin, dass viele der genannten Vorwürfe mit dem eigentlichen Thema, Raub- und Fluchtkunst, nichts zu tun haben. So die angebliche Steueroptimierung oder die genüsslich ausgebreiteten fragwürdigen Geschäfte der Waffenfabrik Oerlikon-Bührle, die erst Jahre nach dem Tod des Patrons getätigt worden sind.



Grosszügige Zuwendungen: Emil Georg Bührle (1890–1956) in seiner Sammlung an der Zollikerstrasse, 1954.



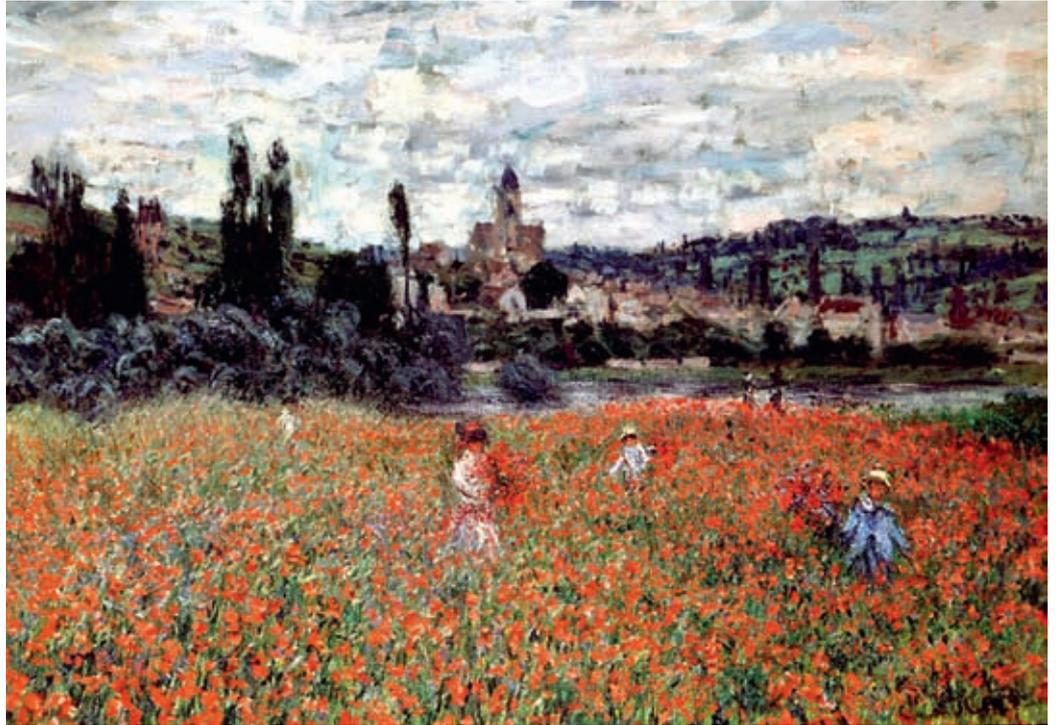
«Dunkle Seiten»: Historiker Buomberger.

Fehlt nur noch, dass zur Verunglimpfung auch noch irgendwelche Frauengeschichten ausbreitet werden.

Falsches Gutachten erstellt

Zuweilen widersprechen sich die Autoren auch. Während Magnaguagno behauptet, bei zahlreichen Werken sei die Provenienz unklar und somit dubios, schreibt Buomberger, die meisten heiklen Werke befänden sich gar nicht in jenem Teil der Sammlung, der ins Kunsthaus geht. Sie seien wohl gezielt aussortiert worden und befänden sich in Privatbesitz. Beweise dafür bringt er keine. Für Buomberger ist diese Vermutung bereits wieder ein Grund, dem Kunsthaus einen Strick daraus zu drehen: «Wenn Bilder aus der Privatsammlung Bührle einen Makel haben, würde das unweigerlich auch einen Schatten auf die Sammlung Bührle im neuen Kunsthaus werfen.»

Wie dreist die Autoren versuchen, der Stiftung Bührle unlauteres Vorgehen zu unterstellen, zeigt sich auch anhand des Falls von Claude Monets Gemälde «Mohnblumen bei Vétheuil». Die Nachkommen des einstigen Besitzers Max Emden erhoben vor einigen Jahren aufgrund eines falschen Gutachtens Buombergers Ansprüche auf das Bild. Die Stiftung Bührle konnte die Vorwürfe umfassend widerlegen: Das Bild war während des Kriegs nicht, wie von Buomberger behauptet, unter Druck verkauft worden, es handelt sich nicht um Flucht-, geschweige denn um Raubkunst. Emdens Nachkommen liessen die Ansprüche in der Folge fallen. Als wäre nichts gewesen, listet Buomberger das Bild trotzdem unter «weitere fragwürdige Erwerbungen» auf, und der *Tages-Anzeiger*, der einen Auszug aus dem Buch abdruckte, platzierte es auf der Frontseite.



Weder Flucht- noch Raubkunst: Monets «Mohnblumen bei Vétheuil».

Das Buch verleitete das sonst äusserst zurückhaltende Kunsthaus zu einer ungewohnt heftigen Reaktion. Angesichts der Tatsache, dass Buomberger bei Restitutionsprozessen verschiedentlich für die Klägerseite gearbeitet hat, wirft ihm das Kunsthaus vor, «von eigenen finanziellen Interessen gesteuert» zu sein: «Die Rufschädigung, die die Stiftung Sammlung E. G. Bührle und das Kunsthaus aufgrund andauernder falscher Behauptungen erleiden, ist nicht hinnehmbar», heisst es in einer schriftlichen Stellungnahme.

Rufschädigung ist das eine, gravierender für die hiesige Museumslandschaft ist aber das politische Ziel, das die Buchautoren und ihre Mitstreiter verfolgen. Gemäss bisheriger Praxis und internationalen Abkommen muss nur *Raubkunst* den Erben der ursprünglichen Besitzer zurückgegeben werden, nicht aber *Fluchtkunst*, also Werke, die nicht durch die Nazis enteignet worden waren, sondern die die Eigentümer in ihrer Notlage selbst verkauft hatten. Diese Unterscheidung, die auch im Bergier-Bericht gemacht wird, erfolgt aus gutem Grund: Dass die Schweiz vom Krieg verschont geblieben ist, ermöglichte den Sammlern, entweder ihre Gemälde hier in Sicherheit zu bringen oder sie zu verkaufen, um die eigene Flucht, zum Beispiel in die USA, zu finanzieren. In der Regel waren sie in ihrer Situation dankbar für diese Möglichkeit. Thomas Buomberger und andere schweizkritische Historiker, die sich anmassen, über die schwierige Zeit rückwirkend nach heutigen moralischen Massstäben zu urteilen, sehen darin bloss skrupelloses, unmoralisches Geschäftsgebaren. Fluchtkunst solle der Raubkunst gleichgestellt werden, so ihre Forderung. Das Paradoxe daran: Damit werden sie zu Helfern einer ganzen Industrie

von geschäftstüchtigen US-Anwälten, die (oft weit entfernte) Erben angehen und dann auf Provisionsbasis die Herausgabe wertvoller Werke erstreiten.

Vorauselender Gehorsam

So haltlos viele der Vorwürfe auch sind, der stete Angriff auf den Kunsthandelsplatz zeigt bereits Wirkung. Kürzlich hat zum Beispiel das Winterthurer Museum Oskar Reinhart in vorauselendem Gehorsam ein mehrere hunderttausend Franken teures Bild Adolph von Menzels an die Erben des einstigen Besitzers zurückgegeben, obschon weder rechtlich noch moralisch irgendein Anspruch bestand (*Weltwoche* Nr. 27/15). Die Angst vor einem «Reputationsschaden» ist mittlerweile so gross, dass man im Zweifelsfall nachgibt. Auch sind Bestrebungen im Gang, den Kunstmarkt noch stärker zu regulieren und damit zu schwächen, obschon die Schweiz bereits jetzt über das international strengste Kulturgütertransfergesetz verfügt.

Die Autoren des «Schwarzbuchs» aber sehen sich auf der moralisch richtigen Seite. Nicht nur fordern sie vom Kunsthaus einen Dokumentationsraum, wo die Geschichte der Bilder dargelegt wird – das könnte durchaus interessant sein –, sondern auch noch ein Mahnmal vor dem Gebäude, das «an die dunklen Seiten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg erinnert, an abgewiesene Flüchtlinge, an Geschäfte mit Raubgold und Raubkunst, an Waffen- und Munitionslieferungen an Nazideutschland».

Thomas Buomberger / Guido Magnaguagno (Hg.): Schwarzbuch Bührle. Raubkunst für das Kunsthaus Zürich? Rotpunktverlag, 256 S., Fr. 38.–



Essay

Staatsstreich auf Samtpfoten

Was auch immer Volk und Parlamente entscheiden – das Bundesgericht findet Wege, die Gesetze umzudeuten. Die Justiz macht sich damit selber zum Gesetzgeber.

Von Valentin Landmann

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, hat das Bundesgericht am 4. September 2014 mit dem Urteil 2C–772/2013 die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) für die Auslegung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU als massgebend erklärt. In der Sache ging es um die akademisch und technisch anmutende Frage, ob eine Prostituierte eine Arbeitnehmerin oder eine freischaffende Unternehmerin sei. Unter Verweis auf die Rechtsprechung des EuGH stiess das Bundesgericht einen Entscheid der Vorinstanz um, die sich an der bisher in der Schweiz gültigen Praxis orientiert hatte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem die Argumentation des Bundesgerichtes, wonach bei der Auslegung «abkommensrelevanter unionsrechtlicher Bestimmungen» durch den EuGH nicht leichthin, sondern nur beim Vorliegen «triftiger» Gründe abzuweichen sei. Schliesslich, so die Begründung, sei es das Ziel der Personenfreizügigkeit, einheitliche Bestimmungen zu verwirklichen. Demnach seien «alle erforderlichen Massnahmen zu treffen», damit «eine möglichst parallele Rechtslage besteht».

Die komplizierte Formulierung verschleiert eine brisante Aussage mit weitreichenden Folgen: Im Zweifel hat bei der Auslegung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU nicht die schweizerische Rechtspraxis, sondern die Rechtsprechung des EU-Richters den Vorrang.

Nichts gegen einen «Seitenblick» unserer Richter auf die Praxis des EUuGH. Wo er Sinn macht und in Einklang mit unserer Rechtspraxis steht, ist gegen eine Angleichung nichts einzuwenden. Doch «parallel» heisst in diesem Fall, dass sich die Schweiz der EU anpasst (und sicher nicht umgekehrt).

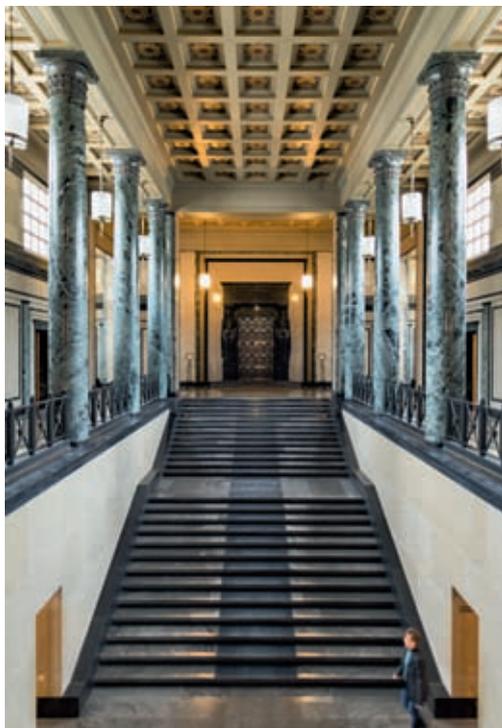
Wenn das EU-Recht aber automatisch Priorität hat, dann treten wir besser gleich ganz der Europäischen Union bei. Doch das will die Mehrheit des Schweizervolkes nicht – und das sollten auch die selbstherrlichen Richter in Lausanne einfach mal zur Kenntnis nehmen.

Im Mai 2015 hat der schweizerische Nationalrat einer grundlegenden Motion zum Verhältnis der Schweiz zur EU zugestimmt:

«1—Der EU ist unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz ein von der EU unabhängiger Staat ist. Die Schweiz will der EU weder auf direktem noch auf indirektem Wege beitreten.

2—Die Schweiz unterhält mit der EU Beziehungen auf vertraglicher Ebene, insbesondere, um den gegenseitigen Marktzutritt zu erleichtern. Aber die Schweiz ist nicht Mitglied des europäischen Binnenmarktes und hat auch nicht die Absicht, dies zu werden.

3—Die Schweiz schliesst keine Verträge ab, welche ihre Souveränität generell, rechtlich oder faktisch einschränken. Insbesondere kann und wird sich die Schweiz nicht verpflichten, das zukünftige EU-Recht in heutigen oder in zukünftigen bilateralen Verträgen automatisch



Nach eigenem Gusto: Bundesgericht in Lausanne.

zu übernehmen und sich der EU- oder der EWR-Gerichtsbarkeit zu unterstellen.

4—Das Beitritts-gesuch der Schweiz zur EU wird als gegenstandslos betrachtet.»

Klarer kann es eigentlich auch unser Parlament nicht sagen: Die eigene (und in der Regel grosszügige) Auslegung der Personenfreizügigkeit mag der Europäischen Union sakrosankt sein, doch die Schweiz ist nicht Teil der Union. Wir halten uns selbstverständlich an Verträge, doch die Anwendung und Auslegung wollen wir nicht fremden Richtern und einer Rechtsprechung überlassen, die sich ausserhalb unserer demokratischen Instanzen entwickelt. Doch

das Bundesgericht denkt offenbar nicht daran, sich nach diesen Vorgaben zu richten. Die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» ist deshalb bitter nötig.

Bereits im Herbst 2012 hat das Bundesgericht einen «wegweisenden» Entscheid gefällt, der besagt, dass jedes internationale Staatsvertrags- und Völkerrecht, das für die Schweiz gilt, über der schweizerischen Verfassung steht. Unsere Verfassung kann deshalb nur angewendet werden, solange sie solchen Bestimmungen nicht widerspricht. Bis dahin standen völkerrechtliche Verträge zwar über dem normalen Gesetz, aber unterhalb der Verfassung.

So handhaben auch die meisten Staaten dieser Welt multinationale Übereinkünfte, die oft unscharf formuliert und auslegungsbedürftig sind. Nie käme es zum Beispiel den USA in den Sinn, Staatsvertragsrecht über das Verfassungsrecht zu stellen. Das hat noch nie dazu geführt, dass die USA etwa völkerrechtlich geächtet würden. Derartiges wird nur der Schweiz prophezeit, wenn sie ihr Verfassungsrecht wieder wie früher auch gegenüber dem Völkerrecht zur Geltung bringen will.

Das Verheerendste aber ist: Die EU entwickelt ihre Gesetze dauernd weiter. Wenn aber die Schweiz die neue Rechtsauslegung einfach immer stillschweigend übernimmt, verzichtet sie vollends auf ihre Souveränität. So hat die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) zum Beispiel heute eine völlig andere Bedeutung als das Vertragswerk, dem die Schweiz einst guten Willens zustimmte. Ob die EMRK, so wie sie heute ausgelegt wird, heute vom Volk noch akzeptiert würde, ist zumindest fraglich.

Richter sind, in der Schweiz wie auch anderswo auf der Welt, befugt, Gesetzeslücken zu schliessen und in diesem Sinne auch neues Recht zu schaffen. Sie dürfen dies allerdings nur tun, wenn die Gesetze auslegungsbedürftig sind, und sie haben sich dabei strikte dem Geist des Gesetzes und dem Willen des Gesetzgebers unterzuordnen. Leider ist seit vielen Jahren eine schleichende Tendenz bei den Gerichten zu beobachten, die Gesetze nach eigenem Gusto zu interpretieren und auszulegen. Das angeblich übergeordnete fremde Recht dient dabei als Rechtfertigung und idealer Vorwand.

Valentin Landmann ist Schweizer Rechtsanwalt und Buchautor.

Leuthards Werk und Ringiers Beitrag

SRG, Swisscom und Ringier schaffen unbequeme Tatsachen: Ein staatliches Konglomerat will den Werbemarkt kontrollieren, der SRG den Durchmarsch im Internet ermöglichen und den Datenschatz von Swisscom und Billag zu Geld machen. *Von Florian Schwab*



Ende der Zurückhaltung: SRG-Chef de Weck mit Medienministerin Leuthard.



Doppelspiel: Ringier-CEO Walder.



Testballon: Swisscom-CEO Schaeppi.

Die Ankündigung kam überraschend am vorvergangenen Montag: Das Medienhaus Ringier wolle inskünftig gemeinsam mit der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) und der Swisscom Werberechte vermarkten. Zu diesem Zweck gründen die drei Firmen ein sogenanntes Joint Venture, also eine Tochtergesellschaft, an der sie zu je einem Drittel beteiligt sind. Im Verborgenen hatten sich die Vorbereitungen mindestens über ein halbes Jahr hingezogen. Trotzdem drang während des Abstimmungskampfes zum neuen Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) im vergangenen Frühling kein Sterbenswörtchen an die Öffentlichkeit.

Beunruhigend ist die Grösse

Die Kooperationspläne erwischten die ganze Branche, inklusive Konkurrenten und Verbände, auf dem falschen Fuss. Offenbar fehlte es den meisten an Fantasie, um sich vorzustellen, dass sich das SRG-Imperium und Roger de Weck nach der nur knapp gewonnenen RTVG-Abstimmung postwendend dem weiteren Ausbau ihrer Marktstellung widmen würden. Wie auch an Vorstellungsvermögen dafür, dass sich einer der Ihren – Ringier – bei der ersten sich bietenden Gelegenheit unter einen staatlichen Schuttschirm begeben würde. Von einem Doppelspiel von Ringier-CEO Marc Walder ist die Rede: Dieser habe vormittags im Verband für eine harte Haltung gegenüber der SRG im Abstimmungskampf geworben und dann beim Nachmittagstee mit Roger de Weck an den Details der künftigen Zusammenarbeit gefeilt.

Und dann dies! Die allgemeine Orientierungslosigkeit lässt sich an der Person von Hanspeter Lebrument festmachen, dem Ostschweizer Verlegerkönig und Präsidenten des Verbands Schweizer Medien (VSM oder «Verlegerverband»). Im Nachrichtenportal Persoenlich.com flötete er Stunden nach der Bekanntgabe der Dreier-Allianz, es handle sich um eine gute Nachricht, so komme Bewegung in den Markt, denn die Verlage würden «nicht mehr tatenlos zuschauen, wie sich Google und Facebook in der Schweiz installieren und den hiesigen Werbemarkt abgrasen». Gleichzeitig empfahl er seinem eigenen und anderen Medienhäusern, in dem Gemeinschaftswerk mitzutun: Es sei wichtig, dass die Mitgliedschaft in dem Klub auch anderen Medienunternehmen als nur Ringier offenstehe.

Die Tinte unter Lebruments persönlichem Statement war noch nicht getrocknet, da

knallte es auch schon im Verlegerverband. Ringier wurde mehr oder weniger hinauspediert, Lebrument schimpfte (diesmal in offizieller Funktion als VSM-Präsident) hinterher: Der Verband werde sich gegen das Joint Venture zur Wehr setzen und «alles tun», um «zu verhindern, dass zwei öffentliche Anstalten verstärkt ins Werbegeschäft eingreifen».

Die Widersprüche des Verlegerpräsidenten sind vielsagend: Die Angst der Branche gruppierte sich bis vor kurzem um die amerikanischen Internetgiganten Google und Facebook, deren Anteile am Schweizer Werbemarkt in den letzten Jahren stark gestiegen sind. Jetzt löst das neue Dreier-Konglomerat aus Swisscom, SRG und Ringier wenigstens zeitweise die Feindbilder aus Amerika ab. Wie bedrohlich ist der neue Koloss für die übrigen Medienhäuser? Wie brisant ist das, was sich hier abzeichnet, aus politischer Sicht?

Nach den neuesten Zahlen der Stiftung Werbestatistik Schweiz betrug das Werbevolumen im Schweizer Markt vergangenes Jahr knapp fünf Milliarden Franken (davon geschätzt zirka 720 Millionen im Online-Bereich). Auf heutiger Basis vereinen die drei Unternehmen des Joint Ventures mehr als einen Zehntel des totalen Werbeumsatzes auf sich. Dies betrifft allerdings nur den Gesamtmarkt – bezogen auf einzelne Segmente, kann das Gebilde leicht marktbeherrschend werden. Berücksichtigt man die Umsätze aus der Direktwerbung nicht, so verringert sich das Marktvolumen beispielsweise von fünf auf vier Milliarden und der Anteil des Konglomerats daran steigt entsprechend.

Mehr noch als die schiere Grösse beunruhigt die Gestalt der Dreier-Kombination. In seinem Artikel «Big Deal um Big Data» (*Weltwoche* Nr. 34/2015) hat Kurt W. Zimmermann vor einer Woche dargelegt, dass die Swisscom als fleissige Datensammlerin auf einem Goldschatz, bestehend aus Daten, sitzt. Kein Unternehmen kennt die Gewohnheiten der Schweizer Konsumenten so gut wie der Marktführer auf dem Telekommunikationsmarkt, der sich nach wie vor in staatlichem Mehrheitsbesitz befindet: Bewegungsprofile von Smartphones verraten, wer in welchen Restaurants verkehrt und welche Geschäfte bevorzugt. Bei Informatikdienstleistungen für den Bankenplatz ist die Swisscom ebenfalls einer der wichtigsten Akteure – die Verbindung finanzieller Informationen mit Handydaten ist eher eine Frage des Datenschutzes als der technischen Machbarkeit. Nicht zuletzt ist die Swisscom als Eigentümerin der Billag für die Eintreibung der Radio- und Fernsehgebühren zuständig. Sollte dies auch nach der erneuten Ausschreibung des Auftrags im Jahr 2018 der Fall sein, so stünden ihr für diese Aufgabe erstmals auch die hoheitlichen Daten der Einwohnerbehörden zur Verfügung. So will es das kürzlich angenommene RTVG.

Die Swisscom war bislang sehr zurückhaltend, was die kommerzielle Nutzung von Big

Data betrifft. Öffentlich dachte man höchstens über harmlose Anwendungen wie die Gewährleistung eines besseren Verkehrsflusses nach: Aus Handynetzdaten lassen sich viel bessere Stau-Statistiken generieren als aus den altbackenen Erhebungen des Bundesamts für Strassen. Das Joint Venture im Medienbereich ist nun die erste Gelegenheit, bei der sich der Schatz in bares Geld verwandeln lässt. Wenn dereinst Vegetarier in der Werbung vor der SF-Tagesschau kein Fleisch mehr zu Gesicht bekommen und nur noch Katzenbesitzer mit Whiskas-Werbung traktiert werden, dann dürfte das auch den Bemühungen des Joint Venture zuzuschreiben sein, eine zielgenaue, personalisierte Werbung zu erschaffen. Spätestens bei der Verschmelzung der digitalen und analogen Werbeangebote der drei Unternehmen wird auch das Online-Werbeverbot der SRG Makulatur.

Wie viel lässt der Steuerzahler zu?

Für die Swisscom ist die Kooperation mit Ringier und der SRG ein geschickt lancierter Testballon: Bis zu welchem Punkt kann ein staatseigener Betrieb sein Wissen über die Bürger auf privaten Märkten ausspielen? Wie viel lässt der Bürger-Steuerzahler und damit Swisscom-Eigentümer in der Hinsicht zu? Mit diesen Fragen betritt man Neuland, und es ist sicher scharfsinnig, für dieses Experiment eines der mächtigsten Schweizer Medienhäuser dazuzunehmen.

Mit dem heiklen Vorhaben sprachen Swisscom und SRG ursprünglich zu zweit bei Medienministerin Doris Leuthard (CVP) vor. Offenbar brachte erst die Bundesrätin die beiden Firmen auf die Idee, es sei doch besser, wenn noch ein Privater mitmache. Risikolos ist das Unterfangen für Ringier nicht: Anders als die anderen beiden Teilnehmer des Joint Ventures lagert der Konzern seine wichtigste Finanzquelle an den Bund aus – seinen Lebensnerv.

War die Abstimmung zum RTVG ein Vorgeschmack darauf, was Ringiers Rolle für die Konsumenten der Medienprodukte des Verlags bedeutet? Der *Sonntagsblick* ergriff unter Christine Maier (Ex-SF-Moderatorin) beherzt Partei für das neue Gesetz. *Blick*-Chefredaktor René Lüchinger hielt sich aus der Debatte vor der Abstimmung heraus, liess sich aber vor ein paar Tagen persönlich vernehmen, als das Bundesgericht die ohnehin aussichtslosen Beschwerden gegen das knappe Resultat abgeschmettert hatte: Es handle sich um einen «Sieg der Demokratie», schrieb er etwas pathetisch.

Mehr oder weniger gleichzeitig mit dem Joint Venture kündigt der *Blick* an, Bundesrat Alain Berset werde für eine Woche den *Blick*-Chefredaktor geben. Ringier ist anscheinend dabei, sich aus dem privaten Schweizer Medienmarkt zu verabschieden. Gegen das neue eidgenössische Big-Data-Billag-*Blick*-Radio-Fernsehkonglomerat wirken Google und Facebook relativ unschuldig.

Die Wettbewerbskommission (Weko) ist bereits mit ersten Prüfungen beschäftigt. Man könnte argumentieren, die neue Gemeinschaftsunternehmung von Ringier, Swisscom und SRG würde einen Markt für zielgruppenspezifische Werbung in der Schweiz schaffen und dieses neue Geschäft gleich auch beherrschen. Auch würde die Kombination gebührenfinanzierter Inhalte (SRG) und nicht gebührenfinanzierter Inhalte (Ringier) eine Wettbewerbsverzerrung bewirken, weil undurchsichtige Quersubventionierungen zu fliessen begännen.

Die Erfolgsaussichten eines Weko-Verfahrens sind allerdings ungewiss, und so scheint es wahrscheinlich, dass das Thema am Schluss die Politik beschäftigen wird. In nächster Zeit stehen etliche Vorlagen an, die die angekündigte Zusammenarbeit betreffen könnten: Ende 2015 will der Bundesrat eine Vernehmlassungsvorlage für eine Revision des Fernmeldegesetzes präsentieren – ein möglicher Ansatzpunkt für das Parlament, um der Swisscom das Mitmischen im Medienmarkt zu erschweren. Etwas später steht dann die Revision des Datenschutzgesetzes an. Auch hier könnte die Swisscom diszipliniert werden. Und schliesslich hat Medienministerin Doris Leuthard ja auch noch eine Debatte über den «Service public» in Aussicht gestellt. ○

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)
www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum



Antworttalon

Weltwoche 2015

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
- Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagsüber) E-Mail

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:
VZ VermögensZentrum AG, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich



Vom Krieg weitgehend verschont: Amuda, Syrien.

Ein besseres Leben

Nicht alle syrischen Flüchtlinge fliehen vor Verfolgung. Ferhad Hiso* zum Beispiel, Spross einer mächtigen Dynastie, drückt sich vor dem Dienst bei den Militäreinheiten, die gegen den Islamischen Staat kämpfen. Wir haben seine Familie im Grenzgebiet zum Nordirak besucht. *Von Kurt Pelda*

Am Ortseingang von Amuda stehen riesige Getreidesilos. Wir befinden uns in der fruchtbaren Euphrat-Ebene im äussersten Nordosten Syriens, der Kornkammer des Landes. Amuda ist ein staubiges Nest mit vielen einstöckigen Gebäuden. Abgesehen von den überall aufgehängten Fotos von Märtyrern, die im Kampf gegen die Terroristen des Islamischen Staats (IS) gefallen sind, erinnert hier fast nichts an den Krieg – keine zerbombten Häuser, keine mit Einschusslöchern übersäten Fassaden, keine ausgebrannten Fensterhöhlen. Die Front, an der die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) die Steinzeitislamisten des IS mit Hilfe der amerikanischen Luftwaffe immer weiter in die Euphrat-Ebene zurückdrängen, verläuft nun etwa siebenzig Kilometer südlich.

Das Hauptquartier der kurdischen Polizei im Stadtzentrum ist mit Barrikaden weitläufig abgesperrt, damit Selbstmordattentäter mit ihren

zu fahrenden Bomben umgebauten Autos nicht zu nahe kommen können. Davon abgesehen ist Amuda eine langweilige, aber friedliche Stadt mit rund 50 000 Einwohnern. Die Mehrheit der kurdischen Muslime lebt hier problemlos mit Jesiden und Christen zusammen. Unter den Christen hat es nicht nur Aramäer, sondern auch Nachfahren jener armenischen Flüchtlinge, die vor hundert Jahren aus der Türkei nach Süden flüchteten, vor dem Genozid, den man in der Türkei nicht so nennen darf. Christen und Muslime wohnen in Amuda in denselben Quartieren, in denselben Strassenzügen. Nur ein paar Getreidefelder trennen das Stadtgebiet im Norden vom Todesstreifen an der türkischen Grenze mit ihren Befestigungen, Gräben, Zäunen, Wachtürmen und Minenfeldern.

Diesen Todesstreifen hat Ferhad Hiso*, ein junger Kurde mit schütterem Bartwuchs und Pickeln auf der Wange, vor rund einem Monat

überwunden, zusammen mit Freunden, die sich wie er ein besseres Leben, eine bessere Zukunft wünschen. Um die Schlepper zu bezahlen, musste Ferhads Familie, die mehrheitlich in der Schweiz und zum Teil von Sozialhilfe lebt, viel Geld zusammenkratzen. Die Mutter in Amuda verkaufte ihren gesamten Goldschmuck, so dass der Vater den Schleusern am Schluss die verlangten vier Millionen syrische Pfund (knapp 13 000 Franken) für die Reise bezahlen konnte.

Erst schießen, dann nachschauen

Hauptgrund für Ferhads Flucht war die bevorstehende Einberufung zum Wehrdienst in die YPG. Ferhad ist siebzehn Jahre alt und hätte schon bald ins Ausbildungslager und danach in den Krieg gegen den IS ziehen müssen. Doch das wollen er und seine Familie nicht. Es sei zu gefährlich, meint der Vater und blendet dabei

aus, dass er und seine engsten Angehörigen nur deshalb ein vergleichsweise unbeschwertes Leben führen können, weil die YPG die kurdischen Siedlungsgebiete erfolgreich gegen den IS verteidigen. Profitieren will die Familie Hiso von diesem Schutz, aber nicht dazu beitragen. Wehrdienstverweigerung ist in der Schweiz kein Asylgrund, doch als Minderjähriger hat Ferhad trotzdem gute Chancen auf Aufnahme. Das wissen natürlich auch die Schlepper und der Anwalt der Familie Hiso in St. Gallen.

Das Haus der Hisos befindet sich am nördlichen Stadtrand von Amuda. Es sticht wegen seiner Grösse und der verzierten Säulen aus der Masse der eher einfachen Wohnhäuser heraus. Es hat zwei Stockwerke und überragt damit die Gebäude in der Nachbarschaft deutlich. Auf dem Flachdach, das von einer hüfthohen Mauer umgeben ist, stehen drei metallene Bettgestelle. Die Eltern und Delal, die einzige noch in Amuda verbliebene Tochter, schlafen in der Sommerhitze am liebsten hier oben, wo ein kühlender Luftzug die Hitze etwas erträglicher

Hätte Delal das nötige Kleingeld, würde auch sie sich sofort in die Schweiz schleusen lassen.

macht. Unten im Haus ist es dagegen stickig und brütend heiss, vor allem wenn bei den häufigen Stromausfällen weder Klimaanlage noch Ventilatoren funktionieren.

Vom Dach der Hisos hat man eine gute Sicht auf die Gebirgszüge, die jenseits der türkischen Grenze die Euphrat-Ebene im Norden abschliessen. Auch dort ist die Bevölkerung mehrheitlich kurdisch, und weil Guerilleros der mit den YPG verbündeten kurdischen Arbeiterpartei PKK seit Jahrzehnten über die syrische Grenze in die Türkei einsickern, hat Ankara die von den ehemaligen Kolonialmächten Grossbritannien und Frankreich schnurgerade durch das Flachland gezogene Trennlinie befestigen lassen. Die Wachttürme und Panzer der türkischen Streitkräfte lassen sich vom Hausdach durch das Fernglas gut beobachten. Wehe dem, der sich den Befestigungen ungeben nähert, egal von welcher Seite. Seit die offizielle Türkei und die PKK ihren Waffenstillstand vor kurzem aufgekündigt haben, wird die Grenze noch besser bewacht als vorher. Es vergeht kaum ein Tag, an dem die Grenzsoldaten nicht auf Menschen schiessen. Ob es sich dabei um Flüchtlinge, Schmuggler oder PKK-Kämpfer handelt, wird erst im Nachhinein überprüft, wenn überhaupt. «Zuerst schiessen, dann nachschauen», lautet offenbar das Motto.

Die Hisos gehören zur kleinen wohlhabenden Schicht von Amuda. Ihr Salon, das Prunkstück des Hauses, ist reich verziert. Am schmalen Ende befindet sich eine grosse verglaste Bücherwand. Bei meinem ersten Besuch hing dort noch ein Wimpel der Baath-Partei, des

Machtvehikels von Diktator Baschar al-Assad. Auf meine Frage, ob der Vater vor der Revolution Parteimitglied gewesen sei, erhielt ich eine negative Antwort. Kurden wie er hätten der Partei nicht beitreten dürfen. Doch das entspricht nicht der Wahrheit, denn Kurden, die sich in Assads Syrien einen arabischen Namen geben mussten, konnten sehr wohl in der verhassten Baath-Partei mitmischen.

Als ich das nächste Mal in Amuda auftauchte, hatte jemand den schwarzweissgrünroten Parteiwimpel aus der Bücherwand entfernt. Bleiben durfte dafür das grosse Familienporträt, das die Eltern im Kreis ihrer Kinder zeigt, drei Buben und drei Mädchen. Fünf von ihnen leben inzwischen in der Schweiz, sie haben alle Asyl erhalten, obwohl sie aus einer vom Krieg unversehrten Region kommen und weder politisch noch religiös verfolgt oder sonst irgendwie bedroht waren. Nur Delal lebt noch zu Hause, eine hübsche junge Frau, die die Zeit mit Chats auf ihrem Smartphone totschlägt. Aber für sie ist klar: Hätte sie das nötige Kleingeld, würde auch sie sich sofort in die Schweiz schleusen lassen.

Flucht aus einem sicheren Drittstaat

Ohne Zweifel sind viele Syrer, die via die Türkei oder Libyen als Bootsflüchtlinge nach Europa kommen, echte Kriegsflüchtlinge oder politisch Verfolgte. Doch das trifft offenbar nicht auf alle zu, wie die Geschichte der Familie Hiso belegt. Es wäre darum angebracht, wenn unser Staatssekretariat für Migration (SEM), die oberste Asylbehörde, etwas genauer auf die Herkunft syrischer Migranten und ihre genauen Fluchtumstände achtete und nicht jedem syrischen Flüchtling reflexartig das Bleiberecht einräumte. Denn dass die grosszügige Asylpraxis in Ländern wie der Schweiz, Schweden oder Deutschland – zusammen mit dem hohen Lebensstandard – auf Syrer wie ein Magnet wirkt, konnte ich bisher auf jeder meiner vielen Reisen nach Syrien beobachten. Es verging kein Tag, an dem mich Begleiter oder Bekannte nicht fragten, ob ich ihnen nicht zu einem Aufenthalt in der Schweiz verhelfen könnte. Als Grund gaben sie an, dass sie in Syrien doch keine Zukunft hätten. Doch gerade in den kurdisch dominierten, weitgehend autonomen Kantonen im Norden des Landes stimmt das so nicht. Wenn in Syrien Regionen eine Chance haben, aus dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt auszubrechen, dann sind es genau die drei kurdischen Kantone Cizire, Kobane und Afrin, alle an der türkischen Grenze gelegen und mit Ausnahme von Kobane vom Krieg weitgehend verschont.

In diesem Jahr sind 160 000 Migranten von der Türkei nach Griechenland gereist, die meisten auf dem Seeweg. Bei knapp zwei Dritteln handelte es sich um Syrer, wie das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) verlauten liess. Danach folgen Afghanen und

Die einfachste, schnellste und effizienteste Kundenbindung für Unternehmer

Pazdeal.com

Ab 900 CHF im Jahr (75 CHF p/M)

Mit Pazdeal steigern Sie Ihren Umsatz

nicht nur mit Ihren bestehenden Kunden, sondern gewinnen auch ständig neue dazu. Auf Knopfdruck verschicken Sie Ihre Angebote gleichzeitig über Email, soziale Medien sowie Pushnachrichten, direkt an Ihre Kunden.

- ➔ **Angebotstext eingeben**
- ➔ **Bild dazu hochladen**
- ➔ **Start- und Enddatum eingeben**

senden 

Verlangen Sie jetzt eine unverbindliche Beratung und Offerte über kontakt@diemarktpartner.ch oder registrieren Sie sich für ein **unverbindliches Probeabo** bei www.pazdeal.com

Laden Sie sich kostenlos Ihre Pazdeal App für iOS und Android auf Ihr Smartphone.



Exklusiv Vertrieb über:



DIE MARKTPARTNER

Die Marktpartner – Bastianelli & Stutzmann,
8912 Obfelden
www.diemarktpartner.ch

Iraker. Allerdings beantragen nur 8 Prozent in Griechenland Asyl, obwohl sie dort sicher wären. Bei den Syrern sind es sogar nur 4 Prozent. Das ist ein Hinweis darauf, dass die Motive für die Weiterreise wirtschaftlicher Natur sind.

Das UNHCR führte auch eine Umfrage unter den syrischen Ankömmlingen in Griechenland durch. Die Ergebnisse haben es in sich: 60 Prozent der Syrer gaben an, vor ihrer Reise nach Griechenland eine Zeitlang in der Türkei gelebt zu haben, also in einem sicheren Drittstaat. Als Grund, weshalb sie der Türkei den Rücken kehrten, gab eine Mehrheit Arbeitslosigkeit und Mangel an finanzieller Unterstützung an. Auch hier dominieren also wirtschaftliche Gründe, weshalb die Syrer die sichere Türkei,

die zwei Millionen Menschen aufgenommen hat und ihnen unter anderem kostenlose Spitalaufenthalte gewährt, am Ende verlassen, um in Europa ein besseres Leben zu suchen. Diese

Die Reise ging zügig vonstatten, von Amuda bis zur Schweizer Grenze vergingen drei Wochen.

Entscheidung – so verständlich sie auch ist – hat nichts mit Asylgründen wie Bedrohung durch Krieg oder politischer Verfolgung zu tun.

Ferhad, der jüngste Sohn der Familie Hiso, sitzt auf dem Sofa im Wohnzimmer seiner Schwester Cihan. Die Dreizimmerwohnung, von der Sozialhilfe bezahlt, befindet sich im

obersten Stock eines Mietshauses, etwa fünf Gehminuten vom Bahnhof St. Gallen entfernt. Neben Ferhad und Cihan leben noch zwei weitere Geschwister hier. Der fünfte Spross der Familie wohnt und studiert in Basel. Weil Cihan am besten Deutsch kann, übersetzt die zierliche Frau, was der von der Reise traumatisierte Ferhad zu erzählen hat. Als Erstes weist sie ihn auf Kurdisch an, dass er sein Alter mit sechzehn angeben soll. Das tut Ferhad auch, obwohl er in Wirklichkeit ein Jahr älter ist.

Am helllichten Tag durch den Todesstreifen

«Mein Problem in Syrien war, dass mein Vater ein Politiker und gegen das Assad-Regime eingestellt war», sagt Ferhad. Das Regime – und nicht etwa die kurdischen YPG – habe ihn zum Wehrdienst einziehen wollen. Deshalb habe ihn sein Vater angewiesen, sich in der Schweiz in Sicherheit zu bringen. Die Realität sieht anders aus: Das Regime hat in Amuda gar keine Macht, die Stadt befindet sich vollkommen unter Kontrolle der kurdischen YPG. Nur wenn Ferhad Regionen aufgesucht hätte, die von Assads Truppen kontrolliert werden, hätte ihm der zwangsweise Einzug in die syrische Armee gedroht. Doch davon erzählen weder er noch seine Schwester etwas – mit gutem Grund.

Weil die Schlepper die türkischen Grenzsoldaten bestochen hatten, konnte Ferhads Gruppe den Todesstreifen am helllichten Tag durchqueren. Mit dem Auto wurden die Syrer zur türkischen Mittelmeerküste gebracht. An den Namen der griechischen Insel, auf die sie alleine mit dem Schlauchboot fuhren, erinnert sich Ferhad nicht, aber daran, dass das Boot nach ihnen gesunken und alle Insassen umgekommen seien. Das viele Geld, das sein Vater den Schleusern gegeben hatte, war gut angelegt. Die Reise ging relativ zügig vonstatten, von Amuda bis zur Schweizer Grenze vergingen nur drei Wochen. Ausserdem konnten die Schlepper auf dem Balkan etwas Arabisch. Nur wenn es um Grenzübertritte ging, machten sie sich jeweils rechtzeitig aus dem Staub. Sie gaben den Migranten Anweisungen, und dann mussten diese in Gruppen und zu Fuss durchs Niemandsland. Auf der anderen Seite warteten jeweils andere Menschenschmuggler mit Fahrzeugen.

«Am schlimmsten war es an der Grenze zwischen Mazedonien und Serbien», erzählt Ferhad. «Dort sahen wir mehrere Leichen von Flüchtlingen, mit aufgeschlitzten Bäuchen. Einige waren Schwarze, bei anderen waren die Gesichter so verunstaltet, dass ich sie nicht erkennen konnte.» Die Schlepper hatten die Migranten zuvor vor Banden gewarnt, die das Niemandsland unsicher machten.

* Einige Namen und Ortsnamen wurden zum Schutz der betroffenen Personen geändert.

Die öffentliche Debatte an der Uni Zürich Von der Philosophie in die Politik: Zwei Wege, zwei Welten, ein Gespräch



Roger Köppel
Verleger, Chefredaktor
DIE WELTWOCHEN,
Nationalratskandidat SVP



Balthasar Glättli
Nationalrat,
Fraktionspräsident
GRÜNE



Dienstag, 1. September 2015, 19.30 Uhr

Universität Zürich, Karl-Schmid-Strasse 4,
Hörsaal K02-F2180

Dieser Anlass steht unter dem Patronat des

Verband der Studierenden
der Universität Zürich **VSUZH**

Anschliessend Apéro

Mächtiger Magnet

Nicht die Migranten sind das Problem, sondern Deutschland: Kein anderer Staat öffnet Herzen und Kassen grosszügiger für illegale Zuwanderer – und erzeugt damit den Sog, der Europa ins Chaos stürzt. *Von Wolfgang Koydl*

Sie kommen aus der halben Welt, aus Afghanistan, Nigeria, Somalia und Serbien. Aber die meisten kennen nur ein Ziel: *Almanija, Germania*, Deutschland. Auf dem Wiener Westbahnhof kaufen sie sich, wie *Spiegel* online berichtete, der Einfachheit halber ein Billett nach «Germany, please».

Europa als Sehnsuchtsort der Migranten? Das glaubt kaum jemand mehr. Machtvoller Magnet ist der Staat in Europas Mitte: Deutschland, es folgen Österreich, Schweden und die Schweiz. Doch allmählich spricht sich herum, dass die Schweizer recht flott ausschaffen, österreichische Lager nicht viel besser sind als jene in Kos und sich auch in Schweden der Wind dreht: Würde dort gewählt, wären die ausländerkritischen «Schwedendemokraten» stärkste politische Kraft.

Nur Deutschland ist wegen der schieren Grösse imstande, diesen Sog zu erzeugen. Kein Flüchtling will in Griechenland bleiben, in Italien, Spanien oder Ungarn. Auch wer es nach Frankreich geschafft hat, will weg: nach Grossbritannien. Doch die Zahl der blinden Passagiere, die durch den Eurotunnel auf die Insel wollen, verblasst vor den Massen, die in der Bundesrepublik einfallen.

Mehr als 800 000 Asylsuchende erwartet man bis Ende dieses Jahres; 43 Prozent aller in der EU gestellten Asylanträge werden in der Bundesrepublik angenommen. Unter der Hand geht man davon aus, dass eine Million Menschen kommen werden.

Total unrealistisch schwingt die Hoffnung mit, dass es im Dezember ein Ende haben werde mit dem Zustrom. Purer Selbstbetrug – natürlich wird es nach dem 1. Januar 2016 weitergehen, mit Hunderttausenden, ja Millionen von Migranten.

150 Euro Taschengeld

Warum auch nicht? Kein anderer Staat Europas breitet Arme, Herzen und Kassen weiter aus als Deutschland. Hier backen Freiwillige Kuchen und geben Sprachunterricht, hier kriegen Flüchtlinge Freikarten für Fussball und Konzert, hier rühmt sich Tübingens Bürgermeister, dass er seine Ferien für die Migranten opfert. Nur hier verwenden Politik und Medien ausschliesslich den irreführenden Begriff «Flüchtlinge» für illegale Einwanderer. Hier erhält jeder Ankömmling vom ersten Tag an aus

Steuergeldern knapp 150 Euro Taschengeld pro Person und Monat – und damit leicht die Hälfte eines balkanischen Durchschnittslohnes. Seit Einführung dieses Zustupfs hat sich die Zahl der Asylanträge verzehnfacht. Gute Nachrichten sprechen sich schnell herum.

Berlin klagt, dass sich die anderen EU-Mitglieder nicht an die Regeln des Dublin-Verfahrens halten. Aber auch Deutschland hat sie ausgehebelt. Nach Italien, Griechenland und neuerdings nach Ungarn darf kein Asylant mehr zurückgeschickt werden, auch wenn er dort registriert wurde – weil die Zustände dort unzumutbar seien. Entsprechend ungehemmt winkt der Süden alle nach Norden durch.

Ungarn hat 60 000 Flüchtlinge registriert und 73 behalten. Frankreich hat seit Januar läppische 20 000 Asylbewerber aufgenommen. Spanien hat seine Grenzzäune in den Exklaven

ge, Bundeswehrmaschinen sollten Flüchtlinge doch gleich aus Lagern an der türkisch-syrischen Grenze holen und nach Deutschland fliegen. Damit erspare man den Menschen und den Transitländern viel Mühe, Not und Elend.

Von den anderen wird Deutschland als Problem gesehen, nicht als Teil der Lösung.

Noch hält der gesellschaftliche Konsens in Deutschland, gemäss dem man eine Verantwortung gegenüber den Flüchtigen habe. In Umfragen bekräftigen 60 Prozent, dass man den Ansturm verkraften könne. Immerhin 37 Prozent glauben das nicht. Sie werden ignoriert, dabei sind das so viele Menschen, wie derzeit SPD und Grünen ihre Stimme geben würden.



Abschied vom Verstand: Caritas-Demonstration in Berlin, 2013.

Ceuta und Melilla unüberwindbar gemacht. Mit Marokko wurde ein Kooperationsabkommen, mit Senegal, Nigeria und Mauretanien wurden Rückführungsvereinbarungen geschlossen. Osteuropäer schotten sich völlig ab oder wollen, wenn überhaupt, nur Christen aufnehmen. Ein Versprecher der slowakischen Regierung deckte dieses Prinzip zufällig auf.

Jeder schützt sich, wie er kann, doch Deutschland hält Tür und Tor weit offen – teils aus einer blauäugigen Solidarität heraus, teils aus schlechtem Gewissen wegen der historischen Schuld. Eine «gerechte» Verteilung der Migranten auf alle Mitgliedsstaaten der Union, wie sie deutsche Politiker gebetsmühlenartig fordern, kann man unter diesen Umständen vergessen. Von den anderen wird Deutschland als Problem gesehen, nicht als Teil der Lösung. In Osteuropa kursieren sarkastische Vorschlä-

Rede-, Sprech- und Denkverbote

Aufrechterhalten wird der Konsens durch Rede-, Sprech- und Denkverbote. Zu Fernsehbildern einer Demonstration gegen ein Asylantenheim im sächsischen Ort Heidenau, auf denen Rentner, Mütter mit Kinderwagen und andere Durchschnittsbürger zu sehen sind, heisst es aus dem Off, dass hier der «rechte Mob» marschiert. Berechtigte und beklommene Fragen, wie sich die grosse Zahl schwerintegrierbarer Ausländer auf den sozialen Frieden auswirken möge, werden nicht zugelassen oder als rechtsradikal

verunglimpft.

Die Frage wird sich freilich schon recht bald stellen, wenn dieser aussergewöhnlich lange, heisse Sommer zu Ende geht: Sobald der Sommer vorbei ist, brauchen die Schulen die Sporthallen, in denen jetzt Asylanten schlafen. Sobald die Nächte kälter werden und die Herbststürme einsetzen, sind die Zeltstädte, in denen Migranten hausen, keine Option mehr. Was geschieht, wenn man Fremden Sozialwohnungen zuteilt – vorbei an der Warteschlange anspruchsberechtigter Deutscher?

Die Deutschen neigen dazu, in der heissen Jahreszeit Abschied von ihrem Verstand zu nehmen und in romantischen Sommermärchen zu schwelgen. Mal ist es Fussball, mal ist es Flüchtlingshilfe. Die Erfahrung lehrt, dass der darauffolgende Herbst oft heisser wird als der Traumsommer. ○

«Ich kann nicht in ihren Kopf schauen»

Marine Le Pen hat ihren Vater aus dem Front national geworfen. Bruno Gollnisch, Jean-Marie Le Pens engster Weggefährte, spricht im Interview über den Familienputsch gegen den Parteigründer.

Von Eva Michels



«Symbol für den Kampf um den Erhalt einer Zivilisation»: Jean-Marie und Marine Le Pen.

Herr Gollnisch, können Sie die aktuelle Situation des Front national schildern, wie sie sich Ihnen darstellt?

Der brutale Parteiausschluss von Jean-Marie Le Pen sorgt selbstverständlich für Aufruhr – sowohl bei vielen alten Parteimitgliedern, die mit ihm zusammen gekämpft haben, als auch bei einer gewissen Anzahl von jüngeren. Diese Auseinandersetzung ist noch nicht beendet, da Jean-Marie gerichtlich gegen den Parteiausschluss vorgehen wird. Ich persönlich glaube, dass der Kampf vor Gericht nur eine aufschiebende Wirkung haben, aber die politische Situation als solche nicht ändern wird. Marine Le Pen kontrolliert in der gegenwärtigen politischen Situation alle Schalthebel der Macht. Ich denke, dass das Geschehene langfristig die Solidarität zwischen den Mitgliedern des Front national schwächen und eine Reihe von persönlichen und politischen Problemen aufwerfen wird.

Ich möchte noch einmal auf den Ausgangspunkt des Streits zurückkommen, die Aussage, dass «die Gaskammern nur ein Detail der Geschichte sind». Diese Aussage Jean-Marie Le Pens ist nicht neu. Umso erstaunlicher ist das Verhalten der Führungsriege des Front national. Allen war Le Pens Position bekannt, dennoch sind sie der Partei beigetreten. Was sagt Ihnen das? Ein Komplott?

Der Skandal um die Gaskammern geht auf Jean-Jacques Bourdin vom französischen Radiosender RMC zurück, der Jean-Marie Le Pen fragte, weshalb er vor dreissig Jahren gesagt habe: «Die Gaskammern sind ein Detail der Geschichte [des Zweiten Weltkrieges, ausser wenn man annimmt, dass der Krieg ein Detail der Gaskammern ist].» Le Pen antwortete darauf, wie er es schon hundertmal getan hat, dass er es geglaubt habe und noch immer glaube. In jedem Fall war dies keine neue Aussage. Als Marine Le Pen die Nachfolge ihres Vaters antrat, nahm sie auch sein gesamtes politisches Erbe an. Wenn sie ihn

heute wegen dieser Aussage aus der Partei ausschliesst, ist das erstaunlich, um nicht zu sagen schockierend. Sie wendet sich gegen denjenigen, dem sie sehr viel oder sogar alles verdankt. Das Bedauernde an dieser ganzen Geschichte ist die Reaktion der Führung des Front national. Sie hätte auf die Pressemeldungen nur antworten müssen, dass das Interview keine Neuigkeiten enthalte und dass Jean-Marie Le Pen in seinem Alter wohl kaum noch seine Meinung ändern werde, und schon hätte sich die Sache von selbst erledigt. Da sich die Leitung von Jean-Marie Le Pen distanzierte und die Aussagen als nicht mit der Linie des Front national vereinbar ansah, nahm die Sache ihren Lauf.

Was ist der wirkliche Grund des Kampfes gegen Jean-Marie Le Pen?

Ich würde es gerne wissen! Man kann wirklich von einem erbitterten Kampf sprechen, denn die ergriffenen Massnahmen stehen in keinem Verhältnis zum wirklichen Prob-

lem. Nach dem Urteil des Politikbüros folgte eine Suspendierung durch das Exekutivbüro, dann eine seltsame Vorladung über den Postweg zu einem Kongress, auf dem der Titel des Ehrenpräsidenten abgeschafft werden sollte. Alle diese Operationen sind teuer, stark mediatisiert und illegal. Die Justiz hat Jean-Marie Le Pen dreimal recht gegeben, gegen das Exekutivbüro. Angesichts dieser Lage hätte man diskutieren sollen. Jean-Marie Le Pen war durchaus zu dem Kompromiss bereit, offiziell anzuerkennen, dass seine Aussagen nur seine persönliche Meinung darstellten und in keinsten Weise den Front national als Partei binden würden.

Kann man daraus schliessen, dass sich hinter dem Kampf gegen Jean-Marie Le Pen ein ideologischer Krieg innerhalb des Front national verbirgt?

Das ist möglich. Man behauptet, dass die Aussagen von Jean-Marie Le Pen der Parteilinie widersprechen, doch was ist die politische Parteilinie? Sie ist nicht formuliert worden. Man muss sie erraten. Das Parteiprogramm ist seit zehn Jahren nicht überarbeitet worden. Jean-Marie Le Pen hat seine gesamte politische Karriere der Versöhnung der Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg, dem Algerienkrieg, dem Gaullismus unter dem Banner des Patriotismus gewidmet. Es scheint, dass diese Linie nicht mehr konform ist mit dem Parteiprogramm und dass man unbedingt Gaullist oder Sozialist sein muss. Dieser Punkt muss offen diskutiert werden. Dann kann jeder daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen. Gegenwärtig werden die Probleme nicht ausgesprochen. Einerseits behauptet man, nach wie vor zu den traditionellen Werten des Front national zu stehen, nichts habe sich an der Doktrin geändert, andererseits wird der Gründer der Partei sanktioniert, weil seine Haltung die Parteidoktrin verletzt.

Ist damit zu rechnen, dass die alten Parteimitglieder einer Säuberungsaktion zum Opfer fallen werden?

Viele alte Parteimitglieder haben den Front national schon nach der Wahl Marine Le Pens zur Vorsitzenden verlassen, weil sie ihr misstrauten oder nicht damit einverstanden waren, dass Jean-Marie seine Tochter unterstützte [gegen Bruno Gollnisch, Anm. d. Red.]. Bei der Erstellung der Wahllisten werden langjährige Parteimitglieder, die die Werte des Front national verteidigen oder die für die traditionelle Familie und das Lebensrecht von Ungeborenen eintreten, seit einiger Zeit benachteiligt. Man hat das Gefühl, dass denen misstraut wird, die seit langem dabei sind.

Glauben Sie, dass Marine Le Pen aus eigenem Antrieb handelt, oder steht sie unter

Bruno Gollnisch

Bruno Gollnisch (geb. 1950) ist langjähriger Europa-Abgeordneter des Front national (FN). 2002 sorgte er bei den Präsidentschaftswahlen als Wahlkampfleiter von Jean-Marie Le Pen für eine Sensation, denn Le Pen qualifizierte sich für die zweite, entscheidende Runde. Bis zu seinem Rücktritt als Parteivorsitzender 2010 galt Gollnisch als Nummer zwei des Front national und potenzieller Le-Pen-Nachfolger. Im parteiinternen Wahlkampf um die Parteipräsidentschaft 2011 sprach sich Le Pen allerdings für seine Tochter Marine aus. Marine erhielt bei der Mitgliederabstimmung fast 68 Prozent der Stimmen. Unter ihrer Präsidentschaft verlor Gollnisch an Einfluss. Jean-Marie Le Pen ist er trotz dessen Affront gegen ihn in grosser Treue verbunden geblieben. Aus Protest gegen die Behandlung Le Pens durch die Parteiführung ist er im EU-Parlament nicht der von Marine Le Pen neugegründeten «Bewegung für ein Europa der Nationen und Freiheit» beigetreten. Gollnisch war Professor für ostasiatische Sprachen, vor allem für Japanisch, an einer Universität in Lyon.

dem Einfluss von anderen Personen, allen voran Florian Philippots, des stellvertretenden Vorsitzenden des Front national?

Ich glaube nicht, dass Marine Le Pen eine Frau ist, die unter fremdem Einfluss steht, sondern eine, die tut, was sie will. Wenn sie unter dem Einfluss von Florian Philippot steht, dann ist das so, weil sie das will. Jean-Marie Le Pen glaubt allerdings, dass sie von ihm beeinflusst wird. Es gibt auch noch andere als Florian Philippot innerhalb des Front national, die einen gewissen Einfluss haben. Entspräche Florian Philippots Einstellung nicht ihrer, wäre Marine Le Pen meiner Meinung nach durchaus in der Lage, seinen Einfluss zurückzudrängen.

Hat Marine Le Pen im Lauf der Jahre wirklich ihre Einstellung geändert, oder



«*Erbitterter Kampf*»: Bruno Gollnisch.

muss man das Abdriften nach links in Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen als Teil einer Strategie zur Machtergreifung sehen?

Ich kann nicht in den Kopf von Marine Le Pen hineinschauen. Vor einigen Jahren äusserte sie keine ihrer heutigen Anschauungen. Im Gegenteil, sie schien Garantin für das Fortleben der Ideen ihres Vaters zu sein. Hätte sie sich vor ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden so klar, wie sie es heute tut, von ihrem Vater distanziert, wäre sie niemals gewählt worden.

Was wird aus dem Front national werden ohne seine Geschichte? Eine Art Syriza à la française oder eine Art national-sozialistische Partei?

Es ist zu befürchten, dass der Front national zu einer Art jakobinischen Partei wird. Zweifelsohne national, nationalistisch, souveränistisch. Ich denke, dass ihm die körperliche und geistige Dimension fehlen wird, die er unter Jean-Marie Le Pen hatte. Ich befürchte, dass er zu einer Partei wird, in der Wahlstrategien vor Überzeugungen gehen.

Glauben Sie, dass der Front national dauerhaft überleben wird ohne Wurzeln? Unter Jean-Marie Le Pen bestand eine Kontinuität zwischen der Parteilinie und der jüdisch-christlichen Zivilisation. Unter Marine Le Pen ist alles unscharf.

Es erscheint mir sehr schwerwiegend, das Symbol Jean-Marie Le Pen unterdrücken zu wollen. Er ist ein Symbol für den Kampf um den Erhalt einer Zivilisation. Seine histori-

«Ich glaube nicht, dass Marine Le Pen eine Frau ist, die unter fremdem Einfluss steht.»

schen, kulturellen und philosophischen Bezugnahmen waren sehr zahlreich. Im heutigen Front national findet man sie so gut wie gar nicht mehr.

Was wird Jean-Marie Le Pen tun?

Ich kann es Ihnen noch nicht sagen. Er denkt noch nach. Er wird vor Gericht gehen, um den Parteiausschluss annullieren zu lassen, aber darüber hinaus kann ich noch nichts sagen.

Ist es denkbar, dass es zu einer Annäherung zwischen der Droite populaire, dem rechtskonservativen Flügel der Republikaner, und Jean-Marie Le Pen kommt?

Ich glaube, dass die Droite populaire vor allem als eine Art Damm gegen den Front national dienen will. Nach ihren eigenen Worten sehen sie sich als solchen. Was ich weiss, ist, dass sich die Republikaner um Nicolas Sarkozy sammeln, der eine rechte Rhetorik pflegt, und es gibt viele, die niemals für den Front national stimmen würden. ○

Mut zur Leidenschaft

Männer seien heute nicht mehr bereit, um Frauen zu kämpfen, beklagt die israelische Soziologin Eva Illouz. Offensives Begehren sei eigentlich vernünftig. Zu Besuch bei einer der bekanntesten Paarforscherinnen der Welt. Von Sarah Pines

«Zeig mir denjenigen, den seine Leidenschaft nicht zum Sklaven macht», spricht Hamlet in Shakespeares gleichnamigem Theaterstück (erschienen ca. 1599). Hamlet, Romeo und Julia, der junge Werther, Tristan und Isolde, Orpheus und Eurydike, Madame Bovary – die Literatur lebt von Figuren der Leidenschaft und tragischen Liebe. Wie viel Leidenschaft durchdringt die Gegenwart? Ist sie hier bloss Peinlichkeit, ein wie ein billiges Kerzendinner umgesetzter Literaturkitsch oder reale, wichtige Empfindung? Leidenschaft, leidenschaftliche Liebe, existiere natürlich, sagt die Soziologin Eva Illouz, sie sei aber ein aussterbendes Gefühl. Obwohl sie meist mit Vernunftlosigkeit gleichgesetzt und gerne bekämpft werde, sei sie, wenn man sie richtig verstehe, bewahrenswert: eine klare, zielgerichtete, sensible Emotion voller kristallener Logik.

Konzentrierter Tunnelblick

Eva Illouz erklärt: Die modernen Kommunikationsformen liessen unzählige Menschenströme ständig miteinander in Kontakt stehen. Da wäre es unerträglich, wenn alle ständig zeigten, wie sie wirklich fühlen. Wir hätten vielmehr gelernt, starke Emotionen wie Wut, Eifersucht oder eben Leidenschaft in Zaum zu halten. Durch freieren Sex und häufiger als früher wechselnde Sexualpartner fühlten wir ausserdem zu oft ähnliche Formen der Zuneigung oder Liebe, so dass wir abgestumpfter, unsicherer und beschämter seien, wenn es um grosse Gefühle wie etwa Leidenschaft gehe.

Die 1961 in Fez, Marokko, geborene Eva Illouz lebte lange in Paris. Heute ist sie Soziologieprofessorin an der Hebräischen Universität in Jerusalem und schreibt regelmässig für die israelische Tageszeitung *Haaretz*. Bekannt wurde sie durch Bücher wie «Der Konsum der Romantik» (2003) und «Warum Liebe weh tut» (2011), welche die Auswirkungen von Kapitalismus und Konsum auf das Gefühlsleben, die Liebe, auf Vorstellungen von Glück, Romantik und Intimität untersuchen. Was versteht Illouz aber unter Leidenschaft?

Wir sitzen in ihrem Wohnzimmer in einem üppigen und ruhigen Stadtteil im Westen Jerusalems. Es riecht nach Zimt, das Licht ist hell, aber nicht so hell wie draussen in der Julihitze. Ein paar pinke Bougainvilleablüten flimmern aus dem Garten hinein, Bilder säumen die hohen Wände. Ihre ersten Worte verwehen leise vor dem Rauschen des Ventilators: «Wenn wir von Leidenschaft sprechen, dann meinen wir

einen unwiderstehlichen und irrationalen Drang, auf eine bestimmte Weise zu handeln, ein überwältigendes, obskures Gefühl, das von Körper und Geist Besitz ergreift. Wir unterscheiden die Leidenschaft von einer kalkulierten, analytischen Denkweise.» Wenn Hamlet Menschen als willenlose Sklaven der Leidenschaft bezeichne, geschehe dies unter der Annahme, dass Leidenschaft einen Gegensatz zur Vernunft bilde, doch sehe sie das anders. «Stellen wir uns einen Mann vor, der sich schon lange mit Frauen verabredet», fährt sie so leise, als

«An einer Person hängenzubleiben, ist keine gute Idee für die eigene Männlichkeit.»

würde sie Perlen auf eine Schnur ziehen fort, «ohne dass irgendeine ihn wirklich interessiert. Dann trifft er eine reiche, schöne, junge Erbin mit guter Ausbildung. Schnell wird er verarbeitet haben, warum diese Frau begehrenswerter als andere ist; er wird, und das ist nicht wirklich überraschend, sich ganz und gar ihrer Eroberung widmen – er wird Leidenschaft für sie empfinden.» Leidenschaft sei also nicht unvernünftig, sondern eine an den eigenen Bedürfnissen ausgerichtete, analytisch-klare Denkweise, die fähig sei, viele verschiedene Informationen schnell und akkurat zu verarbeiten. Leidenschaft könne man auch als einen konzentrierten Tunnelblick beschreiben, der sich intensiv auf das Objekt der Begierde – eine Person, aber möglicherweise auch ein Ding oder eine Beschäftigung – richtet.

«Ich liebe das, was ich nicht sehe»

Man könne es auch anders ausdrücken, holt Illouz aus, als sie kurz den Ventilator abstellt: Leidenschaft sei eine Verengung der Perspektive auf etwas Seltenes, etwas, das nicht oder kaum zur Verfügung stehe, eben die reiche Erbin – einst war es die adelige Dame der Troubadours. Tatsächlich haben die mittelalterlichen Troubadours im 12. Jahrhundert mit der «amor de lonh», der Liebe aus der Ferne, einen Massstab für die Leidenschaft in der westlichen Welt gelegt. «Ich liebe das, was ich nicht sehe», sinnierte der französische Dichter und Kreuzritter Jaufré Rudel zur Zeit des zweiten Kreuzzuges. In Akko, einer Kreuzfahrerstadt in Israel, verliebte er sich in die ferne Gräfin von Tripolis, verglich sie in seinen Gedichten mit all dem, was er vom Leben in Frankreich vermisste:

zarte Landschaften, milde Maitage und Weissdornbüsche. Er sollte sie aber erst an seinem Sterbebett persönlich treffen. Die Troubadours sangen von der unerfüllten Liebe zu verheirateten, adeligen Damen. Voraussetzung für ihre Leidenschaft war also, so Illouz, der «Mangel oder die Verknappung; das Gefühl, das Objekt der Begierde – zum Beispiel die adelige Dame – sei in der Welt selten, einzigartig und schwer zu finden».

Dies sei nach wie vor so, sagt Illouz, nur sei Leidenschaft inzwischen schwierig geworden. Warum? Nun, jemandem «den Hof zu machen» bedeute ja, um jemanden, der einzigartig ist, zu werben, der sich zunächst verweigern werde. Das «Nein» des Abgewiesenwerdens sei immer Bedingung für Leidenschaft gewesen. In unserer Konsumgesellschaft seien die Menschen aber am schnellen Erfolg interessiert, empfänden Zurückweisungen als würdelos, ja peinlich. Das liege am Überfluss: «Wir leben inmitten einer Fülle toller Menschen, potenzieller Sexualpartner», so Eva Illouz.

Unerreichbares verliert an Reiz

Schlicht in Schwarz gekleidet auf ihrem hellen Sofa sitzend, erinnert Illouz an das «Porträt der Madame Reynouard» (1916) des italienischen Malers Modigliani. «Viele gehen auf gute Unis, trainieren ihren Körper, man kann fast alles kaufen, was einen gut aussehen lässt, wie Kleider oder Kosmetik – jemanden als einzigartig wahrzunehmen oder als einzigartig wahrgenommen zu werden, ist sehr schwierig geworden.» Wenn sie zum Beispiel einen tollen Typen treffe, Harvard-Absolvent, gutaussehend, aus reicher Familie, toller Liebhaber, fantastischer Koch, der sie dann verlasse, so sei die Wahrscheinlichkeit, bald einen anderen tollen Typen zu treffen, gross. Menschen, Sex, Kunst, Wissen oder andere Dinge seien nicht nur leichter verfügbar als je zuvor, sondern auch weniger einzigartig; die leidenschaftliche Hingabe an etwas Unerreichbares verliere mehr und mehr an Reiz.

Vor allem für Männer galt die komplizierte Eroberung einst als grösster Beweis für wahre Männlichkeit, erklärt Illouz. Doch daran hätten Männer das Interesse verloren, der Verführer habe den Eroberer abgelöst, die Anhäufung vieler sexueller Erfahrungen sei wichtiger. Figuren wie der unglücklich verliebt ausharrende Werther, die wartenden Troubadours, kurz, jene Männer, die auf die erste, einzige, manchmal letzte Liebe wartete – «diese Art der



Komplizierte Eroberung: Soziologin Illouz.

Männlichkeit existiert nicht mehr», sagt Illouz mit Nachdruck. «Männlichkeit definiert sich heute über sexuelle Macht und Potenz, Zahlen sind wichtig, an einer Person hängenzubleiben, ist keine gute Idee für die eigene Männlichkeit.»

Wo gebe es denn aber noch Leidenschaft? Immerhin hat sie ihre Attraktion nicht verloren, «Fifty Shades of Grey» (2011) ist ein Kassenschlager. Ist der Sadomasochismus, der im Buch beschrieben wird, vielleicht eine moderne Form der Leidenschaft? Illouz zögert. Eigentlich nicht, denn in «Fifty Shades of Grey» gehe es doch sehr brav und kontrolliert zu – zu sehr Mainstream. Ana, die Hauptdarstellerin, lerne ja selbst beim Sex, was es heisst, Geld zu verdienen – Illouz schüttelt leicht den Kopf, rührt in ihrer Kaffeetasse. Doch eigentlich gehe es beim Sadomasochismus ja um «Kontrollverlust über das eigene Ich, die Auflösung der eigenen Grenzen». Leidenschaft wirke zwar ähnlich wie Sadomasochismus, aber nicht bloss für eine begrenzte Zeit. Sie erfordere komplette Hingabe: «Sogar wenn etwas völlig hoffnungslos erscheint, kann das Ich Leidenschaft empfinden, das eigene Wohlergehen ausser Acht lassen, selbstlos werden, dabei ganz eingenommen vom eigenen Exzess, von der Besessenheit von jemandem oder etwas anderem, manchmal bis hin zur Selbstzerstörung.» So gesehen sei die Leidenschaft fast selbstaufopfernd.

Eine Art Zeitlosigkeit

Warum verbinden wir stets die Liebesaffäre, mehr noch als die Ehe, mit dem grossen Gefühl der Leidenschaft? Inzwischen sitzen wir in der Küche am Tisch. Sie habe ja bereits erklärt, so Eva Illouz, dass Leidenschaft selten geworden sei, weil es kaum noch Verbote gebe, Menschen und Dinge im Überfluss zur Verfügung stünden. Wenn man leidenschaftlich liebe, dann oft entgegen der sozialen Ordnung. Leidenschaft brauche das Verbot. Sie überlegt einen Moment. Monogamie, Loyalität, Treue: Ein verheiratetes Paar trage Verantwortung, gegenüber den Kindern, der Arbeit, den Werten der Gesellschaft... Eine leidenschaftliche Affäre aber finde ausserhalb der Institutionen statt, ist frei von Pflichten, Bindungen, Aufgaben. So erscheine es zumindest. Leidenschaft also als Weltabkehr, als eine Form der Einsamkeit? Eva Illouz: «Auf eine Art, ja.» Ein leidenschaftliches Paar wirke zutiefst regressiv, nicht sozial, als habe es sich zurückgezogen von der Gesellschaft, exzessiv, absorbiert, fokussiert auf das eigene Begehren, es lebe in einer Art Zeitlosigkeit, einer intensiven Gegenwart, sei fast vergesslich gegenüber Vergangenheit und Zukunft. Oft vergeblich, manchmal entwürdigend, vielleicht auch kurzlebiger als die Liebe, erfordert Leidenschaft aber doch Mut – sie ist geradlinig und voll.

Männer, die nicht Väter werden wollen

Das Parlament hat beschlossen, dass ledige Väter künftig auch für den Unterhalt der Kindesmutter aufkommen müssen. Daniel W.* zog daraus die Konsequenzen: Er liess sich unterbinden. Der Anteil kinderloser Frauen in der Schweiz wächst rasant. *Von Peter Keller*

Am Tag danach griff Daniel W.* zum Telefon und rief im Regionalspital an. Er hatte gerade in *20 Minuten* gelesen, dass ledige Väter künftig auch für ihre Ex-Freundin zahlen müssen. Nicht nur für das Kind aufkommen, sondern auch für den Unterhalt der Frau? «Hier war für mich der Punkt gekommen: «Jetzt ist fertig.»» Daniel suchte die Nummer des Spitals heraus und meldete sich für eine Unterbindung an. Die Dame am Apparat versuchte noch, ihm ein Beratungsgespräch nahezu legen. Er lehnte dankend ab. Kurz darauf bekam er einen Termin für den Eingriff zugeteilt: der 4. Juli 2014, der Tag der amerikanischen Unabhängigkeitsfeier. Daniel lacht. «Ich hatte mir dieses Datum wirklich nicht ausgesucht. Aber irgendwie passte es. Der 4. Juli sollte mein persönlicher Unabhängigkeitstag werden.»

Neue Ungerechtigkeiten

Rund drei Wochen später war es so weit. Vasektomie nennt der Facharzt den Eingriff. Unter lokaler Betäubung wird der Samenstrang durch einen Schnitt seitlich am Hodensack freigelegt. Anschliessend wird ein zirka drei Zentimeter langes Stück entfernt, die Enden werden verödet und zusätzlich mittels Faden abgebunden. «Dies führt zu einer definitiven Zeugungsunfähigkeit ohne Beeinträchtigung der Potenz», verspricht eine einschlägige Website. Eine Kombination ganz nach dem Gusto von Daniel. «Du kannst den Sex sonst nicht mehr geniessen. Wenn du bei jeder Angst haben musst, dass du zum Sozialfall wirst, dann ist das nur Stress.»

Es war in der Juni-Session 2014, als der Nationalrat über den neu zu gestaltenden Kindesunterhalt debattierte. Es handle sich hierbei nicht um eine Totalrevision, beruhigte Kommissionssprecher Karl Vogler (CSP). Man wolle bloss das Wohl des Kindes in das Zentrum der Überlegungen stellen – und nicht die Interessen der Eltern.

Was sollte sich ändern? Wenn sich ein Paar trennt, bekam eine verheiratete Mutter bislang meistens mehr Geld als eine ledige alleinerziehende Frau. Den Unterschied macht der Betreuungsunterhalt. Mit dem neuen Gesetz soll dieses Geld nicht mehr als Anspruch der betreuenden Person (zumeist der Mutter) gelten, sondern als selbständiger Anspruch des Kindes. Oder anders gesagt: In Zukunft ist es egal, ob Vater und Mutter eine Ehe oder ein One-Night-Stand verbindet: Wer immer das Kind betreut, erhält neben den Alimenter

auch einen «Betreuungsunterhalt» – der Partner kommt faktisch für den Lebensunterhalt des anderen auf, wie das bisher bei getrennten verheirateten oder geschiedenen Paaren der Fall war.

Der Obwaldner CSP-Nationalrat sprach denn auch von einer «stossenden Ungleichbehandlung», die man beenden müsse: Würden sich verheiratete Eltern trennen, werde die Betreuung des Kindes durch den nahehelichen Unterhalt sichergestellt. «Waren die Eltern hingegen nicht verheiratet, hat der unverheiratete Elternteil nach der Trennung keinen entsprechenden Anspruch – mit den möglichen negativen Folgen. Heute fallen viele alleinerziehende Frauen unter die Armutsgrenze und sind auf Sozialhilfe angewiesen.»

Das Gesetz schaffe allerdings neue Ungerechtigkeiten, kritisierte Ivo Knill, Vizepräsident des Dachverbands der Schweizer Männer- und Väterorganisationen, in *20 Minuten*. Er sei zwar dafür, dass unverheiratete und verheiratete Paare einander gleichgestellt würden. «Die Gesetzesrevision will aber in beiden Fällen ein Modell festigen, bei dem der Mann der Alleinverdiener ist.» Das sei aber überhaupt nicht mehr zeitgemäss und werde heute in den wenigsten Familien noch gelebt. Mit dem neuen Gesetz drohe der Mann auf die Ernährerrolle festgelegt und damit finanziell geschröpft zu werden.

Kleinkrieg mit der Ex-Frau

Für Daniel W. kein Hirngespinnst, sondern eine reale Bedrohung, die er auch aus seinem näheren Umfeld kennt. Sein Kumpel Marvin* liefere sich einen seit Jahren andauernden Kleinkrieg mit der Ex-Frau – oder sie mit ihm. Er sei vor allem dazu da, pünktlich den Unterhalt abzuliefern, was rund die Hälfte seines Lohnes ausmacht. «Er kriecht am Existenzminimum entlang.» Die Scheidung erlebe Marvin als Einbahnstrasse. Seine Frau versuche regelmässig, ihm das Besuchsrecht zu verweigern, und könne dabei auf die Unterstützung der Kesb zählen. Gerade mal einen Tag in der Woche sieht er seinen Sohn. In die Ferien mitnehmen dürfe er ihn auch nicht. «Da kannst du dir gleich «Depp» auf die Stirne tackern», findet Daniel.

Daniel wird vierzig in diesem Jahr. Er ist kein Schönling, aber die Frauen stehen auf ihn. Grossgewachsen, dunkelhaarig, charmant, mit einer Prise Macho. Eine Mischung, die ankommt. Er arbeitet in einem Dienstleistungsunternehmen in leitender Funktion. Guter Job,

viele Kontakte. Er sucht allerdings nichts Verbindliches mehr. Fast fünfzehn Jahre war er mit der gleichen Frau zusammen, die ein kleines Kind in die Beziehung brachte. «Ich wollte mit ihr keine eigenen Kinder. Ich hatte Hanna. Das hat mir so weit genügt.» Als Daniel von einer längeren Affäre Wind bekam, trennte er sich von seiner Freundin. «Es war hart, nicht ihretwegen, aber wegen der Kleinen.»

«Sie behauptete, schwanger zu sein»

In der Parlamentsdebatte gehörte SVP-Nationalrat Luzi Stamm zu den Gegnern der Vorlage zum Kindesunterhalt. Die bisherige Alimenterregelung sei relativ klar gewesen, so

«Wir führen den «gebührenden Unterhalt» ein, und niemand weiss, was das sein soll.»

der Aargauer Rechtsanwalt. Man habe die Beiträge nach Stufen berechnen können. Das neue Gesetz schaffe indes grosse Rechtsunsicherheit. Stamm: «Wir führen den «gebührenden Unterhalt» ein, und niemand weiss, was das sein soll. Wir sagen, jeder – der Vater und die Mutter – müsse «nach seinen Kräften» für diesen Unterhalt sorgen. Aber niemand weiss, was das überhaupt heissen soll.»

Stamm prophezeit, es würden sich Zigttausende von Betroffenen, Rechtsanwälten, Gerichtsmitarbeitern, Behördenmitgliedern, Studenten und so weiter fragen: «Was haben die denn gemeint?» Das sei eine schlechte Entwicklung. Die Befürworter des Gesetzes könnten ihm nicht einmal sagen, ob das zweite, dritte oder vierte Kind einer Familie den gleich hohen «gebührenden Unterhalt» zugut habe wie das erste Kind. «Wenn ich frage, ob ein Dreijähriger einen höheren Betrag für den gebührenden Unterhalt zugut hat als ein Fünfzehnjähriger, kann mir das auch niemand beantworten.»

Für Daniel erübrigen sich diese Spitzfindigkeiten. Seit seinem Eingriff plagen ihn solche Szenarien nicht mehr. Er kann sich entspannt auf eine Affäre einlassen, auch mit Frauen Mitte dreissig. «In diesem Alter ist der Kinderwunsch meterhoch.» Er schliesst mit einer kleinen Geschichte. Anfang Jahr habe er über Tinder, eine mobile Dating-App, eine Frau kennengelernt und sei mit ihr noch am gleichen Abend in die Kiste gestiegen. «Anderthalb Monate später nahm sie wieder Kontakt auf mit mir und



Der Mann wird auf die Ernährerrolle festgelegt.

behauptete, schwanger zu sein.» Er habe ihr nicht einmal geantwortet.

Der Kinderwunsch in der Schweiz ist unvermindert hoch. Wie eine Erhebung des Bundesamtes für Statistik (BfS) ergab, gibt es kaum junge Männer und Frauen, die sich eine Einkindfamilie wünschen (weniger als 2 Prozent) oder kinderlos bleiben wollen (7 Prozent). Wunsch und Wirklichkeit liegen allerdings ziemlich weit auseinander. Und der Fall Daniel W. legt nahe, dass sich diese Schere noch mehr öffnen könnte. Während sich nur jede zehnte junge Frau wünscht, kinderlos zu bleiben oder

nur ein Kind zu haben, sind es tatsächlich fast 40 Prozent aller Frauen zwischen 50 und 59.

Bemerkenswert hoch ist der Anteil kinderloser Frauen mit einem Hochschulabschluss: drei von zehn Frauen. Das BfS erkennt einen übergeordneten Trend: «Der Anteil kinderloser Frauen nimmt von den älteren zu den jüngeren Altersgruppen deutlich zu.» In Zahlen: Bei den 55- bis 64-Jährigen liegt der Anteil bei 15 Prozent, bei den 45- bis 54-Jährigen bei 19 Prozent, bei den 35- bis 44-Jährigen bei 23 Prozent. Dabei ist eine interessante Verlagerung feststellbar: Eine hohe Kinderlosigkeit

war bisher ein Phänomen in abgelegenen Gebirgstälern (51 Prozent im Maggiatal). Nun scheint diese, wie das BfS schreibt, «zu einem Lebensgestaltungselement des Stadtlebens geworden zu sein» (37 Prozent in der Stadt Zürich). Inwieweit die neuen Kindesunterhaltsgesetze diese Entwicklung verschärfen, wie das Beispiel von Daniel W. zeigt, wird sich in den kommenden Jahren erweisen.

* Name von der Redaktion geändert.

«Ein sozialistisches Land»

Silvio Borner, emeritierter Ökonomieprofessor und *Weltwoche*-Kolumnist, hat diese Woche den hochdotierten «Preis für die Freiheit» der Bonny-Stiftung erhalten. Im Gespräch legt er dar, was er unter freiheitlichen Spielregeln in Wirtschaft und Gesellschaft versteht. *Von Beat Gygi, Florian Schwab und Sally Montana (Bilder)*

Herr Borner, was hält Ihre Frau von Ihrer Tätigkeit und Ihrem Leben als Ökonom?

Als Lehrerin für Hauswirtschaft am Seminar in Zürich war sie ja nicht so weit weg von der Volkswirtschaftslehre. Sie nimmt regen Anteil an den freundschaftlichen Beziehungen zu Ökonomenkollegen und ehemaligen Studis, die heute in wichtigen Positionen sind.

Ökonomische Gedanken sind nicht immer einfach zu vermitteln.

Ja, manchmal neigt die Ökonomenzunft etwas zum Zynismus. Kürzlich hatten wir ein Treffen mit alten Freunden, alle kurz vor der goldenen Hochzeit. Dabei kam die Rede auch irgendwie auf das Thema Scheidung, worauf ich sagte, aus ökonomischer Sicht sei der optimale Zeitpunkt für eine Scheidung bei uns allen überschritten. Mit der Ehe sei es wie mit dem Auto: entweder rasch einmal wieder eintauschen oder dann den Wagen zu Boden fahren. Ich konnte mich retten, indem ich sagte, das gelte ja für beide Partner.

Es gibt viele Lebenssituationen, die ökonomisch betrachtet werden können.

Es gibt auch die überspitzten Ansätze unter dem Titel «Freakonomics», die alles und jedes ökonomisch deuten, oft humoristisch, manchmal sehr zynisch. Das kann den einen die Augen öffnen für die ökonomische Sichtweise, andere kann es abschrecken. In meinem Unterricht habe ich solche Beispiele auch eingestreut. Eva Herzog, heute SP-Finanzdirektorin des Kantons Basel Stadt, hat mir einmal gesagt, dass meine ökonomischen Zuspitzungen sie in eine andere Studienrichtung getrieben hätten.

Sind Ihre Kolumnen nun schonender formuliert?

In meinen Kolumnen versuche ich immer, wirtschaftspolitische Fragen anhand von konkreten Problemen zu diskutieren, welche die Leute kennen. Wenn man eine mittelalterliche Kathedrale anschaut, hat der Architekt seine Perspektive, der Historiker hat die seine, der Theologe hat eine, und selbst der Ökonom hat eine. Er kann sich etwa fragen, wie es wohl gekommen wäre, wenn man das Geld nicht in diese Kathedralen, sondern anderswo investiert hätte. Ich wollte nie dogmatisch liberal sein, nie einfach Liberalismus predigen, sondern die Reaktion hervorrufen: «So habe ich mir das noch nie überlegt.»

Gute Freunde von Ihnen beklagen, Sie seien in der Jugend linker gewesen und dann ins rechte Lager abgedriftet.

Ich war nie Mitglied einer Partei und sicher nie links. Ich habe nie ein rotes Mao-Büchlein geschwenkt oder ein Che-Guevara-T-Shirt getragen. Sicher war ich in jungen Jahren ein wenig progressiver und weniger staatskritisch.

Wie haben Ihre Kollegen auf Ihre Kolumne reagiert? Waren sie begeistert, neidisch – oder lächelten sie darüber?

Die negieren das. Es ist natürlich ein Zielkonflikt. Einerseits zählen solche Texte wissenschaftlich nichts. Andererseits sind sie doch für die öffentliche Meinung ziemlich wirksam. Wenn ich auf die Homepage unseres Instituts WWZ gehe und sehe, dass meine Texte bezüglich Medienpräsenz neben den Beiträgen meiner Kollegen Heinz Zimmermann und George Sheldon absolut an der Spitze

«Nach heutigen Massstäben wäre ich wohl eine Fehlberufung.»

sind, wird das auch fakultätsintern wahrgenommen. Man sollte hier die USA zum Vorbild nehmen. Die grössten Theoretiker wie Milton Friedman oder James Tobin haben immer Kolumnen geschrieben.

Wie sind Sie ursprünglich auf die Ökonomie gekommen?

Ich war der Erste in meiner Familie, väterlicher- und mütterlicherseits, der eine Matura machte und die Chance bekam zu studieren. Mein Vater wollte, dass ich etwas Praktisches lerne, also Ingenieur oder Arzt werde. Aufgrund meines Freundeskreises entschied ich mich, an die HSG, an die Universität St. Gallen, zu gehen. Die Betriebswirtschaftslehre habe ich rasch auf die Seite gelegt und mich dank dem berühmten Professor Walter Adolf Jöhr der Volkswirtschaft zugewandt.

Und von da an war es klar, dass Sie Professor werden?

Im Gegenteil. Ich wollte in die Privatwirtschaft. Am Ende des Grundstudiums hatte ich aber eine mündliche Prüfung bei Jöhr. Normalerweise hätte diese zwanzig Minuten gedauert, doch bei mir ging es mindestens doppelt so lange. Am Ende sagte Jöhr: «Ich offeriere Ihnen, mein Assistent zu werden.» Er habe mich nur so lange geprüft, um

herauszufinden, ob ich wirklich alles so gut verstehe, wie ich es verkaufen könne.

Wie ging es dann weiter?

Für meine Habilitation hat man mir später ein Stipendium des Nationalfonds in Aussicht gestellt. Das habe ich ausgeschlagen, weil ich nicht durch Beziehungen weiterkommen und niemandem zu Dank verpflichtet sein wollte. Ich ging dann auf den US-Markt für wissenschaftlichen Nachwuchs. Mit meiner Frau hatte ich abgemacht, dass ich die akademische Karriere aufgeben



«Das Allerschlimmste verhindern»: Silvio Borner.

würde, wenn ich es dort im harten Wettbewerb nicht schaffte. Doch ich bekam dann ein Stipendium der Carnegie Foundation. **Sie sind seit mehr als vierzig Jahren Beobachter der Schweizer Wirtschaftspolitik. Was ist heute anders als früher?**

Meine wissenschaftlichen Anfänge fielen in eine Zeit, die zum berühmten Buch von Walter Heller «Das Zeitalter des Ökonomen» passte. Früher hatte die Stimme der bekanntesten Wirtschaftsprofessoren ein grosses Gewicht. Das ist heute doch sehr anders.

Woher kommt dieser Bedeutungsverlust?

Es gibt etliche Fehlentwicklungen im Fach selbst. Das Motto «publish or perish» macht wissenschaftliche Publikationen in Fachzeitschriften zum wichtigsten Ziel in der Forschungsarbeit. Das führt zu einer extremen Spezialisierung, man sucht sich esoterische Problemchen aus, die man mit

irgendeinem Modell lösen kann. Häufig sind die Fragestellungen angelsächsisch dominiert, selbst die der Schweizer, damit man die Ergebnisse besser publizieren kann. Mit Ausnahme der Geldpolitik interessieren sich die Amerikaner und Briten nicht für Fragen der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Nach heutigen Massstäben wäre ich wohl eine Fehlberufung. Und die öffentliche Verwaltung spielt heute eine viel grössere Rolle, da sie viel Auftragsforschung vergibt. Selbst die nationalen Programme des Schweizerischen Nationalfonds sind immer mehr «verpolitisiert» worden.

Wie beeinflusst das die Wirtschaftspolitik?

Heute gibt es viele Beratungsbüros, die praktisch vorhersehbare Ergebnisse produzieren. Wollen die Auftraggeber etwas sogenannt sozialpolitisch Fortschrittliches, dann wenden sie sich ans Büro Bass. Will man die Energie- wende legitimieren, dann kontaktiert man

die Spezialisten für das allgemeine Gleichgewichtsmodell bei Ecoplan. Oder anders herum. Man bekommt, was man bestellt.

Gab es früher mehr prägende Figuren unter den Professoren?

Ich selber habe bei einem dieser Leuchttürme studiert, bei Walter Adolf Jöhr, und war bei ihm Assistent. Seine Langfristprognose über die Verschlechterung des Finanzhaushalts durch sinkende Zolleinnahmen und steigende Ausgaben hatte damals eine unglaubliche finanzpolitische Durchschlagskraft. Als junger Ökonom war ich auch in der Beratergruppe des Basler Professors Gottfried Bombach, die Bundesrat Nello Celio bei Fragen zur Inflationsverhütung beriet. Wir trafen uns regelmässig mit dem Bundesrat in einem Hotel in Sigriswil. Auch zu Bundesrat Delamuraz oder Brugger hatte ich einen direkten Draht.

Wie würden Sie Ihr ökonomisches Credo beschreiben?

Je älter ich werde, desto mehr ist für mich eine positive Grundeinstellung für die Marktwirtschaft entscheidend. Immer mehr meiner Kollegen sehen überall nur noch Marktversagen und setzen wie ein rein technisch orientierter Handwerker Instrumente zur Feinkorrektur ein. Das endet meistens in Politikversagen.

Wo sehen Sie geistige Weggefährten?

Die alte Garde der Ökonomen hat eine recht starke Stellung. Bruno Frey ist ein interdisziplinärer, beinahe philosophischer Vordenker. Bernd Schips hat sich eine starke Position in allgemeinen Fragen erarbeitet, und der grosse Geldtheoretiker Ernst Baltensperger ist nach wie vor sehr respektiert, wie auch Kurt Schiltknecht und ich in aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen.

Welchen jüngeren Ökonomen trauen Sie über den Weg?

Analysen sind wichtiger als Personen. Beispielsweise finde ich es beachtlich, was die Hochschule Luzern mit einem recht kleinen Team erreicht. Schweizer Wirtschaftspolitik zählt zu ihren Schwerpunkten. Aymo Brunetti in Bern, der bei mir doktoriert hat, ist vielleicht relativ konventionell, dabei aber immer fundiert und ziemlich liberal. Dann arbeite ich intensiv mit Markus Saurer zusammen, dem früheren Chefökonom der Wettbewerbskommission. Er unterhält den hervorragenden Blog Regulatorymadness.ch. Was er in den Bereichen Telekommunikation, Regulierung oder Wettbewerb macht, ist sehr überzeugend.

Welcher Ökonom der jüngeren Generation denkt am ehesten wie Sie?

Aymo Brunetti.

Brunetti war Chefökonom des Bundes, Sie selber sind immer im akademischen Betrieb geblieben. Hätten Sie sich nicht auch vorstellen können, in der politischen Praxis für eine liberale Wirtschaftspolitik zu kämpfen? >>>



Nein. Der Staat war keine Option, weil man nur schwer wieder aus der Verwaltung herauskommt. Bei Brunetti war es ein Glücksfall, dass ihm der Schritt zurück an die Universität geglückt ist. Er hat im Staatssekretariat für Wirtschaft viel bewirkt in der Wachstumspolitik. Sein Nachfolger Eric Scheidegger hat es noch schwieriger.

Inwiefern?

Wer eine liberale Grundposition vertritt, muss heute die meiste Energie darauf verwenden, das Allerschlimmste zu verhindern.

Sie sind ja eigentlich als Keynesianer in Ihre ökonomische Laufbahn gestartet.

Ja, ich war ursprünglich ein Keynesianer in dem Sinne, dass ich an die Machbarkeit der makroökonomischen Steuerung geglaubt habe. In meiner Dissertation habe ich an einem völlig belanglosen keynesianischen Problem herumgedoktert.

Haben Sie Ihre Dissertation je wiedergelesen?

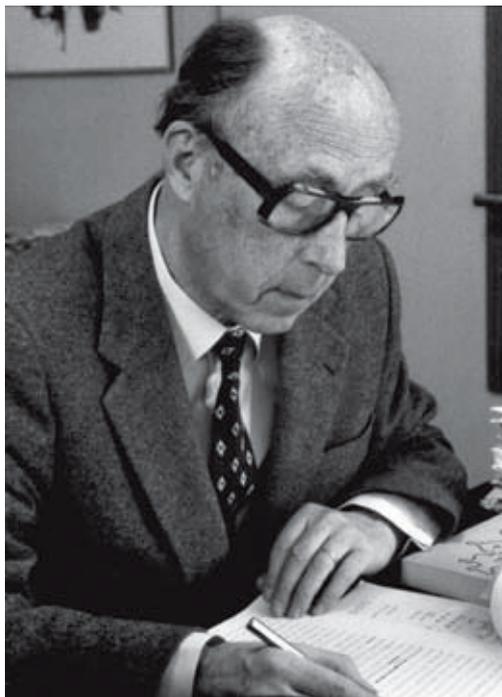
Nur das Vorwort. Als ich in die USA ging, nach Yale, habe ich innerhalb von drei Wochen gemerkt, dass meine Arbeit wertlos ist. Ich habe verstanden, dass die Menschen ihr Verhalten der Wirtschaftspolitik anpassen und dass es keinen allwissenden, wohlmeinenden staatlichen Planer geben kann. Das war eine wichtige Erfahrung.

Der Machbarkeitsglaube hat nach der Finanzkrise eine Wiederauferstehung erlebt.

Ja, er schien eine Zeitlang tot zu sein. Nun ist die US-Wirtschaft mit keynesianischen Rezepten wieder erstarkt, mit tiefen Zinsen und hemmungslosen Staatsausgaben auf Pump. Es kann gut sein, dass man sich da neue Probleme eingehandelt hat. Wie soll die übermässige Staatsverschuldung je wieder abgebaut werden, wenn nicht durch offene oder versteckte Enteignungen?

Langfristig hat die Staatsquote fast überall zugenommen. Ist der Staat wichtiger geworden?

In der Energiepolitik wird der Staat wichtiger, weil Subventionen verteilt werden und weil die Interessengruppen leichter an Staatsgeld herankommen, als unternehmerisch einen Gewinn zu erzielen. Die Erhöhung des Staatseinflusses – einige sagen die Vergrösserung des Fussabdrucks des Staates – ist nicht nur von den Sozialdemokraten gekommen. Vor Jahrzehnten traf ich den linken US-Ökonomen John Kenneth Galbraith einmal in Gstaad. Er sagte, die Schweiz sei ja eigentlich ein sozialistisches Land. Er fahre da in einer staatlichen Eisenbahn, habe ein Bankkonto bei einer Staatsbank, versende Briefe und telefoniere mit einem Staatsbetrieb. Punkt für Punkt hat er aufgezählt.



«Leuchtturm»: Doktorvater Jöhr.

Warum konnten Ökonomen so wenig ausrichten gegen die Energiewende?

Das ist noch nicht erledigt. Da liessen sich drei Kollegen von der ETH dazu hinreissen, eine Studie zu erstellen, die methodisch nicht ernst genommen werden kann und die Bundesrätin Doris Leuthard dann rasch missbrauchte, indem sie den Namen ETH in die Waagschale warf. Prognosen über den Energiebedarf und dessen Zusammensetzung bis 2050 sind eigentlich lächerlich. Weil das die Marktkräfte aushebelt, enden diese Fehlprognosen in einer zunehmenden Verstaatlichung des Energiesektors.

Welche Fehler hat die Wirtschaftspolitik neben der Energiewende noch begangen?



Die ganze Wettbewerbspolitik und auch die Einführung der Preisüberwachung haben die Vorstellung gefördert, dass Preise durch historische Kosten gerechtfertigt sein müssen. Das ist sehr gefährlich für die Marktwirtschaft. Und der Erfolg der Schuldenbremse führt dazu, dass neben der normalen Rechnung spezielle Fonds eingerichtet werden, etwa im Verkehr oder bei den Sozialversicherungen, weil diese Posten dann nicht für die Schuldenbremse zählen. Ein anderer Ausweg sind Regulierungen, um etwas zu erzwingen, was in freien Märkten nicht getan würde. Die volkswirtschaftlichen Kosten solcher Lenkungen können rasch einmal höher sein, als wenn alles über Staatsausgaben läuft.

Kann man Vorschriften und Geld vergleichen?

Nehmen wir das Energiegesetz des Kantons Baselland. Da ist die Summe, die mit einer neuen Abgabe aufgebracht werden soll, nicht enorm. Aber schaut man die ganzen Vorschriften dazu an mit allem administrativen und bürokratischen Getue, ist die Belastung gewaltig. Jetzt muss jeder Grundstückseigentümer sozusagen eine Steuererklärung für den Verbrauch nichterneuerbarer Energie auf seinem Grundstück erstellen.

Wäre es aus Ihrer Sicht ein grosser Verlust, wenn die Bilateralen I wegfielen?

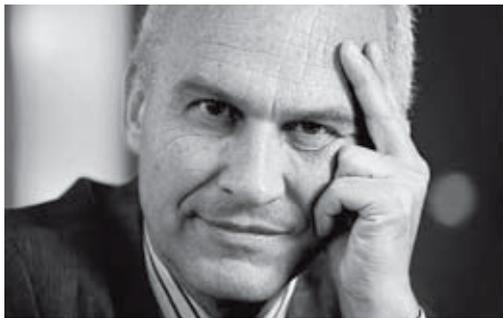
Die bilateralen Verträge zu verlieren, wäre ein grosses Risiko, auch wenn es fast unmöglich ist, deren Wirkung zu quantifizieren. Ich war seinerzeit für den EWR-Beitritt. Dann kamen die bilateralen Verträge, und die funktionierten besser, als ich es erhofft hatte. Wir werden sicher eine Lösung finden, ohne die Verträge zu verlieren.

Die Bilateralen bringen nicht nur Vorteile.

Ja, mittlerweile übertreffen die Nachteile in Form der flankierenden Massnahmen die Vorteile schon fast. Laufend gibt es neue Regulierungen, letztes Jahr wurden fast 160 000 Arbeitsverträge von Inspektoren untersucht. Man muss sich einmal vorstellen, welchen Aufwand das bedeutet. All das hat den Linken grossen Auftrieb gegeben. Die Gewerkschaften konnten dank den flankierenden Massnahmen Dinge ernten, die sie schon abgeschrieben hatten. Immer mehr Gesamtarbeitsverträge werden nun als allgemeinverbindlich erklärt. Sogar den Mindestlohn haben wir heute faktisch schon. Und dieser ist auf einer international einzigartigen Höhe.

Was sind Ihre nächsten Pläne?

Ich habe mit Carnot-Cournot ein Netzwerk gestartet, das im Sinne dieser beiden grossen Geister die physikalischen und ökonomischen Gesetze zur Energieumwandlung und Preisbildung respektieren will und alle Versuche, sich darüber hinwegzusetzen, konsequent bekämpft. ○



Essay

Kräht der Hahn auf dem Mist

Wenn die Börsen auf Talfahrt gehen, haben die pseudowissenschaftlichen Börsenanalysten wieder Hochkonjunktur. Ihre Theorien bauen jedoch auf grundlegenden Irrtümern auf.

Von René Zeyer

Gestern hat es in London geregnet.» Würden Wetterprognosen nur die Vergangenheit betreffen, hätten sie endlich eine Trefferquote von 100 Prozent. Würde man daraus eine Vorhersage für die Zukunft ableiten, reduzierte sich die Chance auf 50 Prozent.

Genau gleich verhält es sich mit Börsenprognosen. Dank Big Data und genügend Computerpower ist es möglich, jeden Tick, also jede einzelne Börsenbewegung der Vergangenheit, zu erfassen. Um dieses Datenmeer bewirtschaftbar zu machen, werden aus der Mathematik Formeln entlehnt, meistens aus der Wahrscheinlichkeitsrechnung, angereichert und zu Algorithmen veredelt. Um Derivate ergänzt, also abgeleitete Werte in Form etwa von Optionen. Und schon haben wir eine sogenannte Finanzwissenschaft; haben Risiko und Ertrag voneinander getrennt, finanzielle Entwicklungen beherrschbar und prognostizierbar gemacht.

Die Aussagen der Vertreter dieser Wissenschaft basieren zudem auf einigen Grundregeln, die sie als physikalische Gesetze missverstehen. Wie «*actio = reactio*» gilt, gelte auch: Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis. Die Börse ist der Ort, wo Anleger nichtbenötigtes Geld zur Verfügung stellen, auf dass Unternehmen damit mehr Wertschöpfung produzieren. Deren Motivation wird zusätzlich durch niedrige Schuldzinsen stimuliert, die von den Notenbanken kontrolliert werden.

Prognose für die Vergangenheit

Morgen erzählen wir ein anderes Märchen, und wenn die Vertreter dieses Unsinn nicht gestorben sind, dann werden sie auch den aktuellen Börsencrash überleben. Leider ohne einzusehen, dass ihre Theorie auf Sand und fundamentalen Irrtümern aufgebaut ist. Analysten verwechseln Empirie mit Theorie. Wer aus dem unendlichen Datenmeer der Vergangenheit Ableitungen entwickelt, kann seinen Bleistift immer auf eine Kurve legen und sagen: «Hurra, da habe ich eine Entwicklung gefunden, die sich mit wissenschaftlicher Sicherheit aus der Vergangenheit und dem Heute in die Zukunft verlängern lässt.» Dabei ist das keine Prognose für die Zukunft, sondern für die Vergangenheit. Dann braucht es nur noch die durch keinen vergangenen Reifall

angekränkelte Überzeugung, dass diese Methode im Prinzip richtig sei – und schon ist das nächste Schlamassel programmiert.

Eine Prognose zu einer binären Entwicklung («Heute regnet es, oder es regnet nicht») kann man mit empirischen Untersuchungen der Vergangenheit und unter Anwendung von meteorologischen Erkenntnissen auf eine Eintrittswahrscheinlichkeit von über 50 Prozent anheben. Ganz anders sieht es aus, wenn man die Entwicklung von überkomplexen, multifaktoriellen Gemengelagen prognostizieren



Morgen erzählen wir ein anderes Märchen.

will. Aus der Analyse der Vergangenheit in der sogenannten «Finanzwissenschaft» abgeleitete «Widerstandslinien», «implizite Volatilitäten», «Bollinger-Bänder», «Griechen» von Delta bis Rho und Omega sind in Wirklichkeit nichts anderes als die gute alte Methode des Muschelwerfens, um die Zukunft vorherzusagen. Das alles ist reine Empirie, die einer intellektuell anspruchsvolleren Entwicklung einer Theorie und ihrer Überprüfung an der Realität nicht standhält. Genau deshalb sagt die Analystenzunft zur aktuellen Entwicklung an den meisten Börsen der Welt, bei der wieder mal kurz Werte in der Höhe von einigen Billio-

nen Dollar vernichtet wurden, nicht mehr als: «Hoppla.»

Wie meistens, wenn etwas «Unvorhersehbares» (oder pseudowissenschaftlich ausgedrückt: «eine mit keinem Prognosemodell an-

In Wirklichkeit ist es nichts anderes als die gute alte Methode des Muschelwerfens.

tizierbare, überraschende Entwicklung») eintritt, bilden sich zwei Lager: die Domsday-Wahrsager («Schwarzer Montag! Das wird ganz schlimm enden! Niemand greift in ein fallendes Messer!») und die Optimisten («Überfällige Marktkorrektur! Die Fundamentaldaten stimmen optimistisch! Es wird eine Jahresdrally geben!«).

Ohne erkennbaren Nutzwert

Wenn wir allerdings die gleiche Methode wie diese Analysten anwenden, kommen wir zu einem keinesfalls überraschenden Ergebnis. Grossangelegte Auswertungen ihrer Tätigkeit in der Vergangenheit ergeben, dass ihre Vorhersagen zu zukünftigen Börsenentwicklungen zu Dreivierteln entweder zu hoch oder zu niedrig lagen. Damit haben sie nicht einmal die statistische Normalverteilung von fünfzig zu fünfzig geschafft.

Daraus lässt sich nun eine Forderung ableiten, mitsamt einer Prognose mit ganz hoher Eintrittswahrscheinlichkeit: Schafft den Berufsstand des Analysten ab! Hier werden völlig sinn- und zwecklos Milliarden verröstet, an Gehältern, durch den Unterhalt von Heerscharen von Datensammlern, Formelbastlern, Alchemisten, die keinen erkennbaren Nutzwert haben, null Wertschöpfung betreiben.

Es handelt sich um reine Geldverschwendung, die ersatz- und folgenlos abgestellt werden könnte. Ihr ganzes Tun kann mit einer einfachen, immer stimmigen Prognose ersetzt werden: «Kräht der Hahn auf dem Mist, ändert die Börse oder bleibt, wie sie ist.»

René Zeyer ist Journalist und Buchautor in Zürich.



Exkommunikation aus Hollywood: Ingrid Bergman in «Stromboli», 1950.



Lady Vulcano

Von Daniele Muscionico

Was will er von ihr, der stürmische Kerl mit mehrarmiger Beute? Soll sie eine Mutprobe bestehen? Sicher ist, die Schauspielerin Ingrid Bergman in der Rolle des litauischen Kriegsflüchtlings Karen macht in dieser Szene des Films «Stromboli» wie in fast jedem anderen Moment auch – das Richtige: Sie weigert sich. Sie tut nicht, was andere von ihr erwarten.

Ingrid Bergman, ein Name wie ein Wintergedicht im Sommer. Und ein Gesicht, das dem einflussreichsten Hollywood-Produzenten jener Jahre, David O. Selznick, zunächst herzlich missfiel: die grosse Nase, die schiefen Zähne, die europäisch-barbarischen Augenbrauen. Doch die Schwedin sorgte im Land des falschen Lächelns schneller für Aufsehen, als der optisch selbst wenig erfreuliche Starproduzent (von «King Kong», zum Beispiel) in hässlicher Weise zu lästern vermochte.

Die Bergman, eine Ikone noch heute, 32 Jahre nach ihrem Tod. Sie hat im öffentlichen Bewusstsein nicht nur Selznick überlebt, sie überragt die Erinnerungen an die meisten Hollywoodschauspieler ihrer Zeit. Warum? Weil die Persönlichkeit Bergmans Hollywood mit zu Hollywood gemacht hat, aber die Künstlerin selbst nie Teil des «Rat Pack» war. Am 29. August feiert man ihren 100. Geburtstag, man feiert eine unsterblich Unbezähmbare.

In New York eröffnet das Museum of Modern Art eine Retrospektive, auf Fernsehkanälen rund um den Globus wird die Prime-time der vermeintlich kühlen Blondes gewidmet sein. Und es wird endlich eine Bergman auch für die letzten aller Eigensinnigen geben, die Briefeschreiber – auf einer amerikanischen Sonderbriefmarke.

Diese Art Publikumsnähe entspricht dem Wesen der Künstlerin wohl am idealsten. Unvergessen nämlich, dass sie für ihre künstlerische Überzeugung – ihr Interesse am Neorealismus – Hollywood auf dem Höhepunkt ihrer Karriere (1949) den Rücken kehrte, genauso ihrem Ehemann und ihrer Tochter – um mit einem zu arbeiten, der den Film wieder dem richtigen Leben und den einfachen Menschen zurückgeben wollte, Roberto Rossellini. Die Exkommunikation aus Hollywood folgte dem Glaubensabfall auf dem Fusse.

In Rossellinis Film «Stromboli» (1950) spielte sie eine Kriegsvertriebene ohne Schutz und Heimat. Darum steht hier dieses Bild. Es ist nicht nur der grossen Bergman und ihrem Todestag gewidmet, sondern mindestens so sehr allen Schutzlosen vor unserer Tür.

Lauter kleine Federers

Kein hochbegabtes Kind übt freiwillig stundenlang Geige oder steht gerne tagelang auf dem Tennisplatz. Kann, ja muss man seine Kinder zum Erfolg zwingen? *Von Allan Guggenbühl*



Die Gefahr ist, dass das Kind zu einem Projekt wird: Roger Federer als Junior am World Youth Cup in Zürich, 1996.

Eine Karikatur aus dem Jahr 1937 in der britischen Zeitschrift *Punch*: Die Mutter strahlt ihren Säugling an und sagt zu ihrem Mann: «Er wird sicher als Premierminister einen Stellvertreter finden, während er über den Kanal schwimmt!» Es ist natürlich, dass Eltern realitätsferne Fantasien über die Zukunft ihres frischgeborenen Kindes hegen. Meist behalten sie solche Fantasien für sich; dem Freundeskreis, den Nachbarn oder Lehrpersonen wird nicht offenbart, dass man im Sohn einen Chefarzt oder in der Tochter eine Schriftstellerin sieht. Düstere Zukunftsszenarien hingegen gibt es selten. Keine Mutter und kein Vater wollen auch nur andeuten, dass aus dem Sohn ein Junkie und aus der Tochter eine Gelegenheitsprostituierte werden könnte. Man entwickelt Zukunftsvorstellungen gemäss den Kriterien eines erfolgreichen Lebens. Natürlich: Ganz ernst nimmt man diese Fantasien nicht, sondern betont,

dass ein glückliches und zufriedenes Leben viel wichtiger sei.

Arztkittel statt Aushilfe in der Wäscherei

Die Vorstellung eines erfolgreichen, überbegabten Kindes kann ein Antrieb sein, sich für das Kind einzusetzen. Die Tochter wird früh in den Ballettunterricht geschickt, und der Sohn soll mit drei Jahren Englisch lernen. Man greift tief in die Tasche für Nachhilfeunterricht oder rackert sich täglich persönlich mit den Schulaufgaben des Kindes ab. Verzweifelt versucht man die Beurteilungskriterien eines Aufsatzes nachzuvollziehen oder eine Rechnungsaufgabe zu lösen. Man schlussfolgert, dass eine erfolgreiche Schulkarriere nur dank eigenem Dauereinsatz möglich ist. Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, damit das Kind sich gemäss seinem Potenzial entwickelt. Herumhängen, Gamen oder Chatten vermindern die Erfolgchance. Es gibt Schulen, da geht fast

die Hälfte der Schüler und Schülerinnen in den Nachhilfeunterricht mit der strengen elterlichen Auflage, den Lehrpersonen nichts zu verraten.

Die Erwartungen der Eltern haben unterschiedliche Ursachen. Oft liegen sie in der Biografie der Familie begründet. Man hofft für die Tochter, dass sie einmal das Studium absolviert, das einem versagt geblieben ist, oder sieht im rhythmischen Wippen des zweijährigen Sohnes einen klaren Indikator für eine Musikerlaufbahn wie diejenige von Grossvater. Man erkennt ein Talent, das gefördert werden sollte. Für Immigranten ist die Förderung der Kinder oft eine existenzielle Notwendigkeit. Talent und Intelligenz der Kinder sind das Kapital, um weiterzukommen. Dem Sohn wünscht man keine Aushilfsstelle in einer Wäscherei, sondern einen weissen Arztkittel. Die Erwartungen der Eltern können in einen Förderterror ausarten: Noten unter fünf kom-

men nicht in Frage, und die Tochter muss an der Vortragsübung als Beste brillieren. Die Kinder werden gequält, und sie müssen sich die Akzeptanz der Eltern mit enormem Einsatz erkämpfen.

Die Gefahr ist, dass das Kind zu einem Projekt wird. Maximale Förderung ist angesagt. Das Freizeitverhalten und die Schulkarriere werden streng observiert. Die Bemerkung einer Lehrperson, dass der Sohn oft nicht zuhört, führt zu einem Ausgangsverbot und eine schlechte Note in Französisch zu einer familieninternen Wochendepression. Umgekehrt löst der Eintritt in das Sportgymnasium Euphorie aus und das Gefühl, der Sohn habe die Karriere als Eishockeyspieler im Sack. Die Kindheit mutiert zu einem konstanten Trainingsprogramm. Wenn das Kind oder der Jugendliche den Erwartungen nicht entspricht, tragen sie das Stigma des Versagers. «Er könnte, wenn er wollte!», bleibt dann die bittere Klage der Eltern. Die Latte war so hoch gelegt, dass er oder sie scheitern musste. Nicht beachtet wird, dass der Sohn die Sek mit Bravour bestanden hat oder eine Lehre antritt. Aus der Sicht dieser Eltern trägt das Kind oder der Jugendliche oder die Schule daran Schuld.

Ausbruch aus dem Fördergefängnis

«Willst du Aufgaben zur Vorbereitung aufs Gymi machen oder Fussball spielen?», fragt eine Lehrerin einen hochintelligenten Sechstklässler. Seine Entscheidung ist rasch gefällt: Er rennt auf das Feld. Kinder sind verspielt und lassen sich nicht dressieren. Sie haben einen eigenen Willen und eigene Wünsche. Auch wenn sie hochintelligent sind oder über ein grossartiges Talent verfügen: Ihre Entwicklung ist nicht berechenbar. Das innere Programm eines Kindes verläuft oft anders, als wir uns vor-

stellen. Rebellische Episoden sind natürlich. Kinder sind frech und gehen Tätigkeiten nach, bei denen man beim besten Willen nicht viel Förderpotenzial erkennt. Ohne Eigenmotivation nützen der beste Nachhilfelehrer und das ausgeklügelte Trainingsprogramm nichts. Bei zu viel Zwang droht ein innerer Rückzug oder der Ausbruch aus dem Fördergefängnis.

Merkt man, dass ein Kind über eine Begabung verfügt, die man ihm zuliebe intensiv fördern sollte, dann gilt es, sich ein genaues Bild seiner Stärken und Schwächen zu machen. Ausgangspunkt einer Förderung ist das Erstellen eines Begabungsprofils. Da man als Vater oder Mutter zu sehr mit dem Kind verhandelt ist, hilft ergänzend der Eindruck eines Aussenstehenden. Nicht immer werden Stärken familienintern erkannt. Die Tochter spielt zwar aussergewöhnlich gut Violine – doch die Tante tut es auch, sagen sich die Eltern. Die Kinder selber realisieren, dass ihnen eine Tätigkeit leichtfällt, doch selten bringen sie dies mit ihrer Zukunft

Nicht erreichte Ziele bedeuten nicht zwingend ein Scheitern.

in Verbindung. Sie musizieren gern oder betreiben leidenschaftlich Sport, aber das Erwachsenenalter liegt Äonen weit weg, und eine Karriere ist für sie eine abstrakte Vorstellung. Damit aus einer Begabung Leistung wird, braucht es Disziplin. Ohne stundenlanges, mühsames Üben geht es nicht. Sich regelmässig einer eintönigen Tätigkeit zu widmen, fällt Kindern schwer; ihre Selbststeuerung ist zu schwach. Vor der Pubertät widmen sich Kinder spontan vor allem jenen Tätigkeiten, die Spass machen. Erwachsene müssen die Steuerung überneh-

men: durch das Setting und mit Hilfe von Forderungen an das Kind. Entscheidend für den Erfolg einer Förderung ist jedoch die Motivation des Kindes oder des Jugendlichen.

Die Kindheit opfern

«Geige spielen habe ich gelernt, weil ich es cool fand, mit einem Geigenkoffer die Strasse hinabzuschreiten!», erklärt mir eine bekannte Violinistin, und ein Deutschprofessor schildert mir, wie ein Lehrer ihn dank lebhafter Schilderungen der Dramen von Shakespeare für die Literatur begeisterte. Die Motivation hängt sowohl bei Kinder wie auch bei Erwachsenen von inneren Bildern ab. Die Tätigkeit muss mit einer attraktiven mentalen Vorstellung in Verbindung stehen. Stellen wir uns das Gipfelerlebnis vor, dann fällt uns der Bergaufstieg leichter. Kinder entwickeln eigene Bilder. Sie schlagen stundenlang Bälle, weil ihnen rote Tennisplätze gefallen oder weil sie gerne in Autos zu Turnieren fahren. Die Vorstellung muss emotional besetzt sein, hat jedoch oft nicht direkt mit der Tätigkeit zu tun, die ausgeübt wird.

Kinder eignen sich solche Vorstellungen nicht selber an. Sie müssen von Erwachsenen an sie herangeführt werden. Was diese fantasieren und ausmalen, wird verinnerlicht und zu einem persönlichen Motivator. Erkennt der Vater in seiner Tochter eine zukünftige Akademikerin, dann besteht die Chance, dass sie diese Vorstellung internalisiert und an sich arbeitet. Das Kind lebt die Fantasie des Vaters, der Mutter oder einer anderen Bezugsperson und wächst über sie hinaus. Disziplin und Opfer werden möglich. Das Kind ist bereit, Forderungen zu erfüllen, weil es sich in seiner unmittelbaren Umgebung aufgehoben und verstanden fühlt. Es ist beglückt, weil die Eltern etwas von ihm wollen.

Förderung bleibt eine Gratwanderung. Auch wenn das Kind ein ungewöhnliches Begabungsprofil ausweist und sehr intelligent ist, heisst das nicht, dass es seine Kindheit opfern muss. Es liegt in der Verantwortung der Eltern und Trainer, das zu fordern, was realistisch ist und der Persönlichkeit entspricht. Der Einsatz der Erwachsenen ist notwendig, doch das Gespür für den Seelenzustand des Kindes oder des Jugendlichen darf nicht abhandenkommen. Nicht erreichte Ziele bedeuten nicht zwingend ein Scheitern. Erwartungen und Fantasien der Bezugspersonen wirken sich grundsätzlich positiv aus. Die Entwicklung wird allgemein gefördert, weil man vom Kind etwas will und es schätzt. Es lernt, sich für höhere Ziele einzusetzen und dass Disziplin einen weiterbringt. Diese Qualitäten gehen nicht verloren, auch wenn eine Karriere wie jene von Martina Hingis oder von Roger Federer nicht ansteht.

Allan Guggenbühl gehört zu den bekanntesten Jugendpsychologen der Schweiz. Er ist Autor zahlreicher Fachbücher.



«Er könnte, wenn er wollte!»: Starpianist Lang Lang beim Üben mit seiner Lehrerin Zhu Ya-Fen.

Top 10

Knorrs Liste

1	Anime nere Regie: Francesco Munzi	★★★★★
2	La isla mínima Regie: Alberto Rodríguez	★★★★★
3	The Second Mother Regie: Anna Muylaert	★★★★☆
4	Mission: Impossible 5 Regie: Christopher McQuarrie	★★★★☆
5	Paper Towns Regie: Jake Schreier	★★★★☆
6	Southpaw Regie: Antoine Fuqua	★★★★☆
7	The Man from U.N.C.L.E Regie: Guy Ritchie	★★★★☆
8	Ant-Man Regie: Peyton Reed	★★★★☆
9	Rider Jack Regie: This Lüscher	★★★★☆
10	Self/less Regie: Tarsem Singh	★★★★☆

Kinozuschauer

1 (1)	Mission: Impossible 5 Regie: Christopher McQuarrie	11 504
2 (-)	Vacation Regie: John F. Daley / Jonathan M. Goldstein	9 551
3 (-)	Southpaw Regie: Antoine Fuqua	8 121
4 (2)	Minions (3-D) Regie: K. Balda / P. Coffin	7 937
5 (-)	Honig im Kopf Regie: Til Schweiger	3 890
6 (5)	Magic Mike XXL Regie: Gregory Jacobs	3 788
7 (4)	The Man from U.N.C.L.E Regie: Guy Ritchie	3 592
8 (3)	Trainwreck Regie: Judd Apatow	3 094
9 (7)	Self/less Regie: Tarsem Singh	2 614
10 (8)	Pixels Regie: Chris Columbus	1 963

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Fast & Furious 7 (Universal)
2 (1)	Kein Ort ohne Dich (Fox)
3 (-)	Shaun das Schaf – Der Film (Impuls)
4 (2)	Focus (Warner)
5 (-)	Fast & Furious 1–7 Box (Universal)
6 (3)	American Sniper (Warner)
7 (8)	Fifty Shades of Grey (Universal)
8 (7)	Wild Card (Ascot Elite)
9 (5)	Kingsman: Secret Service (Fox)
10 (9)	Still Alice (TBA)

Quelle: Media Control



Alles andere als stubenrein: «Straight Outta Compton».

Kino

Revolte aus dem Dampfkochtopf

«Straight Outta Compton» schildert mit eruptiver Wucht die Entstehung des Gangsta-Rap aus den späten achtziger Jahren – hochbrisant. Von Wolfram Knorr

So brandaktuell ist selten ein Biopic. In seinem Brennpunkt sind Waffen, Drogen, Brutalität, Profitgier, Rassismus und vor allem entfesselte Wut. Dabei lodert es in scheinbar vergangenen Zeiten, den achtziger und neunziger Jahren in Compton, dem Dampfkesselgetto im Süden von Los Angeles, dessen Pforten der Wahrnehmung einer überwiegend weissen, bürgerlichen Öffentlichkeit, ganz besonders in Übersee, lange verschlossen blieben: die Entstehung des Gangsta-Rap, der mit knallharten Rhythmen und aggressiven Texten eine überkochende Reaktion auf permanente Polizeiwillkür war, die jüngst wieder ihr hässliches rassistisches Gesicht zeigt.

Kollektiver Nerv

Anders als Dadaismus, Surrealismus oder Beat-Revolte war der Westcoast-Rap kein bloss non-konformistischer Protest gegen ein bürgerliches Kulturestablishment, sondern ein Aufschrei gegen physischen Terror, Polizeiknüppel, Demütigungen aller Art. In den Texten reagierten die Betroffenen ihre ungefilterte Wut darüber ab; nicht zufällig nannte man die Reality-Rap-Galaxie den «CNN for black people». Alles andere als stubenrein und lautstark griffen sie aktuelle Missstände auf. Die Pionier-Belferer waren Dr. Dre, Eazy-E und Ice Cube, und alle kamen sie aus dem brodelnden Dampfkochtopf Compton.

So beginnt «Straight Outta Compton» eruptiv im düsteren Gettomilieu, aus dessen kriminellem Zugriff sich nur wenige befreien konnten und wollten, um Frust und Ärger musikalisch hinauszuschreien. In den Klubs waren ihre Rinnsteintexte nicht erwünscht. Erst als Eric «Eazy-E» Wright (Jason Mitchell) mit dem weissen Musikmanager Jerry Heller (Paul Giamatti) das Label Ruthless Records gründet und die Gruppe, der sich DJ Andre «Dr. Dre» Young (Corey Hawkins), O’Shea «Ice Cube» Jackson (O’Shea Jackson Jr.) und andere anschliessen, sich den Namen N.W.A. («Niggaz Wit’ Attitude») gibt, geht es aufwärts. 1988 veröffentlicht sie ihr erstes Studioalbum «Straight Outta Compton» mit jenen herausfordernden Versen, die wie Hiebe immer auf maximale Wirkung ausgelegt sind.

Das schlug gewaltig ein, die Gruppe hatte einen kollektiven Nerv getroffen; ganz besonders mit dem berühmten Rap «Fuck tha police comin straight from the underground / A young nigga got it bad cause I’m brown [...]». Polizei und FBI versuchten immer wieder, den Song bei den Konzerten der Band zu verbieten, doch N.W.A. liess sich keinen Maulkorb verpassen. Ihr Ruhm stieg mit jedem Verbotversuch, leider auch die Animositäten untereinander. So fühlte sich Ice Cube finanziell hintergangen, Dr. Dre ging dem

brutalen Suge Knight (R. Marcos Taylor) in die Falle, und Eazy-E, der von einer Wiedervereinigung träumte, wurde von Aids dahingerafft.

F. Gary Gray («The Italian Job») und seine Autoren Jonathan Herman und Andrea Berloff sind ganz nah an ihren Figuren und deren Wut und Enthemmung. Sie werden nicht verklärt, sind wie Boxer auf Speed, reden, wie sie rappen, und benehmen sich wahnhaft wie ekstatische Flammen, als triebe sie eine panische Angst vor dem «Einfrieren». «Straight Outta Compton» macht mit drangsalierenden Cops, rüden Gangmitgliedern, windigen Ausbeutern, wilden Girls und Verbal-Tornados voller physischer Präsenz die Entstehung des Reality-Rap nachvollziehbar. Auch wenn der Film wegen seiner derben Sprache das R-Rating (Besuch unter siebzehn Jahren erlaubt) nicht erhielt, katapultierte er sich in den USA am Startwochenende mit über 57 Millionen eingespielten Dollar (Kosten 30 Millionen Dollar) sofort auf Platz eins. ★★★★★

Weitere Premieren

Hitman: Agent 47 — Der Profikiller mit der Nummer 47 (Rupert Friend) – Glatze und Strichcode im Nacken – ist als Produkt eines Gen-Experiments eine perfekte Tötungsmaschine geworden; und so sieht er auch aus, was allerdings auf der Leinwand auf Dauer ziemlich



Strichcode im Nacken: «Hitman: Agent 47».

Fragen Sie Knorr

Im neuen Tarantino-Film «The Hateful Eight» ist Kurt Russell dabei. War er denn ausser in Carpenters «Klapperschlange» überhaupt je so etwas wie eine wichtige Figur? W.N., Zug



Er spielte schon in Tarantinos «Grindhouse: Death Proof» (2007) mit. Russell startete als einäugiger Snake Plissken in John Carpenters «Escape from New York» («Die Klapperschlange», 1981) als reiner Action-Typus seine Karriere. Mit seinem zerkratschten

öde wirkt. In Berlin soll er eine Frau eliminieren, weil sie einen lange verschollenen Mann wieder finden will, und schon funken andere dazwischen, und Nummer 47 muss halt wild durch die Gegend schiessen. Das erfolgreiche Computerspiel, auf dem der komplett humorlose Ballerfilm basiert, wurde schon mal, 2007, verfilmt. War aber auch nix. Weshalb man's jetzt noch mal versucht. ★★☆☆☆

We Are Your Friends — Im schönen Kalifornien versucht sich eine Gruppe Kumpels im Party-Promotion-Business durchzuwursteln. Cole Carter (Zac Efron) ist einer von ihnen und vor allem ein hochsubtiler, begnadeter DJ, der unentwegt an seiner *electronic*



Für Hardcore-Fans: «We Are Your Friends».

music rumfeilt. Eines Tages lernt er den erfahrenen und ausgebufften Ober-DJ James (Wes Bentley) kennen, der Coles Talent erkennt. Doch als er sich an dessen Freundin Sophie (Emily Ratajkowski) ranmacht, ist es erst mal vorbei mit der Freundschaft. Zac Efron mit seinem einladend müden Gesicht einer Schlafcouch nimmt man weder das Engagement noch die Begabung auch nur eine Sekunde ab, und Sophie ist so aufregend, wie eben ein vinylgesichtiges Botoxmodel sein kann. Stellenweise mutet das sterile Regiedebüt von Max Joseph wie ein Volkshochschulkurs über *electronic music* und DJ-Poppeleien an. Wirklich nur was für Hardcore-Fans. ★★☆☆☆

Gesicht gehörte er in die Charles-Bronson-Liga, wegen ihrer markanten Rammbock-Schädel. Doch im Gegensatz zu Bronson und Co war Russell mit ironischem Untertzug durchaus wandlungsfähig («Tequila Sunrise», 1988). Ein eindeutiges Profil aber gelang ihm nie, seinem Leinwandimage am nächsten kommt der deutsche Filmtitel «Backdraft – Männer, die durchs Feuer gehen» (1991). Etwas Asbestartiges hatte er schon immer an sich.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

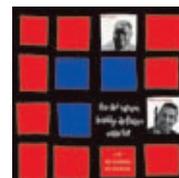
Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

König ohne Land

Von Peter Rüedi

Nochmals ein Meisterstück aus alten Tagen: vom Reedition-Spezialisten Poll Winners dem Insiderkreis von betagten Jazzfans entrisen und einem Publikum ins Ohr gelegt, das von dieser Unglaublichkeit noch nie gehört haben kann. Dies nicht in der Meinung, den Youngsters müsste mit diesem legendären Gipfeltreffen mal gezeigt werden, was eine Harke ist. Als diese Aufnahmen in den fünfziger Jahren erstmals erschienen, waren sie keineswegs ein kommerzieller Hit. Art Tatum, als Pianist auch von einem Bopper wie Bud Powell als der Meister aller Klassen bewundert, war bei den Produzenten und der Presse inzwischen so ausser Abschied und Traktanden gefallen, dass Norman Granz in einer Art Rettungsaktion des Jazz-Weltkulturerbes nicht nur dreizehn (!) Solo-LPs des Giganten aufnahm. Er konfrontierte ihn auch mit einer Reihe von Swing-Grössen (Benny Carter, Roy Eldridge, Lionel Hampton, Ben Webster etc.), wissend, dass Tatum im Kollektiv gewissermassen ein Widerspruch in sich war. Inbegriff eines «zweihändigen» Virtuosen, war dieses entfesselte Genie sich selbst genug, und so sind unter diesen Begegnungen jene die eindrücklichsten, in denen der Partner das Gegenprinzip vertrat: Sparsamkeit und Einfachheit. Wie exemplarisch Ben Webster. Buddy DeFranco, nach dem Niedergang des Swing so etwas wie der vergessene Klarinetrist auf der Szene (Benny Green: «Ein König ohne Land»), hatte seinem Instrument alle jubelnden Klezmer-Sentimentalitäten und -Vibrati abgeschminkt, die Benny Goodmans Markenzeichen waren. Er schaffte auf seinem Instrument mit einem trockeneren Ton die engen Kurven, welche die neue Bebop-Ästhetik verlangte, ohne die Nabelschnur zum Swing ganz zu kappen. Das macht die elf Titel des Tatum-DeFranco-Quartetts so besonders. Der Klarinetrist kontrastiert den Overkill von Tatums pianistischer Power durch Sparsamkeit, aber er ist, wenn er will, der perlenden Ornamentik des Partners auch gewachsen. Ein halbes Jahr nach diesen denkwürdigen Aufnahmen starb Tatum, ein starker Trinker, mit 47 an einem Nieren- und Lebersversagen.



The Art Tatum Buddy DeFranco Quartet: Poll Winners Records 27339

Intellektuelle und Sportskanonen

Am fröhlichen *Weltwoche*-Fest im Zürcher «Terrasse» gab es auch dieses Jahr viel zu diskutieren. *Von Hildegard Schwaninger*



Grossartige Kulisse: Oscar-Preisträger Arthur Cohn mit Tien Köppel und Ueli Kohli.

Das *Weltwoche*-Chef Roger Köppel im Herbst für den Nationalrat kandidiert, war für viel SVP-Prominenz Motivation, unbedingt mitzufeiern, als der Journalist-Verleger zum traditionellen *Weltwoche*-Fest ins «Terrasse» lud. Toni Brunner, Thomas Matter, Christoph Mörgeli, Alfred Heer. Sogar Peter Spuhler, Ex-Nationalrat, war da; obwohl er am nächsten Morgen schon um sieben Uhr eine Verwaltungsratssitzung in Cham hatte, blieb er bis Mitternacht. Ein Aufmarsch starker Männer, die wissen, dass das Land sie braucht! Von der FDP sah man den Zürcher Stadtrat Filippo Leutenegger, Regierungsrat Thomas Heiniger und Nationalrat Hans-Peter Portmann. Es war ein fröhlicher Abend. Roger Köppel hielt eine launige Rede, berief sich auf Woody Allen, der das Bonmot prägte: «Die Ehe ist ein Verfahren zur Lösung von Problemen, die man ohne sie nicht hätte.» Das Gleiche gelte für die EU. «Die EU», so Köppel, «ist ein Verfahren, das Probleme schafft, die man ohne sie nicht hätte.» Wahlwerbung! Dann ermunterte er alle (es waren über dreihundert Gäste), viel zu essen und viel zu trinken, es sich gutgehen zu lassen und zu feiern. Und er dankte seiner Frau Tien dafür, dass sie ihn erträgt, ihn in seinem Multi-Aktivismus bedingungslos unterstützt und ihm stets den Rücken freihält. Der anwesende Filmproduzent Arthur Cohn war ganz gerührt und fand das «goldig».

«Terrasse»-Besitzer Rudi Bindella setzte sich dann ans Schlagzeug und begann zu singen. Mit seiner Band Les Moby Dicks, deren Mitglieder diesmal modisch gestreifte Hemden trugen (das letzte Mal waren es blaue Polo-Shirts, in denen die Musiker wie verspätete Internatszöglinge aussahen), sorgte er für die Hintergrundmusik. Der Garten mit Blick auf die Limmat war die grossartige Kulisse für dieses fröhliche Fest.

Die starken Männer sind auch Sportskanonen. Roger Köppel ist erklärter Täglich-Jogger, «Teleblocher»-Moderator Matthias Ackeret Marathonläufer. Erich Schärer, der Multi-Medaillengewinner im Bobfahren (Olympiagold in Lake Placid), setzt sich dafür ein, dass Einerbob, seine Erfindung, eine olympische Disziplin wird. Peter Spuhler unterstützt das



Vereint: Christoph Mörgeli, Michael Hengartner.

Anliegen. Er tat kund, dass er schon mehrmals im Einerbob die Piste in St. Moritz runtergejagt sei. Als Testfahrer für seinen Freund Schärer. Walter De Gregorio war da, der Ex-Sprecher der Fifa (er hat zwei Jobangebote), und Guido Tognoni, der medial gefragteste Kritiker von Joseph Blatter. Die Meinungsvielfalt, wie sie in der *Weltwoche* praktiziert wird, war auch an diesem Fest erfrischend lebendig. So findet Fritz Peter, der ehemalige GC-Präsident, es sei gar nicht so abwegig, Sepp Blatter mit dem Friedensnobelpreis zu bekränzen. Dies wurde – hier sei mir etwas Eigenwerbung zugestanden – an dieser Stelle (*Weltwoche* Nr. 12/15) erstmals als Idee in die Welt gesetzt. Kürzlich sagte auch Wladimir Putin am Schweizer Fernsehen: «Menschen wie Blatter oder Leiter anderer internationaler Sportorganisationen sollten besondere Anerkennung erfahren. Wenn es jemand gibt, der den Nobelpreis verdient, dann diese Leute.» So brodeln die Ideenküche...

Eric Gujer, Chefredaktor der NZZ, war unter den Gästen, ebenso die junge NZZ-Redaktorin Nadine Jürgensen, die einen Hut trug. Auch Michael Hengartner, Rektor der Universität Zürich, war Gast wie Kabarettist und *Weltwoche*-Kolumnist Andreas Thiel; ohne seinen rosa Hahnenkamm wurde er fast übersehen. Polo Hofer, der berühmte Mundartrockler, hatte seine Frau Alice, die Sarg-Schreinerin (auch mit Hut), geschickt. Da waren der Anwalt Ueli Kohli, der als Krimiautor James Douglas sei-



Niveau: Andrea Caroni, Filippo Leutenegger.

ne James-Bond-Fantasien auslebt, Musiker Pepe Lienhard, Sängerin Nubya, Weinhändler Peter Riegger, Hugo-Boss-Schweiz-CEO Volker Herre, Unternehmer Hans Jecklin. Auf der Gästeliste auch Ex-Unternehmer Bruno Franzen, der nicht erschien, weil er am nächsten Morgen nach Daressalaam flog. Die anwesenden *Weltwoche*-Autoren, zu denen auch Schriftsteller Rolf Dobelli, ein enger Freund Köppels, gehört, waren mitverantwortlich, dass die Gespräche – trotz viel Alkohol – Niveau hatten. Frei nach: «Great minds discuss ideas, average minds discuss events, small minds discuss people» (Eleanor Roosevelt).

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Fragen an sich selbst

Die Psychiaterin Margot Schmitz, 61, und der Psychologe Michael Schmitz, 61, sind seit zwanzig Jahren miteinander verheiratet. Sie sagen: «Wer lieben will, muss lügen können.» Teil 1



«Das tut jedem gut»: Ehepaar Schmitz.

Michael: Seitensprünge geschehen aus vielen Gründen, die nicht unbedingt mit der fehlenden Liebe zum Partner zu tun haben müssen. Neue Menschen bieten neue Reize. Es gibt Umstände, unter denen man solchen Reizen eher erliegt. Affären entstehen, weil einer es so wunderbar findet, attraktiv, spannend, toll gefunden zu werden. Das gibt dem Selbstbewusstsein neue Nahrung. Affären sollen – das erleben wir in unserer Praxis immer wieder – bisweilen auch helfen, über Enttäuschungen hinwegzukommen, die mit dem eigenen Partner nichts zu tun haben. Zum Beispiel Rückschläge im Beruf oder persönliche Sinnkrisen.

Margot: Die meisten Affären sind Episoden. Hat die Partnerschaft einen guten Zusammenhalt und eine Perspektive, sollte eine fremdgehende Person die andere nicht mit Bekenntnissen konfrontieren. Man kann sagen, dass in diesem Bereich zu viel gebeichtet wird. Vor allem, weil man das eigene Gewissen entlasten will.

Michael: Ebenfalls geben viele Menschen, die eine Affäre eingehen, im Stillen dem Partner dafür die Schuld. Irgendetwas soll an ihm unzureichend sein. So ist man selbst die Verantwortung für sein eigenes Verhalten los und spricht sich frei von jeder Schuld. Es ist immer besser, darüber nachzudenken, was man selbst getan

hat und womöglich noch tun wird. Und dann sollte man überlegen: «Was will und kann ich anders machen?»

Margot: Besser als schonungslose Ehrlichkeit sind Fragen an sich selbst: Was hat einen in die Affäre getrieben? Was fehlt womöglich in der Partnerschaft? Was kann ich, was können wir tun, um die Beziehung spannender und leidenschaftlicher zu gestalten? Was ich sagen will: schwindeln bringt in der Partnerschaft oft mehr als schonungslose Offenheit, aber ehrlich sollte man mit sich selbst sein. Nicht in Ordnung ist das Verheimlichen, wenn der andere etwas ahnt und Fragen stellt: weil es ein Mangel an Respekt ist, den anderen in der Unklarheit zu lassen, und weil es der andere nicht verdient hat, mit seinen Zweifeln zu leben.

Michael: Beim Schummeln geht es übrigens nicht nur um Affären. Auch mit der Bewunderung darf man es ruhig übertreiben. Das tut jedem gut, auch wenn man merkt, dass es eine Übertreibung ist. Männer brauchen das vielleicht mehr als Frauen. Aber beide hören gerne, dass sie attraktiv, toll, intelligent, schön, charmant, unterhaltsam sind. So einfach funktioniert die Liebe eben manchmal auch.

Margot: Wenn man nicht mehr weiss, ob man den anderen noch liebt, dann muss schon längere Zeit etwas schiefgelaufen sein. Trotzdem ist es weder hilfreich noch sinnvoll, einem Partner einen solchen Satz an den Kopf zu knallen. Den anderen zu kritisieren, ist nicht in Ordnung, ihn abzuwerten und verächtlich zu machen, auch nicht. Wenn es Spannungen oder Enttäuschungen gibt, sollte man konkret ansprechen, was aus eigener Sicht nicht gut läuft, was verlorengegangen ist, was getan werden könnte, um es zurückzuerobern. Wenn eine Liebe lange bestanden hat, dann ist das meist aus guten Gründen der Fall – auch über diese sollte man nachdenken.

Michael: Wie erkennt man, dass die Liebe trotz allen Bemühungen vorbei ist? Wenn man gleichgültig wird und sich langweilig findet. Solange Partner noch streiten, ist es eher so, dass sie noch Wünsche aneinander haben.

Margot und Michael Schmitz: «Liebe, Lust und Ehebett – Ein Buch zur Sache. Orac. 256 S., Fr. 29.90

Protokoll: Franziska K. Müller

Grenzenlos

Von Andreas Thiel — Ausuferung ist keine Überwindung von Grenzen.

Reporter: Wir von «Reporter ohne Grenzen» kämpfen weltweit für die Pressefreiheit. Wir werden überall dort gebraucht, wo die Meinungsfreiheit eingeschränkt und bedroht ist. Wir schicken Delegationen in betroffene Länder, um mehr über die Schicksale inhaftierter oder ermordeter Journalistinnen und Journalisten zu erfahren, und nehmen direkten Kontakt mit lokalen Behörden und Regierungsvertretern auf.

Ingenieur: Und wir von «Ingenieure ohne Grenzen» unterstützen Menschen überall dort, wo eine Versorgung der Grundbedürfnisse durch Not oder Armut nicht vorhanden oder gefährdet ist. Wir lösen akute Probleme in den Bereichen Wasser-, Sanitär- und Energieversorgung sowie Brückenbau und verbessern durch die Sicherung der Infrastruktur die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort.

Anwalt: Wir von «Anwälte ohne Grenzen» gehen ehrenamtlich, nicht profitorientiert und grenzüberschreitend gegen Menschenrechtsverletzungen vor.

Arzt: Wir von «Ärzte ohne Grenzen» leisten medizinische Nothilfe in Krisen- und Kriegsgebieten. Wir sind den humanitären Prinzipien der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit verpflichtet.

Simonetta Sommaruga: Und wir von «Sozialstaat ohne Grenzen» bleiben zu Hause und geben jedem Geld, der kommt und danach fragt. Auch wir achten dabei strikt auf absolute Neutralität und Unparteilichkeit, indem wir jedem Geld geben, der will, unabhängig davon, wozu er es braucht.

Reporter: Und es gibt tatsächlich Leute, die für eine solche Hilfsorganisation Geld spenden?

Simonetta Sommaruga: Nein, dafür würde niemand Geld spenden. Wir plündern einfach die Sozialwerke.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Rundumhorizont

Von Peter Rüedi



Quereinsteiger, in welchem Metier auch immer, müssen in der Regel darum kämpfen, ernst genommen zu werden. Unter denen, die ihr Gewerbe betreiben «wie immer schon» sind sie die fremden bunten Hunde, die Besserwisser. Umso schlimmer, wenn sie das eine oder andere dann tatsächlich besser wissen. Den «neuen» Tessiner Merlot erfanden in den achtziger Jahren die zugezogenen Deutschschweizer, die ihre lokalen Tropfen mit einiger Chuzpe an Bordeaux-Massstäben gemessen wissen wollten. Die Entdeckung des Ätna als Spitzenanbaugebiet ist Zugezogenen zu verdanken, aus der Toskana oder von noch weiter nördlich (einer der Pioniere war der Belgier Frank Cornelissen). Manche Weingegenden Spaniens haben Weinmacher aus dem Bordelais «kolonisiert». Tom Puyaubert, der 2003 in Laguardia (Rioja Alavesa, der westliche Teil der Appellation) seine «Bodegas Exopto» gründete, ist allerdings ein Quereinsteiger im alltäglichen Sinn des Wortes, wenn er mit Wein auch immer schon zu tun hatte: Er vertrieb in Spanien französische Barriques. So verwundert es wenig, dass er auch seinen vielschichtigen, ja komplexen weissen Rioja mit dem Namen «Horizonte», eine Cuvée aus 85 Prozent Viura (die oft auch roten Riojas zur nötigen Säure verhilft), 10 Prozent Garnacha blanca und 5 Prozent Malvasia, ein Jahr in französischen Barriques reifen lässt – allerdings behutsam, das heisst in gebrauchten. Das Holz lässt den Wein nicht kentern, es ist diskret, fein und doch spürbar als Teil des soliden Gerüsts dieses superben Weissen. Er hat ein wundervolles Bouquet aus Lindenblüten, Kamille, einem Hauch Honig und frischen Kräutern, fließt dicht am Gaumen trotz seiner gesunden Säure, mit einem Wort: ein Wein mit Substanz und Charakter. Der Musterfall eines Weissen, von dem man sich ein ganzes Essen und nicht nur die Fischgänge begleitet wünscht. So gesehen, ist der weisse «Horizonte» von Puyaubert neben seinen Roten (das Flaggschiff heisst wie die Bodega «Exopto») keineswegs nur als Flasche für den Katzentisch gedacht, sondern als vollwertige eigenständige Attraktion.

Horizonte Blanco de Exopto Rioja DOC 2013.
13%. Brancaia, Zürich. Fr. 22.50 www.vinothek-brancaia.ch

Ich bin wieder da

Die deutsche Spitzenküche ist noch besser als ihr Ruf. Zum Beispiel bei Christian Jürgens am Tegernsee. Von David Schnapp



Reich an Höhepunkten: Menü von Christian Jürgens.

Restaurants, die mir ausserordentlich gut gefallen, das heisst, in denen aussergewöhnlich gut gekocht wird, besuche ich gern öfter. Bei der Spitzenküche ist es ebenso interessant, Köche zu entdecken oder Bekanntes zu erleben, wie Entwicklungen zu verfolgen. Nachdem ich zum ersten Mal in der «Überfahrt» von Christian Jürgens reserviert hatte, bekam der heute 46-Jährige kurz darauf den dritten Michelin-Stern, wobei zwischen meiner Reservation und der höchsten Auszeichnung in der globalen Gastronomie kein Zusammenhang bestand.

Ich war beeindruckt von der Mischung aus Geschmack und kulinarischer Unterhaltung, ging wieder hin, war begeistert und ging kürzlich nochmals hin. Nach dem Motto «Das Beste kommt zum Schluss» beendete ich meine Sommerferien bei einem ausführlichen Mittagessen vom Team Jürgens am Tegernsee. Als wiederkehrender Gast wird man übrigens charmant mit einer gedruckten, persönlich adressierten Menükarte empfangen. Es ist eine verbindliche Art der Gastfreundschaft, die hier gepflegt wird.

Die «Überfahrt» ist – passend zur ländlichen Umgebung – ein unprätentiöses Restaurant. Man sitzt zu Beginn an blanken Holztischen vor einem knorrigen Ast, in dem hausgemachtes Knäckebrot steckt, das man mit einer Speck-Zwiebel-Creme kombiniert. Oder: Auf einem Stein liegt ein Stück mariniertes Weisskohl – einfache Produkte, aber mit sehr viel Ge-



schmack dargereicht. Dann: drei Rollen, eine aus Radieschen, eine aus Räucheraal und knusprigem Quinoa und eine aus Saibling und Tapioka; eine frisch-herbe Kombination aus Randen, Himbeerssegmenten, Entenleber und Sauerampfer oder ein dramatisch im Trockenisnebel präsentierter, im Ganzen gegarter Kabeljaukopf, dem am Tisch die festen, zarten Bäckchen entnommen werden. Es ist ein Menü reich an Höhepunkten. Es endet mit der sprichwörtlichen perfekt gebratenen Taube und einer kandierten Zitronenschale, gefüllt mit Zitronenmousse und -sorbet. Süsse, Säure und das feine Prickeln einer Champagnersauce machen das optisch schlichte, aber handwerklich aufwendige Dessert aus.

Ich lehne mich ein wenig zum Fenster hinaus: Aber vermutlich isst man in deutschen Spitzenrestaurants wie der «Überfahrt» mittlerweile besser als in Drei-Sterne-Lokalen anderswo auf der Welt oder selbst in Frankreich. Das Niveau von Geschmack und technischer Präzision, die Qualität der Produkte sind beeindruckend hoch bei Leuten wie Christian Jürgens. Und weil ich den Mann erst noch sympathisch finde, werde ich wieder hinfahren.

Restaurant Überfahrt
Überfahrtstrasse 10, D-83700 Rottach-Egern
Tel. +49 80 22 669 0. Montags und dienstags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs
auf www.dasfilet.ch



Auto

Mein Sommer mit M

Die perfekte Autoreise: Wir fahren von Süden in den Nordosten von Deutschland im BMW X6 M. Teil 2. *Von David Schnapp*

Die Reise, über deren erste Etappe vergangene Woche hier berichtet wurde, führte via Schaffhausen, Chemnitz, Dresden und Berlin (Umfahrungsbahn) nach Usedom, einer schmucken Ferieninsel an der Ostsee. Dieser angenehme, familientaugliche Ort ist wie geschaffen für Liebhaber von Funktionsbekleidung. Man zählt hier zwar deutschlandweit die meisten Sonnenstunden, aber die Seewinde sorgen auch für schnelle Wetterwechsel. Softshelljacken, atmungsaktive Regenoberbekleidung, Hosen mit wegzipfbaren Hosenbeinen und stabile Schuhe in gedeckten Erdfarben ge-

hören zum Strassenbild. Man fühlt sich deshalb auch als Schweizer sofort heimisch; auf einem voralpinen Wanderweg zeigt sich an sommerlichen Samstagen ein vergleichbares Bild.

Man benutzt mit Vorteil das Auto, um auf die Insel zu gelangen, denn der Weg ist weit, und ein schnelles Fahrzeug macht ihn irgendwie kürzer (oder abwechslungsreicher, je nachdem). Einmal angekommen, lässt man es aber besser stehen, denn die Strasseninfrastruktur kann mit dem massiven Bevölkerungszuwachs während der Hochsaison nicht Schritt halten – auch da wird man unweigerlich an eidgenössische Zustände erinnert.

Hier geht es aber nicht darum, wie wir unsere Ferien verbracht haben, sondern darum, wie wir dahin gekommen sind – und wieder zurück. Und das ging so: Wir fuhren mit unserem BMW X6 M also einmal von Süden herkommend durch Deutschland nach Nordosten. Der Vorteil, den moderne Navigationssysteme bieten, zeigte sich irgendwann in der Gegend von Zwickau, wo ich von der freundlichen Frauenstimme gebeten wurde, die Autobahn zu verlassen. Gerade noch rechtzeitig, denn un-

mittelbar nach der Ausfahrt lag das Ende eines kilometerlangen Staus, um den mich der elektronische Pfadfinder – über pittoreske Strässchen und Feldwege – zielsicher herumführte. Deutschland ist ein schönes Land, muss man sagen. Um es zu sehen, braucht man nur mal kurz die Autobahn zu verlassen.

Serielle Beziehungen

Insgesamt sass ich während ziemlich genau 2500 Kilometern hinter dem Steuer des X6 M, hörte dem Brummen des Motors zu oder dem endlosen Geplapper des Sohns, 4, oder der wohlklingenden Stereoanlage von Bang & Olufsen. Der Bordcomputer errechnete für all das genau 14,7 Liter Super Plus auf 100 Kilometer. Das ist in Ordnung, wenn man Gewicht, Leistung und Geschwindigkeit ins Verhältnis setzt. Andererseits: Wer bei einem solchen Auto nach dem Verbrauch fragt, sollte sich vermutlich nach einem anderen Modell umsehen.

Wir fuhren zum Schluss nach Bayern: an den Tegernsee (siehe «Zu Tisch, Seite 72»), eine weitere sehr schöne deutsche Ecke. Man entwickelt als Autotester ja eine Art Beziehung in serieller Monogamie zu seinen Fahrzeugen. Nach ein, zwei Wochen werden die Kürzest-Ehen – emotionslos – wieder aufgelöst. Bei manchen ist das schade, bei anderen weniger. Nun aber kam Trennungsschmerz auf. Ich fand, der X6 M hatte sehr gut zu uns gepasst.

BMW X6 M

Leistung: 575 PS, Hubraum: 4395 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: ab Fr. 147700.–





«Von sehr vielem befreit»: Schriftsteller Schertenleib, 57.

MvH trifft

Hansjörg Schertenleib

Von Mark van Huisseling — Der Schweizer Schriftsteller, dessen neues Buch dieser Tage erscheint, lebt ein luxuriöses Leben, sagt er.

Sag bitte etwas zu deinem neuen Buch [«Jawaka», Aufbau-Verlag, 384 Seiten, zirka 33 Franken].» – «Das ist noch schwierig, es spielt in der Zukunft, allerdings in einer Zukunft, die sich wie das Mittelalter präsentiert – eine Welt vor der industriellen Revolution, ohne fossile Brennstoffe, nach einer Katastrophe. Das ist aber nicht das Thema, mir ging's drum, eine Dystopie umzuschreiben in eine Utopie ...» – «Dystopie?» – «Eine negative Utopie. Ich hab gemerkt: Eine solche Welt würd' mir, glaub' ich, besser gefallen als eine Welt, wie sie sich heute präsentiert. Aber Fantasy interessiert mich nicht. Drum gibt's, Babuschka-Prinzip, eine zweite Ebene: ein Schriftsteller, der 2021 nach Kapstadt fährt, um ein Buch zu schreiben, das in der Zukunft spielt. Eine dritte Ebene gibt's auch noch ... Tönt komplizierter, wenn man's erzählt, als wenn man's liest. Letztlich sind's Grundkonflikte: Lieben wir jemanden? Werden wir ge-

liebt? Was soll das überhaupt?» – «Wie bist du drauf gekommen?» – «Ich wusste schon länger, dass ich ein Buch schreiben will, das nicht in der Gegenwart spielt – ich hab gemerkt, wenn ich noch mal einen Roman schreiben muss, in dem jemand duschen geht oder eine Kaffeemaschine bedient, bekomme ich einen Schreckkrampf.»

Hansjörg Schertenleib, 57, ist ein Schweizer Schriftsteller. Er wanderte vor zirka zwanzig Jahren nach Irland aus, in die Nähe von Donegal im Nordwesten des Landes, wo er in einem ehemaligen Schulhaus wohnt; er verbringt rund die Hälfte des Jahres dort, den Rest der Zeit ist er in der Nähe von Aarau, wo seine Frau lebt (er hat vor drei Jahren zum zweiten Mal geheiratet). Zu seinen erfolgreichsten Büchern gehören «Das Zimmer der Signora» (1996) oder «Grip», ein Erzählband von 1982. Schertenleib und ich sind bekannt miteinander – ich schrieb einen Beitrag für einen Sammel-

band, den er herausgab («Wiener Walzer», Nagel & Kimche, 2008), und er veröffentlichte letztes Jahr einen Auszug aus seinem Buch «Jawaka», das dieser Tage erscheint, im *WW-Magazin*, der *Weltwoche*-Beilage, die ich leite.

«Irland hat eine bewegte jüngere Vergangenheit – zuerst meinte man, das Land habe einen Wirtschaftsboom, danach wurde es zum Superpleitestaat, und jetzt kommt es, glaub ich, langsam aus der Krise – bekommst du davon viel mit?» – «Das interessiert mich sehr, ich bin seit 2003 auch Doppelbürger, und es ist wirklich verblüffend, was passiert ist in diesen neunzehn Jahren. Ich habe eine Schnellbleiche durchgemacht, die man überschreiben könnte mit: «Was der Kapitalismus mit den Menschen anstellt». Etwa 1996 fing das an mit dem *celtic tiger* [Wirtschaftsaufschwung], und 2008 wurde Irland als erstes europäisches Land von der Krise getroffen. Die Iren konnten nicht mit Geld umgehen, woher auch? Meine Nachbarn erzählten mir: «John, die Bank gibt uns eine Hypothek, 100 Prozent des Hauspreises – und 20 000 Euro dazu für ein Auto.» Und ich als vorsichtiger Schweizer, der ich immer noch bin, hab versucht zu warnen. Sie haben mich nur ausgelacht. Ich kann das nachvollziehen – sie hatten zum ersten Mal im Leben Geld, warum sollten sie's nicht ausgeben?»

«Wie lebt oder überlebt der Schriftsteller?» – «Ich red' lieber über Lebensqualität als über Geld, da seh' ich mich als absolut privilegiert. Ich hab mich damit arrangiert, dass es schwieriger wird, nicht einfacher. Weil Einkünfte aus dem Journalismus wegfallen – ich bin, ehrlich gesagt, nicht bereit, für 400 Franken Texte zu schreiben. Ich geb' Schreibkurse, manchmal. Wenn ich jemandem in Irland erzähle, mit wie wenig ich lebe, sagt der: «Yes, okay, it's fine.» Aber in der Schweiz machen die Leute grosse Augen und sagen, dann sei ich ja eigentlich ein Sozialfall. Was wahrscheinlich stimmt, wenn man nur auf die Zahl schaut. Aber ich erleb' es als ein luxuriöses Leben, ich hab viel Zeit, zwei Wohnsitze, ein wunderschönes Haus in Irland. Und ich hab mich von sehr vielem befreit – das ist, was ich wollte. Und jetzt hab ich es erreicht, mit fast sechzig. Verglichen mit Leuten in der Schweiz in meinem Alter, die einen Beruf ein Leben lang ausgeübt haben mit viel Herzblut und Energie, steh' ich an einem anderen Ort, das ist klar. Ich träum' von einem Ford Mustang, aber ich fahr' einen Skoda Fabia ... Aber die Freiheit, die ich habe, wird mir immer wichtiger. Und ich kann immer noch von meinen Büchern leben; jedes Buch verkauft sich ungefähr 10 000-mal, das ist nicht wahnsinnig viel, aber auch nicht wahnsinnig wenig für Schweizer Verhältnisse.»

«Was wirst du als Nächstes tun?» – «Das nächste Buch schreiben. Ich hab schon angefangen und die ersten *Stäckli* eingeschlagen.»

Sein liebstes Restaurant: «Chandpur» Indian Restaurant, Main Street Car Park, Unit 4, Donegal Town, Tel. +353 74 972 5452

1		2		3		4	5			6	7	8		9
						10		11						
12	13		14							15			16	
17						18								
	19													
						20			21	22				
23		24		25					26					
27						28					29	30		
31			32		33				34					
		35				36				37				
38									39					
		40							41					

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Ein richtig verliebter Vogel
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Vom Amerikanischen ins Deutsche oder umgekehrt, gleichzeitig geht es dann so. 6 Der dem Dermatologen bestens bekannte Insektenstich. 10 Ohne ihn bleiben viele Schätze im Boden. 12 Unbeweglich als Sache an sich, jedoch sehr beweglich in Sachen Finanzen. 15 Der Name der Donau beim Schwarzen Meer - lange, lange ist's her. 17 Ein solches Paar Schuhe kauft man in Frankreich oft. 18 Die Arroganz kommt ihr recht nahe. 19 Mit jemandem bekannt sein kommt auf dasselbe heraus. 20 Der Griff nach ihr öffnet jedes Mal einen andern Raum. 23 *Miserere* sang er zusammen mit Zuchero, *Nessun Dorma* alleine. 26 City of London - klingt so dann ziemlich cool. 27 Medizinisch knapp formulierte Mager-sucht. 28 Tut es gut so, kann man kaum genug kriegen. 31 Der Name stand zuerst für Milchpulver, heute für sonstiges "Pul-ver". 34 Die Tätigkeit kann schon auch mal zu Tränen führen. 35 Stadt in Griechenland und im Libanon, mit s landet man in Libyen. 37 Die Wilde: kräftig, krautig, stachelig. 38 Macht man manchmal bei waghalsigen Unternehmen. 39 Hockt tags-über im Versteck und fliegt nachts dann weg. 40 Nahe Padua: Stadt und warme Terme mit gleichem Namen. 41 Fraglos eine mit sich selbst multiplizierte Zehn.

Senkrecht — 1 Ein garantiert sparsamer Ein-kauf für Hosenträger. 2 Sie passt zu alten Ägyptern und zu Gruselfilmen. 3 Es spielt sich ab, bevor man 9 senkrecht braucht. 4 Ein Inselreich ganz nach Platons Vorstellungen. 5 Iran: pittoreske Stadt, exklusiver Teppich. 6 Er stochert mit langem Schna-bel in schlammigem Grund. 7 So eine Art Eva der abendländischen Komponistinnen. 8 Das Ballettröckchen passt auch gut zu Des-mond. 9 Man braucht ihn erst, wenn 3 senk-recht zu Ende ist. 11 Sich Zeit lassend, und damit nicht in stressige Zeiten passend. 13 Miniberg aus gemahlene Nüssen. 14 Segelregatta namens ... Runt, dort beim Stockholmer Schärengarten. 16 Werkzeug, passt zum Inselbewohner. 21 Die italienische Stadt hat etwas Zigeunerhaftes an sich. 22 Jede Tugend ist laut Schiller frei von ihnen. 23 Also wirklich: ein Huhn, wer in die-ser Gewichtsklasse boxt. 24 Keimzelle von Regensburg, Regina sei Dank. 25 Sie verbind-et Vladimir Nabokov und Stanley Kubrik. 29 Es ist warm, teils heiss, das weiss Monsi-eur mit Sicherheit. 30 Für die einen Machos, für andere fast schon Helden. 32 Ein spezi-eller Gang, zum Beispiel von Fury. 33 Wir sprechen von solchen wie Ilias, Parzival oder Hermann und Dorothea. 36 Man denkt bei der japanischen Künstlerin an die Beatles.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 430

	C	H	A	R	T	A		O		N	G	A	M	I	
M	U	E	D	E		D	I	P	S		R	I	E	N	
E	M	I	L	E		E	T	A	T	S	U	N	I	S	
M		M	O	D	E	R	A	T	I	O	N		L	E	
O	M	E	N		G		L	A	E	N	D	L	E	R	
	A			K	O	M	A		F	A	S	A	N	E	
I	N	T	E	R	N	A		W	E	R	T	E		N	
	D	A	N	I		E	L	A	L		U	R	A	T	
H	A	L	B	S	C	H	U	H		P	E	C	S		
I	T	A	L	I	A		E	R		S	U	C	H	E	N
L		R	O	S	T	I	G		I	M	K	E	R		
O	P	E	C		S		E	A	R	P		N	I	X	

Waagrecht — 1 CHARTA (von lat. Papier) 7 NGA-MI 12 MUEDE 13 DIPS 16 RIEN (franz. f. nichts) 17 EMILE (... oder über die Erziehung: Werk von Rousseau) 18 ETATSUNIS (franz. f. Vereinigte Staaten) 20 MODERATION 22 LE (bestimmter franz. Artikel: der) 23 OMEN 25 LAENDLER 27 KOMA 29 FASANE 30 INTERNA 33 WERTE 34 DANI 35 ELAL (El Al, israel. Fluggesellschaft) 37 URAT (Salz in der Harnsäure) 39 HALBSCHUH 41 PECS 42 ITA-LIA 43 ERSUCHEN 45 ROSTIG 46 IMKER 47 OPEC 48 (Wyatt) EARP 49 NIX (Wassergeist)

Senkrecht — 1 CUM (lat. f. da/weil) 2 HEIME 3 ADLON 4 REED (Lou: Musiker, Oliver: Schau-spieler) 5 ADER 6 OPATA 8 GRUNDSTUECK 9 AIN (Ian) 10 MEILEN 11 INSERENT 12 MEMO (-randum) 14 ITALA 15 STIEFEL 19 SONAR 21 EGON 24 MANDAT 26 LAER-CHEN 27 KRISIS 28 MAEH 31 TALARE 32 ENBLOC 33 WAHR 36 LUEGE 38 ASERI 39 HILO 40 CATS 41 PUMP 44 SIR

Lösungswort — **TESTOSTERON**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

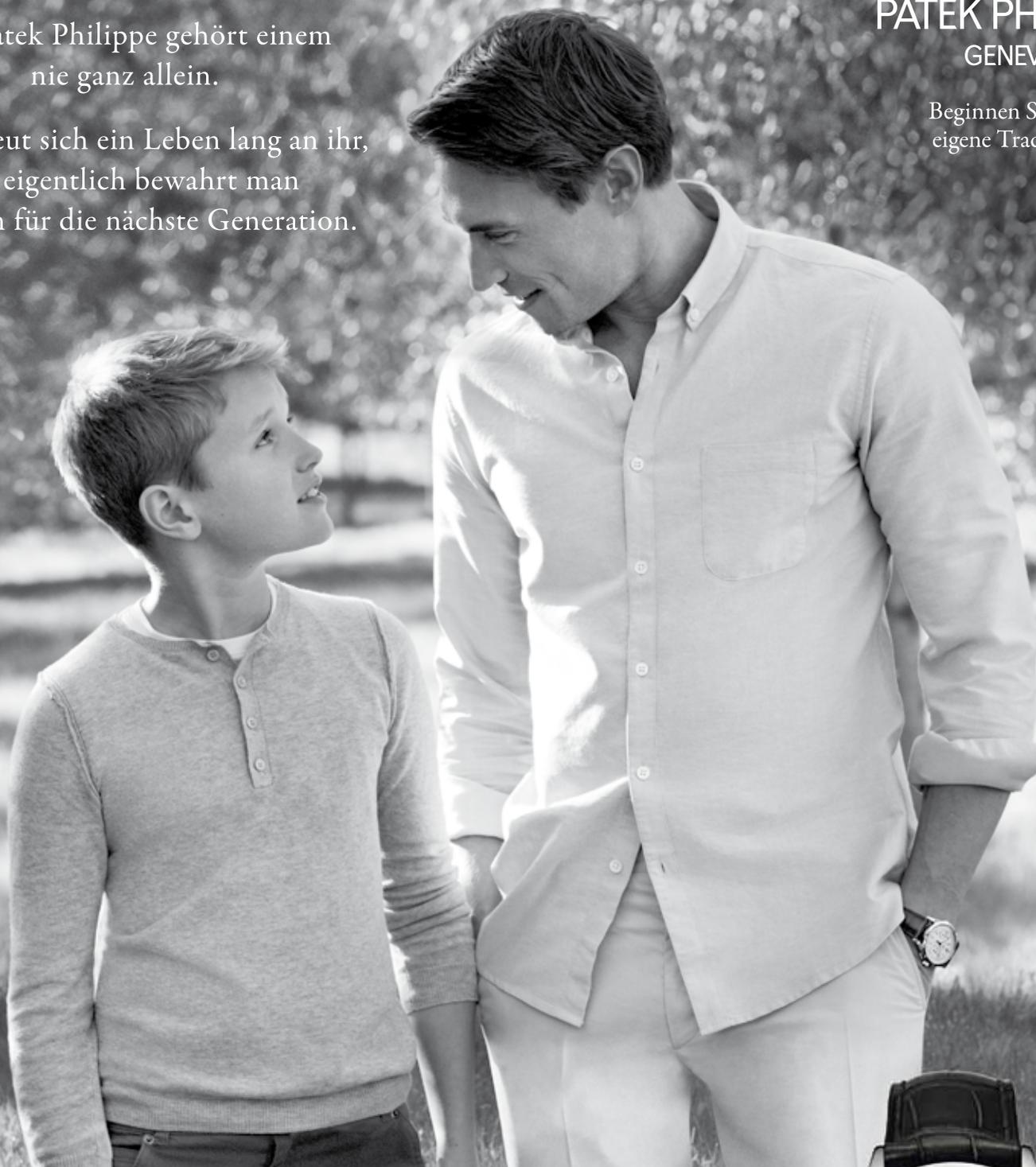


PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



GUBELIN

gubelin-watches.ch



Chronograph Ref. 5170G